

# Stenographischer Bericht

## 10. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

I. Periode — 28. Mai 1946.

### Inhalt:

**Personalien:** Landeshauptmannstellvertreter Machold beurlaubt.

**Auflagen:** Die Anträge von Abgeordneten Einlage-Zahl 25 und 26 (73).

**Anträge:** Mrazek, Einl.-Zl. 27, betreffend Heimbringung der Kriegsgefangenen. (73).

Schupfer, Einl.-Zl. 28, betreffend Wiedererrichtung der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen. (73).

Holik, Einl.-Zl. 29, betreffend die Rückgliederung Südtirols. (73).

Giegerl, Einl.-Zl. 30, betreffend Verbot der Verwendung der Beerenriffel beim Sammeln von Beeren. (73).

Wallner, Einl.-Zl. 31, betreffend Maßnahmen bei nicht- oder dauernd schlechter Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Grundstücken. (73).

**Verhandlungen:** Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage Blg. Nr. 9, Gesetz über den Landesvoranschlag 1946 und Abänderungs- und Beschlüßanträge des Finanzausschusses zum Landesvoranschlag für das Jahr 1946, Blg. Nr. 10. — Hauptberichterstatter Abg. Dr. Speck, (73). Redner: Landesrat Horvatek (75), Landesrat Dr. Illig (77), Abg. Stockbauer (85), Abg. Pölzl (89), Landesrat Dr. Illig (93), Abg. Fischer (94), Abg. Rosenwirth (96), Abg. Duß (99), Hauptberichterstatter Abg. Dr. Speck (99).

Unterbrechung der Sitzung (100).

Wiederaufnahme der Sitzung (100).

Berichterstatter zu Einzelplan 0: Abg. Wabnegg (100), Redner Abg. Mrazek (100).

Berichterstatter zu Einzelplan 2: Abg. Holik (102), Redner: Abg. Dr. Speck (103), Abg. Duß (106), Abg. Operschall (107), Abg. Kaplan (108), Landesrat Dr. Illig (108).

Berichterstatter zu Einzelplan 3: Abg. Smolana (110), Redner: Landeshauptmannstellvertreter Udier (110), Abg. Dr. Speck (112), Berichterstatter Abg. Smolana (114).

Berichterstatter zu Einzelplan 4: Abg. Hofmann (114), Redner: Landesrat Oberzaucher (117), Abg. Holik (119), Abg. Wolf (120), Abg. Resch (121), Abg. Smolana (123), Abg. Maria Matzner (123), Abg. Wabnegg (125), Berichterstatter Abg. Hofmann (125).

Berichterstatter zu Einzelplan 5: Abg. Operschall (126), Redner: Abg. Ponsold (126), Abg. Lendl (127), Abg. Wabnegg (127), Abg. Amon (128), Landesrat Dr. Illig (129), Berichterstatter Abg. Operschall (129).

Beginn der Sitzung: 8 Uhr 25 Minuten.

**Präsident Wallner:** Ich eröffne die 10. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüße alle Abgeordneten.

Landeshauptmannstellvertreter Machold ist beurlaubt.

Aufgelegt zur heutigen Sitzung wurde EZl. 25. Antrag der Abg. Wolf, Holik, Duß, Praßl und

Kaplan, betreffend Wiedererrichtung des Polizei-Jugendheimes in Graz und EZl. 26, Antrag der Abg. Wolf, Holik, Duß, Praßl und Kaplan, betreffend Maßnahmen zum Schutze der heranwachsenden Jugend vor Verwahrlosung.

Wenn dagegen kein Einwand erhoben wird, werde ich diese Anträge der Landesregierung zuweisen.

Eingebracht wurde ein Antrag der Abg. Mrazek, Pregetter, Smolana, Wabnegg, Duß, Witrisal, betreffend Heimbringung der Kriegsgefangenen; ein Antrag der Abg. Schupfer, Amon, Hofmann, Giegerl, Operschall, Esterl und Genossen, betreffend Wiedererrichtung der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen; ein Antrag der Abg. Holik, Wabnegg, Wolf und Duß, betreffend die Rückgliederung Südtirols; ein Antrag der Abg. Giegerl, Schupfer, Lackner, Amon, Operschall und Genossen, betreffend Verbot der Verwendung der Beerenriffel beim Sammeln von Beeren; ein Antrag der Abg. Wallner, Egger, Praßl, Resch, betreffend Maßnahmen bei Nicht- oder dauernd schlechter Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Grundstücken.

Ich schreite nun, wenn kein Einwand erhoben wird, zur Behandlung der Tagesordnung. Punkt 1:

**Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 9, Gesetz über den Landesvoranschlag 1946 und Abänderungs- und Beschlüßanträge des Finanzausschusses zum Landesvoranschlag für das Jahr 1946, Beilage Nr. 10.**

Antrag gleichlautend wie Beilage 9 und 10.

Hauptberichterstatter Abg. Dr. Eduard Speck. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Speck:** Als Obmann des Finanzausschusses habe ich die Aufgabe, den Voranschlag des Landes Steiermark für 1946 vorzulegen. Zum erstenmal seit 13 Jahren ist wieder ein ordentlich parlamentarisch behandelter Haushaltsplan vorgelegt. Es ist nun da und dort in Österreich, im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden immer wieder die Meinung laut geworden, daß dieses Durchberaten und Genehmigen des Budgets oberste Pflicht und wichtigstes Recht der Volksvertreter sei. Die Bestellung des eigenen Haushalts ist Sache der ganzen Bevölkerung, die ja mit ihren Steuern und ihren anderen Leistungen diesen Voranschlag auch zu tragen hat und die deswegen ein Recht hat, zu wissen, was mit dem Geld geschieht, das sie durch ihre Steuern aufbringt und die durch ihre Vertreter ihren Willen zum Ausdruck bringt und damit ent-

scheidet, was mit den Steuern geschehen soll. Es hängt wirklich sehr viel ab von der Entscheidung dieser Frage. Wenn ein Land, wie Steiermark, auch nur einen beschränkten Wirkungskreis hat im Vergleich zum Staat, so übt er doch einen außerordentlich großen Einfluß auf das Leben jedes Bürgers des Landes aus. Dessen war sich unser Finanzausschuß vollkommen bewußt, als er diesen Voranschlag vorberaten mußte und er hat auch darnach gehandelt. In nicht weniger als 25 Sitzungen hat der Finanzausschuß sehr genau die Regierungsvorlage durchgearbeitet und sie durch seine Beschlüsse erheblich geändert und ausgeweitet. Er hat sehr viele Änderungen, meistens Erhöhungen der Ausgabeposten, als Resultat dieser Arbeit in seinen Beschlußanträgen beantragt. Im Ausschuß kamen alle drei Parteien des Hauses zu Wort und gemäß der Zusammensetzung unseres Volkes und der von ihm gewählten Parteien spiegeln sich natürlich in den Beratungen des Ausschusses die Interessen der verschiedenen Bevölkerungsschichten wieder. Es kam zu manchen Gegensätzen, es kam über manche wichtige Fragen zu längeren Verhandlungen, aber es ist erfreulich, zu sagen, daß schließlich sich doch immer wieder alle auf einer gemeinsamen Linie gefunden haben, daß die sachliche Zusammenarbeit, die fachliche Einstellung alle Gegensätze überbrückte und schließlich zu einer Einigung geführt hat. Diese Einstellung ist soweit gegangen, daß alle Beschlüsse des Finanzausschusses einstimmig erfolgt sind. Es ist ein anerkennenswertes Zeichen für das Bewußtsein, das alle Mitglieder des Ausschusses beseelt hat, daß wir alle in diesen Notzeiten über alle anderen Interessen das Wohl der Gesamtheit des Landes und der Bevölkerung des Landes nicht nur zu stellen haben, sondern tatsächlich auch stellen wollen. Das hat eben zu der Vorlage dieses einhellig beschlossenen Berichtes an das Hohe Haus geführt. Natürlich hat dazu auch die Erkenntnis beigetragen, daß wir in solchen Zeiten mit Wasser kochen müssen und daß sehr viel, was wünschenswert wäre, heute noch nicht durchgeführt werden kann, daß wir nur das zwingend Notwendige durchführen und dem Hohen Hause vorschlagen können. So ist diese Vorlage zustand gekommen, die ich nun im Namen des Finanzausschusses dem Hohen Hause unterbreite.

Es wären Kriegsschäden aller Art zu beheben, der Wiederaufbau unseres schwer mitgenommenen Landes zu beginnen und zu fördern, das ist das dringendste Gebot. Wir leben ja in vielfacher und wirklicher Not. Daher ist z. B. die Sorge für die Ernährung im Vordergrund und deshalb sind wieder die Forderungen der Landwirtschaft auf Förderung des landwirtschaftlichen Ertrages ein Gemeingut aller Bürger in diesem Staat. Es ist daran nicht nur die Landwirtschaft interessiert, sondern alle Schichten unseres Landes. Das Land wird, wenn wir diesen Voranschlag annehmen, auch erhebliches für die Förderung der Landwirtschaft leisten. Andererseits muß natürlich die Sorge für die Armen und Kranken, für die, die wirtschaftlich unter die Räder gekommen sind, also der Kampf um die Fürsorge, der Ausbau

und die Betreuung der Spitäler u. ä. ebenfalls im Vordergrund stehen, denn auch diese Schichten der Bevölkerung, die besonders in den Städten und Industriegemeinden unter dem furchtbaren Krieg und seinen Folgen zu leiden hatten und noch immer leiden, stellen mit Recht Ansprüche auf die Hilfe des Landes, auf die Vorsorge, die das Land ihnen zuwenden muß. Wir werden auch auf die KZler und die anderen Opfer der Nazi-Barbarei nicht vergessen, ebensowenig auf die Kriegsoffer. Gewiß werden auch noch Wünsche unerfüllt bleiben müssen, denn unsere Geldmittel sind sehr beschränkt und so manches von dem, was wir heute noch als Aktiva ansehen und buchen wollen, ist vielleicht fraglich oder kann in nächster Zeit fraglich werden. Die Steuern vor allem sind rückgängig, — es ist dies ein Ausdruck der schwierigen und bedenklichen Lage unserer Wirtschaft — die Steuern, aus denen das Land seine Ausgaben bestreiten muß. Gerade darum war ja sorgsamste Überlegung notwendig, wie man das Geld am besten und vernünftigsten verwenden solle.

Der Voranschlag gliedert sich in den ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag. Letzterer dient ausschließlich der Beseitigung oder teilweisen Behebung der Kriegsschäden, wobei wir natürlich nur einen Anfang setzen können und in den folgenden Jahren dann weiterarbeiten müssen. Es sind vor allem die Wiederherstellung von Straßen, von Brücken, von Gebäuden, die das Land zu verwalten hat und in diesem außerordentlichen Voranschlag werden über 7 Millionen Schilling dafür vorgesehen.

Der ordentliche Haushaltsplan, der das normale Erfordernis der Landesverwaltung zu decken hat, benötigt 48,686.700 S. Ich kann hier einfügen, daß sich alle Mitglieder des Finanzausschusses bewußt sind, daß auch diese Ziffern keinesfalls endgültig sind, sondern daß es eine ganze Reihe von Momenten gibt, die Unsicherheit hineinbringen, aber auch Änderungen, die etwa aus den Bewegungen, die in der allerletzten Zeit in der Öffentlichkeit klar zutage getreten sind, zum Beispiel nach Erhöhung des Lohnniveaus, mit sich bringen; wenn sie Erfolg haben und sie müssen Erfolg haben, werden sich daraus Änderungen mancher dieser Ziffern ergeben, aber selbstverständlich können der Finanzausschuß wie auch das Hohe Haus ihre Beschlüsse nur auf Grund der gegenwärtigen Verhältnisse fassen und müssen Änderungen einer künftigen Entwicklung vorbehalten bleiben.

Der ordentliche Haushaltsplan zerfällt in 9 Hauptkapitel, sogenannte Einzelpläne, die wir dann in der Spezialdebatte einzeln behandeln werden. Hier möchte ich mir nur die Ehre nehmen, Ihnen einen Überblick zu geben über die Erfordernisse dieser 9 Einzelpläne.

Haushaltsplan 0, Landesverwaltung und Landeshauptmannschaft, Erfordernis über 3,000.000 S. Es ist die eigentliche Verwaltung des Landes, die darin steckt.

Haushaltsplan 2 befaßt sich mit dem Schulwesen. Da ist jetzt schon zu erwähnen, daß der Hauptteil

des Kapitels, das früher auch die größte Ausgabenpost des Landes dargestellt hat, nämlich die Erhaltung des Volks- und Hauptschulwesens, heute nicht in unserem Haushaltsplane erscheint, weil dies seit einigen Jahren vom Staate übernommen ist. Ob es so bleiben wird oder nicht, können wir nicht wissen. Trotzdem wird für das Schulwesen, soweit es jetzt vom Lande geführt oder beeinflusst wird, ein Erfordernis von 1,250.000 S notwendig sein.

Der Einzelplan 3 umfaßt Aufgaben, die mit der Kulturförderung, Kunstförderung, Wissenschaftspflege, Volksbildung zusammenhängen, bei dem, die allfälligen Einnahmen abgerechnet, das Ausgabenerefordernis gegen 1,000.000 S beträgt.

Wichtig und sehr groß sind die Leistungen auf dem Gebiete der Fürsorge, die unter Einzelplan 4 zusammengefaßt sind, der darstellt die Fürsorge für die Siechen und die Erhaltung der Siechenhäuser, die Fürsorge für Geistesranke, Blinde, Taubstumme, Krüppel, Kleinrentner, aber auch für die vielen Flüchtlinge, die nur zum Teil aus eigenem Willen von uns besorgt wird, uns vielfach aufgezwungen ist. Diese Ausgaben haben sich gegenüber der Regierungsvorlage erhöht und weiters wurden auch erhöhte Beträge vorgeschlagen für die politischen Opfer der Nationalsozialisten. Hier ist erheblich mehr zu leisten, als bisher dafür aufgewendet wurde. 3,000.000 S wird der Zuschußbedarf für diesen Einzelplan 4 umfassen.

Einzelplan 5 umfaßt die ganze Jugend- und Gesundheitspflege, über 1,500.000 S sind hier zusätzlich aus den Einnahmen für dieses Gebiet aufzubringen.

Einzelplan 6, Bauverwaltung. Hier sind besonders die Straßen, soweit sie vom Lande oder als Konkurrenzstraßen erhalten werden, mit einem Zuschuß von fast 7,000.000 S. Einnahmen sind in diesem Kapitel begreiflicherweise fast keine vorhanden. Daß dieses Kapitel ein so hohes Erfordernis umfaßt, hat seinen Grund in den Zerstörungen, die durch den Krieg hervorgerufen wurden und in der Vernachlässigung, die dieses Gebiet in den Kriegsjahren erfahren hat. Aber für eine Gesundung der Wirtschaft ist die Wiederherstellung der wichtigsten Verkehrswege eine unbedingte Voraussetzung.

Einzelplan 7 umfaßt Kultur und Landwirtschaftsförderung, hier muß ein Zuschuß von 2,500.000 S aufgebracht werden zu den erwarteten Einnahmen.

Einzelplan 8 umfaßt die wirtschaftlichen Unternehmen des Landes, die Landesbahnen, landwirtschaftlichen Betriebe, die das Land führt, die Verwaltung des Landes-Forstbesitzes. Dies ist ein Kapitel, bei dem man eigentlich Überschüsse erwarten müßte, doch sind solche nicht vorhanden; es wird auch hier ein kleinerer Betrag von 500.000 S zuzuschießen sein. Auch da zeigen sich die Folgen des Krieges, der diese wirtschaftlichen Unternehmen außerordentlich geschädigt hat.

Einzelplan 9 schließlich ist sozusagen nur der, der für alle zusammen aufzukommen hat, das Finanzwesen. Aus diesem Kapitel werden die Mittel erschlossen, die die Zuschüsse aller andern 8 Einzelpläne zu decken haben. Die Ausgaben betragen hier

6,000.000 S, die Einnahmen rund 25,000.000 S, so daß sich ein Betrag von etwa 19,500.000 S an wirklichen reinen Einnahmen ergibt, mit denen die Ausgaben gedeckt werden müssen. Freilich — und das ist von vorneherein klar — diese Einnahmen decken nicht alle Ausgaben, sondern es müssen, um das Defizit nicht zu groß werden zu lassen, neue Einnahmen eröffnet und gesucht werden. Der Finanzausschuß hat in einer Reihe von Gesetzesanträgen, die auch heute noch zur Behandlung kommen werden, solche Bedeckungsvorschläge gemacht, die wenigstens einen Teil des Defizits decken. Leider bleiben aber immer noch über 4,000.000 S Abgang unbedeckt, ein Abgang, der nach Meinung des Finanzausschusses vielleicht erträglich genannt werden kann, wenn nicht unerwartete Neuerungen die ganzen Berechnungen gewissermaßen über den Haufen werfen. Dieser Abgang soll hereingebracht werden durch Ersparungen, die durch eine äußerst strenge und knappe Finanzwirtschaft gesucht werden müssen und schließlich durch Heranziehung der Reserven, wobei sich der Finanzausschuß bewußt ist, daß es natürlich unmöglich wäre, sämtliche Reserven restlos aufzubreuchen, weil das für die kommende Zeit einen unverantwortlichen Leichtsinns darstellen würde.

Nun sehen Sie also, sehr geehrte Damen und Herren, das große Gebäude des Landesvoranschlags vor sich. Sie werden es überprüfen und beraten und dazu Stellung nehmen. Sie werden sagen, was Sie als gewählte Vertreter des steirischen Volkes darüber denken, Sie werden das, was der Finanzausschuß ausgearbeitet hat, überprüfen und ihr Urteil darüber fällen. Und nun bitte, urteilen Sie. Ich lege also den Bericht des Finanzausschusses dem Hohen Hause zur Beratung und Beschlußfassung vor. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.)

**Präsident Wallner:** Ich bringe zur Kenntnis, daß im Sinne der Obmännerkonferenz die Behandlung des Voranschlags so vor sich gehen wird, daß wir zunächst die Generaldebatte über den Voranschlag abführen und dann in die Spezialdebatte eingehen. Zur Generaldebatte hat sich als erster Redner Landesrat Horvatek gemeldet.

**Landesrat Horvatek:** Hohes Haus! Wie schon der Hauptberichterstatter Abg. Dr. Speck ausgeführt hat, ist der Voranschlag in etwas veränderter Form nun wieder vor den Hohen Landtag gelangt. Er hat keine unwesentlichen Erhöhungen erfahren, ich halte es aber für unnötig, auf die einzelnen Umstände einzugehen, da sowohl der Hauptberichterstatter als auch bei Behandlung der Einzelpläne die einzelnen Berichterstatter alle notwendigen Dinge vorgebracht hat oder vorbringen werden. Hier ist nur wichtig eine Gesamtübersicht über den Voranschlag zu geben.

Der ordentliche Haushaltsplan mit einem Erfordernis von 48,686.700 S und der außerordentliche mit einem Erfordernis von 7,049.700 S ergeben ein Gesamterfordernis von 55,736.400 S. Das stellt eine immerhin bedeutungsvolle und auch beachtenswerte Summe dar.

Wir haben gehört, daß dieses Erfordernis nicht voll gedeckt werden kann und daß wir gezwungen sind, einen ungedeckten Abgang von 4,117.300 S zur Kenntnis zu nehmen und daß dieser unbedeckte Abgang seine Deckung finden soll durch aufzunehmende Darlehen. Wie ist denn nun der restliche Teil des Voranschlages gedeckt? Teils durch sogenannte gebundene, teils durch gewissermaßen freie Einnahmen. Als gebundene Einnahmen möchte ich betrachten die Einnahmen der Anstalten, der Betriebe, Erstattungen und Rückersätze, also Einnahmen, die unmittelbar mit den Ausgaben in einem unlöslichen Zusammenhang stehen, über die der Hohe Landtag nicht frei verfügen kann. Solche gebundene Einnahmen finden wir im Voranschlag in Summe von 27,019.900 S, das ist etwa die Hälfte des Erfordernisses. Freie Einnahmen, wenn ich das aufzunehmende Darlehen mitnehme, sind also nur zur Verfügung 28,716.500 S. Wie setzen sich diese nun zusammen? Die wesentlichste Einnahme sind die Finanzzuweisungen des Bundes, sie scheinen uns zwar unzureichend, sind aber doch die Hauptpost im Betrage von 13,059.300 S. Sie bilden gewissermaßen das Gerüst, das Rückgrat der frei verwendbaren Einnahmen. Dazu kommt noch die Landesumlage auf die Einnahmen der Bezirke und Gemeinden in der Höhe von 3,178.900 S. Es wurde im Finanz- und Budgetausschuß die Frage erörtert, ob die Möglichkeit bestünde, diese Einnahme zu erhöhen. Im Hinblick aber auf den Umstand, daß die Gemeinden selbst in schwierigen Verhältnissen leben und vielfach sehr schwer den wichtigsten Aufgaben nachkommen können, hat der Finanz- und Budgetausschuß von einer Erhöhung dieser Umlage Abstand genommen. Es erscheint also die Umlage in der gleichen Höhe wie 1944, gekürzt um das verringerte Steueraufkommen. Wir mußten nun, um eine weitere Deckung zu ermöglichen, auch an neue Einnahmen denken und sie sollen ein Erträgnis von 2,861.000 S bringen. Der Hohe Landtag wird sich mit der Vorlage heute beschäftigen. Sie sind so gewählt, daß sie als Erträgnis für die Volkswirtschaft des Landes betrachtet werden können. Die Erhöhung der Vergnügungssteuer kann verantwortet werden. Nicht ganz unrichtig hat Herr Landesrat Dr. Illig die Eintrittskarten zu den verschiedenen Vergnügungen als etwas kartenfreies bezeichnet. Es ist also tatsächlich zu verantworten, daß wir nun einen Aufschlag auf die Vergnügungssteuer der Gemeinden erheben. Ebenso kann verantwortet werden eine Erhöhung der Jagdabgabe. Jagd ist immer ein Vergnügen gewesen. Wer also Jagd ausübt, der soll das Vergnügen auch irgendwie bezahlen, der soll der Allgemeinheit Mittel zur Verfügung stellen. Bedenklicher erschien die Abgabe auf Treibstoffe, wie Benzin und Gasöl, wenn nicht die Tatsache bestünde, daß Benzin und Treiböl, also Dieselöl, in der russisch besetzten Zone wesentlich teurer ist als bei uns. Die vorgeschlagenen Erhöhungen werden noch immer nicht bewirken, daß der Benzin- und Treibstoffpreis die Höhe der Preise in der russisch besetzten Zone erreicht. Diese Einnahmen sind, wie ich früher ge-

sagt habe, mit 2,862.000 S präliminiert, also gegenüber der Gesamtsumme des Erfordernisses nicht sehr beträchtlich, sie machen augenblicklich nur 5% aus. Die von mir Ihnen genannten Finanzzuweisungen, die Landesumlage und die neuen Einnahmen durch neu einzuführende Abgaben ergeben 19,990.200 S. Wir würden also weitaus unseren Voranschlag nicht decken können. Die Deckung ist nur dadurch möglich, daß wir Reserven heranziehen. Es werden Rücklagen aufgelöst in der Höhe von 2,034.400 S und werden verfügbare Mittel, Ersparungen aus den früheren Rechnungsjahren in der Höhe von 2,965.600 S herangezogen, also insgesamt 5,000.000 S. Es ist dies an und für sich nicht unbedenklich, weil sich damit erweist, daß wir mit ordentlichen Einnahmen den Haushalt nicht decken können sondern auf Mittel greifen müssen, die uns normal nicht zur Verfügung stehen. Es erscheint eine Post von 500.000 S, das sind die durch die Tätigkeit des Herrn Primarius Dr. Jelinek herein-gebrachten Spenden zum Ausbau des Krankenhauses in Leoben ebenfalls als Einnahme und es bleibt noch zu bedecken ein Betrag von 4,117.500 S im Kreditwege. Wir haben aber im Finanz- und Budgetausschuß gesagt, es wäre außerordentlich erfreulich, wenn wir dieses Darlehen nicht aufnehmen müßten. Das Land ist besonders belastet durch Wiederherstellung von Kriegsschäden in der Oststeiermark an Straßen und Brücken. Der hierfür erforderliche Betrag ist über 4,000.000 S. Es erschiene uns gerecht und billig, wenn der Bund für Kriegsschäden einspränge. Wir haben daher, und zwar Herr Dr. Illig, Abg. Hofmann und ich, also Vertreter beider Parteien, beim Herrn Finanzminister vorgesprochen und ihm unsere Wünsche vorgetragen. Der Bund möge entweder die Kosten für diese Wiederherstellung der Kriegsschäden in der Oststeiermark übernehmen oder wenigstens einen wesentlichen Anteil daran tragen. Wir sind zwar nicht mit einer fixen Zusicherung nach Hause gekommen, aber es wurde uns versichert, daß versucht werden wird, wenigstens einen Teil dieser Kosten dem Land rückzusetzen, so daß wir vielleicht 2 bis 3 Millionen Schilling vom Bund bekommen werden. Wäre das der Fall, so würde sich der unbedeckte Abgang wesentlich erniedrigen. Außerdem müssen wir auch damit rechnen, daß vielleicht da und dort eine Mehreinnahme erzielt wird, daß vielleicht da und dort eine Ausgabe nicht voll vollzogen werden kann, daß sich also auf diese Weise Ersparungen ergeben und schließlich besteht die Möglichkeit, daß durch eine Verfügung des Herrn Bundesfinanzministers gewisse durch das Schillinggesetz blockierte Guthaben des Landes freigegeben werden. Tritt das ein, so würde die Darlehensaufnahme sich auf einen weitaus geringeren Betrag beschränken können oder vielleicht ganz ausbleiben. Das ist der Grund, weshalb der Finanz- und Budgetausschuß in den Abänderungsanträgen zum Gesetz über den Landesvoranschlag 1946 den Punkt 3, Absatz 2 des § 2 des Gesetzes umgebaut hat, so daß er nunmehr lautet: „Die Darlehensaufnahmen haben

zu unterbleiben, wenn und insoweit sie infolge von Mehreinnahmen oder Ausgabenersparungen entbehrlich werden, zu den Kosten der Instandsetzung der durch die Kriegereignisse zerstörten Straßen und Brücken Bundesbeiträge gewährt oder aus den Guthaben des Landes weitere Mittel freigegeben werden."

Ich will nur noch auf einen Umstand hinweisen. Im Einzelplan 6 ist ein Betrag von 750.000 S eingesetzt, damit das Land entsprechend dem Gesetze vom 1. März 1946 aus der Bürgschafts- und Haftungsübernahme für Wiederaufbaudarlehen II. Satzes die notwendigen Leistungen vollziehen kann. Augenblicklich erscheint dieser Betrag im Voranschlag unnötig. Während das Bundesministerium für Finanzen diesem Gesetze zugestimmt hat, ist es bisher vom Britischen Zweig des hohen alliierten Rates nicht genehmigt worden. Im Auftrage des Finanz- und Budgetausschusses habe ich zwar in Wien mit dem zuständigen britischen Finanzoffizier darüber Verhandlungen gepflogen, auch Vorstellungen beim Gouverneur von Steiermark, Oberst Block, erhoben; bisher ist eine Änderung des britischen Standpunktes uns aber nicht bekanntgegeben worden. Ich muß sagen, daß ich bei den Voranschlagsberatungen das auf das tiefste bedauert habe und hoffe, daß der Landtag heute zu dieser Frage Stellung nehmen wird und wir neuerlich versuchen müssen, auf diesem Gebiet einen Erfolg zu erzielen.

Mit diesen wenigen Ausführungen meine ich auch von meiner Seite das Notwendige gesagt zu haben und ich habe nicht die Absicht, die Verhandlungen des Hohen Hauses länger aufzuhalten. (Allgemeiner Beifall, Händeklatschen.)

**Dr. Illig:** Hohes Haus! Generaldebatte, Spezialdebatte, Budget, Kredit, Resolutionen, es sind Fremdwörter, die die Tätigkeit des Hohen Landtages am heutigen und morgigen Tage kennzeichnen werden. Die steirische Presse wird vermutlich in den nächsten Tagen in ihren Berichten über die Verhandlungen des Hohen Hauses viel mit diesen Begriffen hantieren und Ausdrücke der parlamentarischen Nomenclatur werden wahrscheinlich etliche Spalten der Presse füllen. Ich empfinde es, Hohes Haus, irgendwie als symbolisch, daß gerade die wichtigste Tätigkeit der Landesvertretung, nämlich die Behandlung und Verabschiedung des Voranschlages, verhältnismäßig mit vielen Fremdwörtern verknüpft ist, denn die Begriffe, wie Resolutionen, Budget, Generaldebatte, Spezialdebatte, Kredit usw. sind uns ja nicht nur in sprachlicher Hinsicht Fremdwörter geworden, sondern sie sind uns auch sonst in der Zeit der Diktatur völlig fremd geworden, weil sie Dinge oder Tätigkeiten bezeichnen, die uns mit dem Raub unserer Freiheit ebenfalls genommen worden waren. Die Feinde der Demokratie, mögen sie nun Nationalsozialisten oder sonstwie heißen, haben immer wieder versucht, den Parlamentarismus lächerlich zu machen und das Schimpfwort von der Schwatzbude sollte die Tätigkeit der Volksvertretung vor der Bevölkerung diskreditieren. Lassen wir diese Nörgler ruhig weiter raunzen, es wird

ihnen nichts mehr helfen, der Gang der Weltgeschichte hat anders entschieden und hat die Unzerstörbarkeit und Unsterblichkeit des demokratischen Gedankens bewiesen, der die Menschheit seit Jahrtausenden begleitet hat und wie wir hoffen wollen, niemals mehr verlassen wird. (Allgemeiner starker Beifall.) Es mag sein, Hohes Haus, daß auch der Parlamentarismus manchesmal gewisse Auswüchse gezeitigt hat, die nicht immer erfreulich waren und schon in der ersten Republik ist es manchmal im Parlament und im Landtag nicht ganz sanft heruntergegangen. Es hat auch hin und wieder einmal ein Pultdeckelkonzert gegeben und wie der Lateiner sagt: „horribile dictu“ ist auch im Reichsrat in der alten Monarchie hin und wieder ein Tintenfaß geflogen. Aber, Hohes Haus, sind das Argumente gegen den Parlamentarismus? Wird doch sogar einem so ernstesten Mann, wie es Dr. Martin Luther war, nachgesagt, er habe einmal auf einen Widersacher, allerdings auf den Teufel, ein Tintenfaß geworfen. Was ist der Lärm eines Pultdeckelkonzertes gegen das Heulen der Alarmsirenen vor einem Luftangriff oder ein Tintenfaß gegen Bomben, mit denen uns die Regierungskunst der Diktatur vertraut zu machen wußte. (Rufe: „Sehr richtig!“) Eine Aussprache im Parlament und im Landtage kann naturgemäß nicht immer darin bestehen, daß man sich gleichlautende Meinungen gegenseitig bestätigt, wenn irgendwo dann ist im Parlament oder Landtag der Platz, auch gegenteilige Auffassungen auszutauschen, wenn wirtschaftliche und politische Fragen grundsätzlich besprochen werden. Es ist eben Aufgabe der parlamentarischen Körperschaften, schließlich und endlich jene mittlere Linie zu finden, die noch am ehesten dem Volkswillen entspricht, einer Mehrheit den ihr gebührenden Platz anzuweisen, ohne eine Minderheit zu vergewaltigen. Das Kompromiß, vom Gegner der Demokratie als sogenanntes „Packeln“ verächtlich gemacht, ist in der Demokratie genau so unentbehrlich, selbstverständlich und natürlich, wie es überhaupt in allen Zweigen des Lebens die gegebene Grundlage eines geordneten gesellschaftlichen Zusammenlebens bildet. Ich persönlich, Hohes Haus, habe immer, auch in früheren Zeiten, wo es im Landtag oft noch recht heftig herging, eine Tagung der Volksvertretung als eine mich stark berührende Angelegenheit empfunden und als ich heuer nach ungefähr 14jähriger unfreiwilliger Pause zum erstenmal diese mir noch so vertraute Landstube betrat, hatte ich die Empfindung eines ganz starken inneren Erlebens, des Erlebnisses der wiedergewonnenen Freiheit, was ich auch heute noch nach fast einem Jahre des Zusammenbruches der Nazidiktatur immer wieder empfinde, wenn ich einer öffentlichen Versammlung als Redner oder sei es auch als bloßer Zuhörer beiwohne. Dazu kommt, Hohes Haus, gerade bei Behandlung des Voranschlages das Gefühl des Mitwirkenkönnens an einem vielleicht nicht unwichtigen Platz, das Gefühl des Mitarbeitens an diesem komplizierten Räderwerk eines Landeshaushaltes, der sicherlich für den Wiederaufbau unseres Landes große Bedeutung hat

und noch eine bedeutend größere Wirkung haben könnte, wenn es gelungen wäre, die föderalistische Verfassung unseres Staates auch schon auf dem Gebiete der Finanzverfassung voll zur Geltung zu bringen. Ich bin überzeugt, daß alle Mitglieder des Finanzausschusses mit dem gleichen Ernst und mit dem gleichen Gefühl der Wichtigkeit ihrer Aufgaben an diese herangegangen sind. Das zeigt auch schon der Verlauf und das ganze Ergebnis der Beratungen des Finanzausschusses: Vom 9. April bis zum 27. Mai, in 25 vielstündigen Unterredungen hat sich der Finanzausschuß mit der Regierungsvorlage des Voranschlages befaßt und er hat nicht etwa nur das ihm vorgelegte Elaborat noch einmal durchgekaut und einfach das, was ihm vorgelegt wurde, bestätigt, sondern hat auch bedeutende Abänderungen vorgenommen, ja man kann sagen, er hat dem ganzen Voranschlag ein neues Angesicht gegeben, so daß der Herr Finanzreferent, wenn er sein Kind vor dem 9. April mit jenem Kind vergleicht, das der Landtag heute und morgen aus der Taufe heben wird, er dieses Kind vielleicht kaum wieder erkennen dürfte. (Heiterkeit.) Als der Finanzausschuß am 9. April den Voranschlag zum erstenmal in die Hand bekam, rechnete dieser mit einem Gesamterfordernis von rund 48,400.000 S, heute sind es 55,700.000 S. Er rechnete mit Gesamteinnahmen von rund 40,000.000 S und einem Abgang von 8,000.000 S. Dieser sollte gedeckt werden durch Heranziehung von verfügbaren Überschüssen aus den Vorjahren von beiläufig 3,000.000 S und Auflösung von Rücklagen von 1,700.000 S und durch eine Darlehensaufnahme von 3,500.000 S. Der Herr Finanzreferent hat uns anfangs dieses Budget in seiner ursprünglichen Gestalt als etwas mehr oder minder Unabänderliches vorgelegt. Noch in der Landtagssitzung vom 27. März, deren Protokoll wir gerade erst gedruckt erhalten haben, sagte er: „Wir können unser Budget leider nicht elastisch gestalten, sondern haben eine vollkommen gebundene Marschroute.“ Auch beim Wiederaufbauprogramm hieß es z. B. hinsichtlich der Straßen, daß an diesen Dingen nicht mehr viel zu rütteln sei. Nun, Hohes Haus, die Landtagsfraktion der ÖVP. hat gegen diesen Voranschlag in seiner ursprünglichen Gestalt gleich eingangs bei der Generaldebatte im Finanzausschuß Bedenken in mehrfacher Richtung vorgebracht. Der Umstand, daß die föderalistische Verfassung Österreichs auf das Gebiet der Finanzverfassung noch nicht übergreifen hat, daß die Bestimmungen des Bundesfinanzverfassungsgesetzes vom Jahre 1931 und des seinerzeitigen Abgabenteilungsgesetzes nicht wieder in Kraft gesetzt worden sind, sondern daß es vorläufig, und zwar bis zum Jahre 1948 bei dem noch aus der nationalsozialistischen Ära stammenden System der Finanzzuweisungen des Bundes im wesentlichen verbleiben wird, dieser Umstand brachte es mit sich, daß der Voranschlag hinsichtlich seiner Einnahmen zuerst von diesen Finanzzuweisungen gänzlich abhängig schien und daß auch das Land hinsichtlich eigener Einnahmen auf die einzig noch verbleibende landeseigene Abgabe, die sogenannte Landesumlage

verwiesen erschien, die von den Bezirken und Gemeinden von ihrer Gewerbesteuer, ihrem Bürgersteuerausgleichsbetrag und ihrer Grundsteuer an das Land zu entrichten ist. Es zeigt sich nun, wie schon der Herr Finanzreferent früher erwähnt hat, daß die Steiermark an derartigen Finanzzuweisungen des Bundes 13,060.000 S erhalten soll. Hiebei aber sollten diese Finanzzuweisungen von seiten des Bundes an die Länder nach einem vollkommen gleichen schematischen linearen Aufteilungsschlüssel erfolgen, und zwar danach, was diese Länder im Jahre 1944 als sogenannte Gauen vom Reichsfinanzminister erhalten hatten. Irgendeine Berücksichtigung, ob und wie weit das eine oder das andere Land vom unmittelbaren Kriegsgeschehen getroffen war, war nicht vorgesehen. Es sollte also z. B. Tirol, Vorarlberg, Oberösterreich, Salzburg usw. dasselbe erhalten wie im Jahre 1944, aber auch Niederösterreich, das Burgenland und schließlich die Steiermark. Es sollte also kein Unterschied gemacht werden z. B. zwischen Vorarlberg, wo kaum eine Bombe gefallen ist und sicher kein Kanonenschuß und zwischen der Steiermark, über die wochen- und monatelang der Krieg hinweggerast ist, wo die Dörfer, Märkte und Städte gebrannt, die Panzer unsere Felder verwüstet haben und wo allein in der Oststeiermark 144 Brücken total zerstört worden sind. Die Vertreter der ÖVP. im Finanzausschuß haben mit größtem Nachdruck gegen diese lineare schematische Behandlung bei den Finanzzuweisungen Stellung genommen und auch dagegen, daß eine solche Auffassung etwa vom Landtag zur Kenntnis genommen werden könnte. Interessant war dabei die Feststellung, daß das Land Steiermark schon seinerzeit in der ersten Republik, als ordentliche Zuweisungen unter dem Titel der Abgabenteilung erfolgten, auch schon schwer benachteiligt erschien. Es war ein interessanter Vergleich, feststellen zu können, daß diese Abgabenertragsanteile des Landes Steiermark im Jahre 1930 fast genau soviel betragen wie die jetzigen Finanzzuweisungen des Bundes. Damals 1930 waren es 13,700.000 S, was die Steiermark an Abgabenertragsanteilen erhalten sollte. Während aber Steiermark mit einer Million Einwohnern 13,000.000 S aus diesem gemeinschaftlichen Topf erhielt, bekam Wien mit 2 Millionen Einwohnern nicht das Doppelte, also nicht etwa 27,000.000 S sondern 150,000.000 S. Wenn diese Differenz auch teilweise darauf zurückzuführen war, daß Wien gleichzeitig als Land und Gemeinde aus zwei verschiedenen Titeln aus diesem gemeinsamen Topf schöpfen konnte, auch unter Berücksichtigung dieses Umstandes blieb noch immer eine gewaltige Benachteiligung des Landes Steiermark, gegen die unsere damaligen Vertreter im Landtag und ich selbst wiederholt heftig Stellung genommen haben, allerdings ohne dabei jenen Widerhall bei den anderen damaligen Landtagsparteien zu finden, den wir uns erhofft hatten. Dieser politische Fehler, und es war ein politischer Fehler, hat sich nun gewissermaßen irgendwie bis auf den heutigen Tag fortgeerbt. Aus den Abgabenertragsanteilen der 1. Republik sind

die Finanzzuweisungen des Reichsfinanzministers und aus diesen Finanzzuweisungen des Reichsfinanzministers vom Jahre 1944 sind heute die Finanzzuweisungen des Bundes geworden, welche man uns, wie im Jahre 1944, auch heute noch in gleicher Höhe geben will. Um so erfreulicher ist es, daß nunmehr begründete Aussicht besteht, daß diese schreiende Ungerechtigkeit, die in der linearen Zuweisung von Finanzzuweisungen des Bundes besteht, voraussichtlich gemildert werden wird.

Der Finanzausschuß hat sich dieser Auffassung einmütig angeschlossen und hat über unseren Antrag beschlossen, den Herrn Finanzreferenten, den Abg. Hofmann und mich selbst zu ersuchen, noch einmal nach Wien zu fahren und dem Herrn Finanzminister an den Leib zu rücken und ihm den einmütigen Willen des Landtages klar zu machen, daß wir uns diese ungerechte Behandlung nicht gefallen lassen wollen. Diese Reise hat stattgefunden und sie hat, wie ich erfreulicherweise feststellen kann, Erfolg gehabt. Der Herr Finanzminister hat zugesichert, daß er die Frage einer Abstufung der Finanzzuweisungen des Bundes nach dem Grade der den einzelnen Ländern zugefügten Kriegsschäden noch einmal studieren werde. (Bravo-Rufe.) Er hat ferner zugesichert, daß wir voraussichtlich aus dem außerordentlichen Bundeshaushalt für die Beseitigung von Kriegsschäden an Brücken und Straßen der Oststeiermark Dotationen erhalten werden. Da für diesen Zweck allein in unserem außerordentlichen Haushaltsplan eine Summe von 3,376.000 S eingestellt war, die dann der Finanzausschuß noch auf 3,812.400 S erhöht hat, kann man ermesen, welche bedeutende Entspannung in unserer Finanzlage eintreten würde, wenn es gelänge, daß dieser ganze Posten der Kriegsschäden an Straßen und Brücken in der Oststeiermark vom Bunde übernommen würde. Die Bemühungen in dieser Richtung müssen mit allem Nachdruck fortgesetzt werden. Heute aber schon steht fest, daß eine gewisse Erleichterung in der Finanzlage dadurch eintreten wird, denn es scheint undenkbar, daß der Herr Finanzminister von den von ihm gemachten Zusagen gegenüber drei Vertretern des Steiermärkischen Landtages etwa zurücktreten könnte. Der Hohe Landtag hat den zu erwartenden Erfolg schon irgendwie antizipiert. Er hat, wie der Finanzreferent vorgelesen hat, diese zu erwartenden Zuwendungen des Bundes für Straßen und Brücken in den Gesetzestext des Budgetgesetzes eingebaut.

Hohes Haus! Wie schon eingangs erwähnt, war die Frage dieser Finanzzuweisungen aber nicht das einzige Bedenken, das die Vertreter der ÖVP. im Finanzausschuß gegenüber dem Landesvoranschlag vorzubringen hatten. An einem weiteren Punkt schien es uns notwendig zu sein, den Hebel anzusetzen und das war die aus dem Voranschlag und aus den Mitteilungen des Herrn Finanzreferenten hervorgehende Tatsache, daß bedeutende Mittel des Landes nicht nur durch die befehlsgemäß vorgenommene Zeichnung von Reichsanleihe blockiert erscheinen, sondern dadurch,

daß bedeutende Gelder unter das Schillingrechnungsgesetz fielen, weil die Landes-Hypothekenanstalt, die die Landesgelder verwaltet, einen größeren Teil dieser Gelder in Mobilienbanken weiter verlagert hat, welche unter die Bestimmungen des Schillingrechnungsgesetzes gefallen sind. Von den Rücklagen des Landes, die mit Ende 1945 mit rund 8,000.000 S ausgewiesen wurden, sind rund 4,500.000 S durch die Reichsanleihezeichnungen blockiert. Von den Überschüssen des Jahres 1944 und der Vorjahre, die mit rund 9,500.000 S ausgewiesen wurden, wurde nur ein Teilbetrag von 2,965.000 S als verfügbar bezeichnet. Die Blockierung durch das Schillingrechnungsgesetz muß also ziemlich bedeutende Summen umfaßt haben. Es schien uns nun ganz undenkbar, daß öffentliche Gelder des Landes, also Steuergelder, wirklich unter die Bestimmungen dieses Gesetzes fallen könnten und wir haben mit allem Nachdruck verlangt, daß auch die Forderung nach Freigabe dieser Gelder gegenüber dem Herrn Finanzminister energisch geltend gemacht wird. Das schien uns so notwendig, als uns bekannt war, daß Einlagegelder verschiedener öffentlich-rechtlicher oder halbamtlicher Körperschaften zur Gänze aus den Bestimmungen des Schillingrechnungsgesetzes herausgefallen sind. Es scheint undenkbar, daß das Land schlechter behandelt wird wie irgendeine öffentlich-rechtliche oder halbamtliche Körperschaft. Auch das wurde dem Herrn Finanzminister bei Vorsprache der drei Vertreter des Finanzausschusses vorgebracht und er hat ebenfalls zugesichert, daß diese durch das Schillingrechnungsgesetz blockierten Gelder des Landes mindestens in mehreren Etappen freigegeben werden.

Schließlich haben die Unterhändler des Finanzausschusses in Wien mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß es dem Lande unmöglich zugemutet werden kann, daß es die ganze Last der Unterstützung und Anstaltspflege ausländischer Flüchtlinge aus eigenen Mitteln trage. Diese Frage hat schon den Nationalrat beschäftigt, und die Vertreter der Kommunistischen Partei haben diesen Anlaß wahrgenommen, um, wie die Zeitungen berichtet haben, die Sache so darzustellen, als ob Österreich gewissermaßen freiwillig und unter Schädigung unseres außenpolitischen Interesses diese ausländischen Faschisten unter seine Obhut nehme, betreue und dafür bedeutende Mittel zur Verfügung stelle. Die Kommunistische Partei hat, wie aus Zeitungsnachrichten zu entnehmen war, im Parlament den Antrag gestellt, daß die bezügliche Post im Bundeshaushalt in der Höhe von 56,000.000 S zur Gänze gestrichen werde. Aber, Hohes Haus, ich glaube, wenn wir ehrlich sind, müssen wir sagen, dieser Antrag ist nicht ganz ernst zu nehmen, er ist eine bloße Geste. Denn es ist wirklich lachhaft, anzunehmen, daß Österreich freiwillig oder gar mit Begeisterung diese vielen Ausländer, die bei uns herumlungern und unsere Wirtschaft in starker Weise belasten, unter seine schützenden Fittiche nehmen wollte. In Wirklichkeit ist es so, daß wir uns in einer Zwangslage

befinden, weder das Machtmittel besitzen, einen weiteren Zustrom ausländischer Flüchtlinge über unsere Grenzen gänzlich zu unterbinden, noch die Machtmittel, die schon hier befindlichen Flüchtlinge auf einem Schlag alle miteinander abzuschieben. Es muß auch berücksichtigt werden, daß zumindestens erhebliche Teile dieser Flüchtlinge unter dem Schutz der alliierten Mächte stehen. Jedenfalls, Hohes Haus, ist nach unserer Auffassung die Betreuung dieser Personen nicht Landessache, sondern als unmittelbare Kriegsfolge eine Bundesangelegenheit. Diesen Standpunkt haben wir auch gegenüber dem Finanzminister vertreten und seine Stellungnahme zu diesem Problem hat auch schon in unserem neuen, geänderten Voranschlag ihren Niederschlag gefunden, da die Ausgabepost unter 410,37, „Geschlossene Fürsorge in eigenen Anstalten“, mit 430.000 S aus dem Budget verschwunden ist, während die neu erschienene Ausgabe von 1.030.000 S für die Unterstützung und Anstaltspflege ausländischer Flüchtlinge auch unter den Einnahmen in gleicher Höhe unter dem Titel „Erstattung des Bundes“ aufscheint, so daß es sich hier nur mehr um eine Durchlaufpost handelt.

Unsere Bedenken gegen den ursprünglichen Voranschlag gingen noch bedeutend weiter. Er weist, wie ich schon erwähnt habe, im ordentlichen Haushalt ein Gesamterfordernis von 41.800.000 S auf; an sich eine ganz respektable Ziffer. Der größte Teil dieses Betrages sind aber durchlaufende Posten, also Ausgaben unserer Anstalten und Einrichtungen, die wieder durch eigene Einnahmen dieser Anstalten und Einrichtungen hereingebracht werden. Der sogenannte Zuschußbedarf, also der Nettobetrag, den das Land für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aufgaben auszugeben beabsichtigte, war bedeutend geringer und betrug im ordentlichen Erfordernis rund 17.000.000 S, also ungefähr so viel, wie sich aus der Summierung der Finanzzuweisungen des Bundes und der sogenannten Landesumlage, 13.000.000 S plus 3.500.000 S, ergibt. Angesichts dieser Tatsachen, daß der Zuschußbedarf, die Netto-Aufwendungen des Landes für soziale, kulturelle und wirtschaftliche Förderungszwecke eigentlich so klein war, mußten wir konstatieren, daß diese Ziffer angesichts der unübersehbaren Wiederaufbauaufgaben, die das Land eigentlich zu leisten hätte, fast als beschämend bezeichnet werden mußte. Wir vertreten die Auffassung, daß der landeseigene Wirkungs- und Aufgabenkreis zu verdorren und damit das Rückgrat der Landesautonomie zu zerbrechen droht, dieser Landesautonomie, an der wir unentwegt festhalten wollen, daß es nicht gelingt, dieser Entwicklung der Drosselung und Einengung des Aufgabenkreises des Landes Einhalt zu tun. Wir haben daher schon im Finanzausschuß gegen die ursprünglich beabsichtigten Drosselungen und Einengungen, besonders auf dem Gebiete der Wirtschaftsförderung, energisch Stellung genommen und haben gleich eingangs der Beratungen wissen lassen, daß wir den Voranschlag keineswegs als etwas Unabänderliches hinzunehmen gesonnen sind, sondern uns vorbehalten müssen, für

wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zwecke entsprechende Ausweitungen des Voranschlages vorzunehmen bzw. zu beantragen. Ein Landesaufwand von z. B. nur 460.000 S für Förderung der Landeskultur und 700.000 S für die gesamte Förderung der Land- und Forstwirtschaft, wie er im ursprünglichen Voranschlag vorgesehen war, erschien uns gänzlich untragbar, nicht nur im Vergleich zu den analogen Ziffern in den Voranschlägen der ersten Republik, sondern auch deshalb, weil doch gegenwärtig das Ernährungsproblem im Vordergrund und im Brennpunkt aller Erörterungen steht und jede zusätzliche Summe, die für diesen Zweck ausgegeben wird, der gesamten Bevölkerung zugute kommt und geeignet sein kann, unsere angespannte Ernährungslage zu erleichtern. Wir waren natürlich nicht so töricht, auf der einen Seite eine Ausweitung des Aufgabenkreises des Landes auf kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiete zu verlangen, ohne uns andererseits auch über die Bedeckung Gedanken zu machen. Darum haben wir ja einer stärkeren Betreibung gegenüber dem Finanzminister um Freimachung der blockierten Gelder und schließlich auch der Erschließung neuer Einnahmequellen durch einige neue Abgaben zugestimmt. Deshalb haben wir das getan, damit das Land seinen Aufgabenkreis erweitern, damit es sich in den Wiederaufbau des Landes wirksamer einschalten kann.

So ist denn dieser neue Voranschlag durch die Beratungen des Finanzausschusses zustande gekommen, der eine Reihe von Mehraufwendungen für wirtschaftliche, kulturelle und soziale Zwecke aufweist, darunter Erhöhungen für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft um rund 800.000 S, für Förderung der Landeskultur um 220.000 S, für die allgemeinen Krankenanstalten um 128.000 S, für die Jugendpflege um 40.000 S, für die Betreuung und Unterstützung der KZler um 200.000 S mehr als ursprünglich, aber auch für Kultur- und Wissenschaftspflege, für die gewerblichen und landwirtschaftlichen Fachschulen und nicht zuletzt für Fremdenverkehrsförderung. Erhöhte Beträge sind auch eingestellt worden für die Fremdenverkehrsförderung, die eine wichtige Zukunftsaufgabe des Landes darstellt, für die wir schon jetzt alle notwendigen Vorbereitungen mit ganzem Nachdruck aufnehmen wollen. Es war für mich als Fremdenverkehrsreferent überaus erfreulich, feststellen zu können, daß alle Parteien des Landtages und alle Abgeordneten ohne Unterschied des Berufes oder Standes sich gerade gegenüber dieser wichtigen Frage der Fremdenverkehrsförderung voll aufgeschlossen gezeigt haben und daß das Land Steiermark für diese Zwecke Summen in das Budget einstellt, die höher sind als je zuvor, wenn man berücksichtigt, daß der Aufwand im heurigen Budget ja für ein halbes Jahr verwendet werden kann.

Das finanzielle Gesamtergebnis der Beratungen des Finanzausschusses hat also eine Steigerung des ordentlichen Haushaltes um rund 7.000.000 S, des außerordentlichen um rund 436.000 S mit sich gebracht, somit eine Ausweitung des Gesamterforder-

nisses um 7,400.000 S. Wenn man bedenkt, daß ein Betrag von über 3,000.000 S darin enthalten ist, nämlich die Bedarfszuweisungen an Bezirke und Gemeinden, die eine durchlaufende Post darstellen, wäre es nur nötig, die Darlehensaufnahme um 600.000 S höher zu präliminieren und neue Einnahmen durch neue Abgaben von nicht ganz 3,000.000 S vorzusehen. Im Budgetgesetz ist also jetzt vorgesehen, daß im Bedarfsfalle ein Darlehen von 4,117.000 S aufgenommen werden soll. Wir glauben aber mit Bestimmtheit hoffen zu können, daß es zu dieser Darlehensaufnahme überhaupt nicht kommen wird, weil wir einerseits erwarten, daß der Bund uns zu den Kriegsschäden einen bedeutenden Betrag widmen wird und weiters wir andererseits hoffen, daß auch durch die schon erwähnte Freimachung blockierter Gelder eine Entspannung eintreten wird. Wir haben schließlich, Hohes Haus, im Finanzausschuß die Auffassung vertreten, daß weder durch diese Mittel des Landes noch durch die Mittel des Bundes das Wiederaufbauproblem ganz gelöst werden kann. Wir haben die Frage einer Auslandsanleihe zur Diskussion gestellt, die wir, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, für durchaus tragbar halten, da die Verschuldung des Landes bedeutend zurückgegangen ist und besonders zur Durchführung eines Investitionsprogrammes im Wiederaufbau eine solche Auslandsanleihe früher oder später unentbehrlich sein wird. Die Pflicht des Landes, den Wiederaufbau zu forcieren, hat trotz der gegenüber dem Finanzminister erzielten Erfolge die Pflicht der Erschließung neuer Einnahmen durch einige neue Abgaben unentbehrlich gemacht.

Vor die Wahl gestellt, entweder den Aufgabenkreis des Landes am Wiederaufbau in unverantwortlicher Weise einzuschränken oder zu drosseln oder einigen neuen Abgaben zuzustimmen, mußten wir uns für diesen letzten Weg entschließen. So wird denn das Land, wie schon erwähnt, eine Treibstoffabgabe, einen Gemeindegzuschlag zur Vergnügungssteuer, eine Jagdkartentaxe, eine Jagdrechtsabgabe und eine praktisch allerdings noch bedeutungslose Landesverwaltungsabgabe einheben. Die Treibstoffabgabe ist zweifellos eine empfindliche Belastung der Wirtschaft, Industrie, des Gewerbes, besonders des Transportgewerbes, aber auch die Landwirtschaft wird eine neue Last zu tragen haben. Der Gedanke, die landwirtschaftlichen Verbraucher und vielleicht noch einige anderen Verbraucher von der Abgabe auszunehmen oder ihnen Ermäßigungen zu gewähren, mußte leider fallen gelassen werden, weil die technische Durchführung solcher Ausnahmen auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt. Auch der Gedanke, an Stelle der Treibstoffabgabe, die an sich viel gerechtere Kraftfahrzeugsteuer zu setzen, konnte nicht verwirklicht werden, weil die komplizierte Art der Bemessung und Einhebung einer Kraftfahrzeugsteuer bei tausend einzelnen Steuerpflichtigen zunächst einmal die Errichtung eines neuen Landesabgabenamtes erfordert hätte, während die Treibstoffabgabe bei einem einzigen Steuerpflichtigen ohne eigenes Landes-Steuer- oder Ab-

gabenamt erfaßt werden kann. Schließlich haben wir dieser Steuer aus der Erwägung zugestimmt, daß der Finanzminister uns gegenüber angekündigt hat, daß der Bund in absehbarer Zeit selbst eine solche Abgabe einführen werde, dann wird er natürlich jene Länder, die eine solche Abgabe haben und denen er dann diese Abgabe wegnimmt, entschädigen müssen, während jene Länder, die eine solche Abgabe noch nicht besitzen, vielleicht leer ausgehen könnten. Dazu kommt, daß Oberösterreich eine Abgabe in gleicher Höhe von 22 g pro Liter Benzin und 15 g pro Liter Dieselöl bereits beschlossen hat, ferner der Umstand, daß der Treibstoffpreis in Wien heute schon um 30 g pro Liter höher als in Steiermark ist und schließlich der Umstand, daß der derzeitige Benzinkleinverschleißpreis in Steiermark wahrscheinlich bedeutend unter dem Preis liegt, den der Staat später für die Einfuhr dieses ausländischen Benzins zu bezahlen müssen, so daß die derzeit niedrigen Benzinpreise in der Steiermark eine verkappte Subventionierung der Verbraucherschaft auf Kosten des Staates oder Landes bedeutet. Aus all diesen Erwägungen haben wir dieser Treibstoffabgabe zugestimmt, obwohl sie eine empfindliche Belastung der Wirtschaft darstellt, aber andererseits werden ja die Beträge, die da hereinkommen, wieder in die Wirtschaft gepumpt, weil ja dafür produktive Aufbauarbeit geleistet wird. Wesentlich leichteren Herzens konnten wir dem Landeszuschlag zur Gemeinde-Vergnügungssteuer zustimmen. Die Vergnügungssucht bei einem Teil der Bevölkerung berührt nicht immer sympathisch und die Beobachtung, daß man am helllichten Nachmittag vor den Toren der Kinos oft Hunderte meist junger Leute sieht, welche Zeit haben, sich 1½ Stunden um Kinokarten anzustellen und dann am helllichten Tage 2 bis 3 Stunden im Kino sitzen können, diese Beobachtung hat angesichts der noch zum Himmel starrenden zahllosen Ruinen etwas Deprimierendes. (Rufe: Sehr richtig!) Diese Abgabe ist also nicht nur budgetär notwendig, sondern hat auch erzieherischen Zweck. Die wiedereingeführte Jagdrechtsabgabe und Jagdkartentaxe sind nichts neues. Die Jagdkartentaxe bleibt im wesentlichen unverändert. Die Jagdrechtsabgabe von Gemeindejagden bleibt unverändert, nur die Jagdrechtsabgabe für die großen und ganz großen Eigenjagden wird nicht unwesentlich erhöht. Wenn wir uns auch der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Jagd kein bloßer Luxus und Sport ist, wie manchmal behauptet wird, sondern eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung hat, so glauben wir doch angesichts des gegenwärtigen ungeheuren Andranges von Jagdlustigen einer Erhöhung dieser Abgabe zustimmen zu können. Weitere Abgaben sind, wenn wir von der praktisch bedeutungslosen Landesverwaltungsabgabe, die mit nur 1000 S präliminiert ist, absehen, nicht geplant. Das Steuerprogramm des Landtages ist also nicht allzu erschreckend. Der Gesamtertrag der neuen Abgaben wird für das restliche Jahr 1946 mit 2,800.000 S präliminiert. Wir haben aber auch diesen Abgaben deshalb zugestimmt, weil wir dafür von anderen Steuerplänen

die ebenfalls zur Diskussion gestanden sind, Abstand nehmen konnten, so z. B. von einer zur Diskussion gestellten Fahrradabgabe, die als Abgabe des kleinen Mannes gewiß auf scharfe Kritik gestoßen wäre. Auch eine Lichtabgabe wurde diskutiert und auch von dieser konnte Abstand genommen werden. Eine solche Lichtabgabe hätte eine besondere Mehrbelastung von Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft mit sich gebracht und sie ist uns noch aus der Zeit der 1. Republik in nicht gerade angenehmer Erinnerung. Wir haben daher diese unsympathischen und zum großen Teil unsozialen Steuern abgelehnt und jenen zugestimmt, die uns eben unter den gegebenen Verhältnissen am gerechtesten und tragbarsten erschienen.

Hohes Haus! Die Spezialdebatte wird genügend Gelegenheit geben, auch den Vertretern unserer Fraktion, zu den einzelnen Kapiteln unsere Stellungnahme zu präzisieren und zu verschiedenen aktuellen Fragen unsere Auffassung bekanntzugeben. Aber eine Generaldebatte ist nach altem parlamentarischen Brauch für die Sprecher der einzelnen Parteien immer auch der Anlaß für gewisse allgemeine programmatische Erklärungen und Erörterungen. Ich will von dieser alten parlamentarischen Übung heute nur einen beschränkten Gebrauch machen. Dagegen scheint es mir aber zweckmäßig und vielleicht sogar notwendig, die Behandlung des Voranschlags zum Anlaß zu nehmen, eine Art Bilanz zu ziehen aus der bisherigen Tätigkeit der für die Politik und Wirtschaft im Lande verantwortlichen Faktoren, eine ganz kurze Rückschau zu halten auf die bisherigen Etappen des Wiederaufbaues. Das scheint mir, Hohes Haus, um so notwendiger, als ein gewisser Teil der Presse die Bemühungen der Landesregierung und die Tätigkeit der beiden großen Parteien ständig mit einer offenbar übelwollenden Kritik bespricht und dabei wiederholt Behauptungen aufstellt, die sehr oft, vom Fachwissen unbeschwert, offensichtlich die ganze Richtung unserer politischen und wirtschaftlichen Lenkung herabzusetzen bestrebt sind.

Kennzeichnend dafür ist, ich muß einmal darauf eingehen, ich kann es nicht hinunterschlucken (Heiterkeit), ein Artikel, der am Sonntag, den 24. März 1946, in der „Wahrheit“ unter der Überschrift „Steirische Kommunisten“ zu lesen war: „Ein Engländer, der versuchte, objektiv die Lage in Steiermark zu untersuchen, war erstaunt über die politische Atmosphäre unseres Landes. Er mußte feststellen, daß in der entscheidendsten Hauptfrage kein Unterschied zwischen den Anhängern der zwei größten politischen Parteien besteht. Die Anhänger beider Parteien sind der Auffassung, daß einzig und allein das Ausland, die Hilfe der Alliierten, Österreich aus seiner wirtschaftlichen und politischen Not erlösen könne. Dieses unbrauchbare Rezept für den Aufbau Österreichs, diese faule Luft des Wartens der Unentschlossenheit und der Inaktivität macht die österreichische politische Situation aus.“ So lesen wir in dieser Zeitung. Nun, Hohes Haus, es scheint mir zuförderst sehr zweifelhaft, daß

tatsächlich ein Engländer hier bei uns in Steiermark eine faule Luft des Wartens, der Inaktivität und der Unentschlossenheit konstatiert haben dürfte, wenn er dies aber tatsächlich getan hat, dann befindet er sich zumindest im krassen Gegensatz zum Obersten Chef unserer Militärregierung, Herrn Oberst Block, der kürzlich an den Herrn Landeshauptmann einen Brief gerichtet hat, in welchem er der Tätigkeit der Landesregierung hohes Lob zollt und hervorhebt, daß man überall in der Steiermark, im größten Industriebetrieb und beim kleinsten Handwerker, den gleichen festen Willen zum Wiederaufbau und zur Überwindung aller Schwierigkeiten konstatieren könne. (Lebhafter Beifall.) Es heißt wörtlich in diesem Brief des Herrn Oberst Block: „Ich weiß aus Erfahrung, daß durch ein gutes und edles Beispiel der führenden Männer die halbe Schlacht gewonnen ist. In Steiermark ist dies sicherlich der Fall.“ Ich schätze, Hohes Haus, unseren Gouverneur zu hoch ein, als daß ich annehmen dürfte, er habe mit diesem Brief bloße Höflichkeitsphrasen austauschen wollen. Im Gegenteil, er sagt uns manchmal auch ganz grob ins Gesicht, wenn ihm etwas nicht paßt. Es ist daher dieser Brief des Herrn Colonel Block keine bloße Geste, sondern die Feststellung der Tatsache, daß die von der Presse behauptete faule Luft des Wartens, der Inaktivität und Unentschlossenheit nichts anderes ist als eine journalistische Erfindung. Aber, Hohes Haus, wir haben es gar nicht nötig, uns hinter diesen Brief des Herrn Colonel Block wie gewissermaßen hinter den Fleißzettel des Lehrers zu verschanzen. Auch ohne diesen Brief können wir jederzeit beweisen, daß die Regierung und die übrigen maßgebenden Faktoren, die für die Lenkung der Wirtschaft und der Politik im Lande verantwortlich sind, nicht unentschlossen und inaktiv, nicht ideenlos sind, nicht in der faulen Luft des Wartens ersticken. Zuerst aber noch etwas Grundsätzliches! Die ganze Polemik in einer gewissen Presse läuft darauf hinaus, der Bevölkerung beweisen zu wollen, Österreich könne sich auch allein helfen, allenfalls noch etwa mit Hilfe der Sowjetunion, wenn nur die Führung von Staat und Land eine andere wäre, wenn z. B. eine andere aktivere Partei die Zügel in der Hand hätte. Nun, Hohes Haus, als im Jahre 1918 die alte Monarchie zusammenbrach, die als Wirtschaftskörper gesehen, ein in sich geschlossenes, ausgeglichenes, über alle Hilfsmittel verfügendes Gebilde war, da erklärten sofort weiteste Kreise die Republik Österreich von 1918 könne niemals lebensfähig sein. Auch namhafte Volkswirtschaftler fanden sich, die diese Auffassung vertraten und das, obwohl das Österreich von 1918 verglichen mit dem Österreich von 1946 ein wahrer Krösus war, obwohl damals keine Luftangriffe stattgefunden hatten, kaum eine Bombe in den 4 Jahren des ersten Weltkrieges gefallen war und auch fast kein unmittelbares Kriegsgeschehen in Österreich stattgefunden hatte, obwohl schließlich dieses Österreich von 1918 in kurzer Zeit drei Hilfsquellen erschließen konnte, die dazu beitrugen, die Zahlungsbilanz des Staates

aktiv zu gestalten, und zwar 1. einen bedeutenden Fremdenverkehr, der jährlich 250 bis 300 Millionen Schilling ins Land gebracht hat, 2. einen bedeutenden Transithandel und Transitverkehr, der ebenfalls große Summen ins Land gebracht hat, 3. die Beteiligung österreichischen Kapitals im Ausland und 4. einen nicht unerheblichen sogenannten Kulturexport. Aber trotzdem das Österreich von 1918 in dieser hundertmal besseren Situation war, obwohl es an seiner Industrieausstattung fast keinen Schaden erlitten hatte, obwohl sein Transportsystem fast unversehrt war, obwohl ihm diese vier genannten Hilfsquellen zur Verfügung standen, trotzdem konnte dieses Österreich von 1918 auch nicht ohne ausländische Hilfe leben, sondern Staat, Länder, Gemeinden, Industriegesellschaften, Wasserkraftwerke erhielten ausländische Anleihen, ganz zu schweigen von vielen anderen Hilfsaktionen. Es ist daher töricht, zu behaupten, daß ein heutiges vom Krieg zerfressenes Österreich, das in vier Zonen geteilt ist, das von vier Großmächten besetzt ist, das weitgehend zerstört ist, das seiner industriellen und gewerblichen Ausstattung zum großen Teil beraubt wurde, daß dieses Österreich jenes Kunststück vollbringen sollte, nämlich, ohne ausländische Hilfe fertig zu werden mit allen Schwierigkeiten, jenes Kunststück, das das Österreich von 1918 mit seinen unendlich reicheren Hilfsquellen nicht zu vollbringen vermochte. (Zwischenruf Abg. Pölzl: „Wo haben Sie das herausgelesen?“) Dr. Illig: Das brauche ich nirgends herauslesen, das sagt mir mein gesunder Menschenverstand und meine langjährige Erfahrung. In dem früher zitierten Artikel der „Wahrheit“ steht, das uns nichts anderes einfällt, als an ausländische Hilfe zu appellieren. Natürlich appellieren wir an die ausländische Hilfe, weil sie unentbehrlich ist, weil wir keine Zauberer, keine Illusionisten sind, die etwas vollbringen sollen, was das Österreich von 1918 nicht vollbringen konnte. Wir verlassen uns nicht auf diese ausländische Hilfe, wenn wir sie auch für unentbehrlich halten. Wir legen die Hände nicht in den Schoß. Der schlagendste Beweis dafür; Hohes Haus, ist die Entwicklung der industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Produktion seit dem Zusammenbruch im Mai 1945 bis zum heutigen Tag.

Was zum Beispiel die Industrie anlangt, war beim Zusammenbruch im Mai 1945 in Steiermark so gut wie keine produktive Arbeitsleistung festzustellen. Die Zerstörungen waren ungeheuer. Dazu kommen Demontagen von Seiten der ersten Besatzungsmacht, die allein in der eisenverarbeitenden und eisenherzeugenden Industrie einen Buchwert von 200 Millionen Schilling ausmachen. Berge von Schutt waren wegzuräumen, riesige Umstellungen in den Belegschaftsständen waren vorzunehmen, schnellste Betriebsrekonstruktionen mit teilweise ganz veralteten Behelfen mußten vorgenommen werden, bis es gelang, die Betriebe wieder einer produktiven Tätigkeit zuzuführen. Bei der Alpine waren die Verluste ungeheuer. Die moderne elektrische Blockstraße und 2 Elektrostahlöfen hat sie zu beklagen

gehabt. Sie mußte unter den schwierigsten Verhältnissen mit Hilfe einer alten Blockstraße von neuem beginnen, trotzdem ist die Produktion in der eisenherzeugenden Industrie nur vom Jänner bis April 1946 wie folgt gestiegen:

Siemensmartinsstahl von 3000 t auf 8253 t im Monat April,

Elektrostahl von 1000 t auf 2240 t,  
Walzprodukte von 2400 t auf 6500 t,  
Bleche von 500 t auf 1120 t,  
Stahlguß von 0 t auf 250 t.

Wir hoffen auch, daß bald wieder ein Hochofen rauchen wird, und zwar dort, wo er hingehört, im Herzen des Eisenlandes Steiermark in Donawitz (Bravorufe, Händeklatschen). Wichtige Fortschritte wurden auch in der eisenverarbeitenden Industrie gemacht. Die Produktion stieg von Jänner bis April 1946 bei

Draht, Drahtwaren und Schrauben von 500 t auf 1100 t,  
im Stahl- und Eisenbau von 200 t auf 230 t,  
im Maschinenbau von 95 t auf 250 t.

Besonders hervorzuheben ist unter anderem, daß das Hüttenwerk Diemlach eine Anlage zu Regenerierung von Altkupfer geschaffen hat, die eine Leistungsfähigkeit von 250 Monatstonnen aufweist. Da das Kupfer sonst nur ein Importartikel ist, kommt dieser Neuschöpfung besondere Bedeutung zu. In der Fahrzeugindustrie sind ebenfalls bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Der führende Betrieb in dieser Sparte, die Steyr-Daimler-Puch A.-G., hat Kriegsschäden in der Höhe von 87 Millionen Schilling erlitten und ungeachtet dieser Verluste und der riesengroßen Schwierigkeiten wurde das ganze Werk baldigst auf die Friedensproduktion umgestellt und diese seither ununterbrochen gesteigert. Während noch im September in 6500 produktiven Arbeitsstunden 760 Fahrräder erzeugt wurden, wurden im April bei 86.000 produktiven Arbeitsstunden bereits 6000 Fahrräder erzeugt, dazu Tausende von Freilaufnaben, verschiedene Ersatzteile, Fahrradketten. Auch die Motorräderzeugung ist angelaufen. Die ersten 24 Motorräder haben das Werk bereits verlassen und in der nächsten Zeit wird die Zahl schon eine ganz stattliche sein. In der Papierindustrie arbeitete im Mai 1945 ein einziger Betrieb in ganz Steiermark. Jetzt sind wir bei einer Monatsherzeugung von 4000 t Papier und Pappe angelangt, wovon 40 Prozent für den Export reserviert sind. Der letzte, noch stillgelegte Betrieb unserer Papierindustrie wird im Sommer betriebsbereit sein. Die Elektroindustrie hat furchtbare Verluste erlitten. Von der Elin in Weiz wurden 173 Waggon hochwertiger Maschinen, Motore, Roh- und Hilfsstoffe weggeführt, trotzdem hat das Werk unter Überwindung ungeheurer Schwierigkeiten schon einen bedeutenden Ausstoß an hochwertigen elektrischen Maschinen aufzuweisen. Die Glasfabrikation ist im ständigen Ansteigen. Sie stieg bei Stelzle in Köflach von 31 t im Jänner auf 190 t im Mai 1946. Die Fabriken in Oberdorf und Voitsberg sind bei 200 Monatstonnen Glaswaren angelangt. Die Ziegelwerke

standen im Mai 1945 vollkommen still. Im Mai 1946 wurden 1.030.000 Mauerziegel und 800.000 Dachziegel erzeugt. Die Ledererzeugung stieg von Dezember bis April, wenn auch absolut geringfügig, aber perzentuell um 50 Prozent, die Schuherzeugung von 21.000 Paar im Dezember auf 32.000 Paar im April. Auch im Bergbau ist ein günstiger Fortschritt zu verzeichnen, auch am Erzberg beginnt es sich zu rühren. Im Kohlenbergbau wurden im Mai 1945 mit einem Gesamtpersonalstand von 5000 Personen pro Tag 1770 t Kohle gefördert, im letzten Monat wurden bei einem Gesamtpersonalstand von 7480 Personen 5000 t Kohle täglich gefördert. Der Personalstand stieg nur um 50 Prozent, die Förderung um 200 Prozent. (Bravorufe!) Die Stromerzeugung schließlich konnte von 22 Millionen Kilowattstunden im April 1945 auf 46 Millionen Kilowattstunden im April 1946, also um mehr als 100 Prozent gesteigert werden. Ähnliche Steigerungen sind zu verzeichnen bei Magnesit, Talkum, in der keramischen Industrie, in der Seifenerzeugung und in vielen anderen Betrieben. Das Handwerk, der Handel, das Transportgewerbe waren beim Zusammenbruch desorganisiert. Tausende von Betriebsstilllegungen waren erfolgt, die Arbeiterschaft abgezogen, in Rüstungsbetrieben eingesetzt, Maschinen und Werkzeuge vielfach ebenfalls in der Rüstung eingesetzt, die meisten Geschäfte überhaupt geschlossen. Es kostete ungeheure Mühe, die Menschen wieder auf ihren richtigen Platz zu bringen und die Werkstätten und Geschäfte wieder zu öffnen. Die Handelskammer, die viel gelästerte, hatte am 9. Mai 1945 außer mir noch einen Personalstand von 2 Herren und 25 Mädchen. 300 Beamte hatten ihr Heil in weiter westlich gelegenen Gebieten gesucht. Hier mußte aus dem Nichts aufgebaut werden, meine Herren, und heute besorgen wir diese ganze Lenkung des Gewerbes, Handels, des Transportwesens, der Industrie usw. und die tausendfachen Aufgaben, die einer Kammer obliegen, mit einem Personalstand von sage und schreibe 250 Personen, hier im Kernlande der österreichischen Industrie, wo der Schwerpunkt der Industrie des ganzen Bundesgebietes liegt, während zum Beispiel die Wiener Kammer, wo fast keine Industrie im Vergleiche zu Steiermark ist und bei einer nur doppelt so großen Einwohnerzahl wie Steiermark mit einem Apparat von 1440 Personen arbeitet. Die Landwirtschaft endlich, Hohes Haus, hat wirklich Heroisches geleistet. Ich bewundere ehrlich gestanden als Städter die Geduld der Bauern, wenn ich den täglichen Sturm im Blätterwald der Presse beobachte und wenn man die zahllosen Körperschaften, Ausschüsse, Kommissionen, Inspektionen und was es da alles gibt, betrachtet, die sich nur damit beschäftigen, den Bauern zu weiteren Ablieferungen zu bringen. Manchmal wird vielleicht mit Absicht dem Publikum weisgemacht, als ob unsere heimischen Bauern allein in der Lage wären, uns alle zu ernähren. Wenn aber einmal feststeht, daß die gesamte Brotgetreideanbaufläche in Steiermark nur hinreicht, um den Eigenbedarf für

drei Monate zu sichern, wenn das erwiesen ist und es ist erwiesen, dann wird auch eine verzehnfachte Hofbegehung daran nicht mehr viel ändern können, solange nicht die hängenden Gärten der Semiramis, die einen Anbau in Etagen und Stockwerken gestatten, wieder erfunden und hier bei uns eingeführt worden sind. (Heiterkeit.) Die steirischen Bauern haben jedenfalls getan, was sie konnten.

Nun ein paar Ziffern, Hohes Haus! In der Zeit vom 20. August 1945 bis 3. März 1946 haben unsere Bauern 6,350.000 kg Fleisch abgeliefert. In der Zeit vom 1. Juli 1945 bis 30. April 1946 haben sie aufgebracht 7200 t Brotgetreide, 400 t Mais, 41.250 t Kartoffeln, 3700 t Rüben, 1250 t Hafer, 2373 t Heu, 800 t Ölsamen, schließlich im Jahre 1945 92 Millionen kg Milch einschließlich Rahm, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Milchlieferung durch die furchtbare Futternot ungeheuer gelitten hat. Im Mai 1946 ist bei der Milchlieferung bis jetzt eine 18prozentige Steigerung gegenüber dem Vormonat eingetreten. Schließlich wurden im Jahre 1946 bereits 74.850 kg Butter geliefert. Den Bauern bleibt nichts geschenkt. Sie liefern, und zwar um einen Preis, der vielfach unter den Gestehungskosten liegt, bei einer Arbeit, die zu den schwersten Arbeiten gehört, bei einer Arbeit, die keinen 8-Stunden-Tag kennt und an der Spitze der Bauern stehen Männer, allen voran der Landeshauptmann, die, wie wohl von allen anerkannt wird, ganz und gar auf ihren Posten stehen. Sie scheuen sich nicht, auch gegenüber den Bauern manchmal höchst unpopuläre Maßnahmen in Kraft zu setzen, wenn es das Wohl der Gesamtbevölkerung erfordert. Um all das hervorzuheben, Hohes Haus, war es notwendig, daß unsere Bauern, unsere Arbeiter und Angestellten, Handwerker und alle Erwerbstätigen gearbeitet haben und sie haben getan, was in ihren Kräften stand. Es ist ihr Erfolg, daß das alles erreicht werden konnte. Aber es ist nicht zuletzt auch mit ein Erfolg der für die Lenkung der Politik und Wirtschaft im Lande verantwortlichen Faktoren. Ich frage Sie daher angesichts dieser ziffernmäßig belegten Tatsachen, die ich Ihnen heute vorlegen konnte: Hohes Haus, wo ist da die faule Luft des Wartens, der Inaktivität und der Unentschlossenheit? Ist vielleicht bei den Siegerstaaten alles eitel Gold? Gibt es vielleicht dort keine Reibungen und Störungen, gibt es vielleicht dort keinen Streik, wie zum Beispiel gerade jetzt einen solchen von gigantischen Ausmaßen, die uns völlig unbekannt sind, bei den Eisenbahnen in Amerika? Gibt es dort bei den Siegerstaaten keine Leute, die sich um gesetzliche Bestimmungen herumdrücken, keine Lumpen, die durch die Lappen zu rutschen verstehen, keinen Schleichhandel? Wir bekämpfen diese Auswüchse auf das energischste, es gelingt nicht immer restlos und wie überall in der Welt schlüpfen leider auch hier manchmal der eine oder andere Lump durch die Finger. Aber Erscheinungen, wie sie z. B. aus dem hochdemokratischen Frankreich in der letzten Ausgabe der Weltpresse berichtet werden, sind bei uns Gott sei Dank doch noch eine ganz

unbekannte Sache. Ich lese da: „Die Pariser Wochenzeitung ‚Paroles Nouvelles Francaises‘ gibt die Schwarzhandelspreise regelmäßig bekannt. In einem Bericht für den Anfang des Monats April heißt es da unter anderem: Butter je Kilogramm 25 Francs im Jahre 1938, jetzt 550; Teuerungskoeffizient 22, Tendenz fallend; Louis d'or 150 bzw. 7000, Koeffizient 46; Brotmarken 150 Francs, Tendenz fallend; Weißbrot (750 Gramm) 2-5 bzw. 25 Francs, Koeffizient 10.“ — Ja, Hohes Haus, und sogar dort, wo die Kommunisten ausschließlich am Ruder sind und allein die Verantwortung für die politische und wirtschaftliche Lenkung des Staates tragen, gibt es einen sogar offiziell zugelassenen Schleichhandel. Ich zitiere noch einmal aus der „Presse“ vom 25. Mai 1946: „Somit ist man in der Sowjetunion schon vor längerer Zeit und unbeschwert durch Ideologien zur Legalisierung des schwarzen Marktes übergegangen, das heißt, es existieren jetzt dort mit Zustimmung der Behörden zwei Märkte, und zwar 1. der offizielle Markt mit niedrigen Preisen für die rayonierten Lebensmittel, die aber nur in knappen Mengen abgegeben werden, und 2. der freie Markt, wo der Konsument seinen zusätzlichen Nahrungsmittelbedarf um den fünf- bis zehnfachen Preis zu decken vermag. (Rufe: Hört, hört!) Lieferanten sind hier die Kolchosbauern, die die Produkte absetzen, welche sie auf der Basis der ihnen vom Staat belassenen Bodenparzellen bewirtschaften. Vollzogen hat sich diese gerade für ein Land wie die Sowjetunion überraschende Wandlung offensichtlich aus der Erfahrung heraus, daß es stets einen Schleichhandel geben wird, solange eine gesunde Relation zwischen Kaufkraft und Warenerzeugung nicht vorhanden ist. Wie die Erfahrung zeigt, hat die offizielle Duldung des freien Verkehrs zumindest den einen Vorteil, daß sie das Einkalkulieren des Strafrisikos als überflüssig erscheinen läßt und dadurch eher preissenkend wirkt (Heiterkeit), weil der Schleichhändler die Risiken des Bestraftwerdens nicht mehr einzukalkulieren braucht.“

Sicherlich, Hohes Haus, ist die Not in unserem Lande groß, die Ernährung unzureichend. Wenn trotzdem die Produktion auf allen Gebieten, wenn auch langsam steigt, das Preisniveau trotz einzelner Durchlöcherungen unerschüttert ist, eine Inflation vermieden werden konnte, der Schwarze Markt bei uns noch immer als Verbrechen gilt und von einer Legalisierung desselben keine Rede sein kann, wie in einzelnen Siegerstaaten, dann kann man wohl sagen als Ergebnis dieser Feststellungen „quod erat demonstrandum“, was zu beweisen wäre. Deshalb, Hohes Haus, wir sind nicht inaktiv, nicht unentschlossen, wir lieben auch keine faule Luft. Wir sind fest entschlossen, den Wiederaufbau mit aller Kraft fortzusetzen und werden dafür sorgen, daß bei diesem Wiederaufbau eine frische Luft weht und wir werden diese frische Luft auch dorthin blasen, wo man uns diese Wiederaufbauarbeit verkeln will. Und darum, Hohes Haus, wird die ÖVP für diesen Voranschlag stimmen, weil er ein Voranschlag des Wiederaufbauwillens ist, fest entschlossen,

unserem steirischen Volk zu helfen, wo immer wir können. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Abg. **Stockbauer**: Wenn wir nun, Hohes Haus, nach zwölf Jahren das erstmal als freigewählte Volksvertretung dazu kommen, zum Haushaltsplan Stellung zu nehmen, so hat uns alle zusammen zweifellos das große Gefühl der uns damit übertragenden Verantwortung erfaßt und es kennzeichnet so sehr den Unterschied zwischen einer demokratischen Ordnung und jener, die vor einem Jahre zusammengebrochen war, einer Ordnung der Diktatur, in der versteckt und verdeckt Maßnahmen vorbereitet und für deren Deckung gesorgt wurde. Wir stehen heute in der Beratung, wie wir dieses Land verwalten sollen, welche Mittel wir zur Verfügung stellen können, wie sie angewendet werden sollen, und wenn das Gefühl, das uns diese Verantwortung vermittelt, uns auch mit Schwung be-seelt, so ist nicht zu verkennen die Tatsache, daß es scheinbar ein unabwendbares Schicksal der österreichischen Demokratie ist, immer dann eingesetzt zu werden, wenn es gilt, die Erbschaft des Leichtsinns und der Zerstörung zu liquidieren. (Rufe: Sehr richtig!) Die Demokratie von heute kann nicht ein Füllhorn des Glücks und Wohlstandes ausleeren, sondern sie ist mit der schweren und nicht so dankbaren Aufgabe belastet, aus den Trümmern, die uns dieses verbrecherische Regime zurückgelassen hat, wieder ein Haus zu fügen, in dem man wohnlich leben kann. Es zeigt der Haushaltsplan lebendig das Spiegelbild der gesamten Wirtschaftssituation unseres Landes. Überall, wo wir hinblicken, sind große Erfordernisse notwendig, für welche die Bedeckung nicht aufzubringen war. Die Budgetvorlage, wie sie Ihnen durch den Finanzausschuß unterbreitet wurde, ist das Ergebnis von langwierigen, sehr sorgfältigen und von gewissenhafter Prüfung getragenen Verhandlungen. Diese Verhandlungen haben ihr wesentliches Kennzeichen darin gefunden, daß bei den Vertretern der Parteien sehr stark das Bedürfnis erkennbar war, den richtigen Weg zu finden, jenen Weg zu finden, der im Interesse der gesamten steirischen Bevölkerung liegt, und wir Mitglieder der SPÖ. können mit Befriedigung und Stolz darauf verweisen, daß es infolge von urbanen Verhandlungen möglich war, dieses Ziel zum allergrößten Teil auch zu erreichen. Wir haben uns den vielen Forderungen, die die bäuerlichen Vertreter im Finanzausschuß gestellt haben, nicht nur nicht verschlossen, sondern wir haben aus der Erkenntnis heraus, daß in dem Lande, in dem die Wirtschaft unter besonders ungünstigen Verhältnissen geführt werden muß, die Frage der Landwirtschaftsförderung eine weitaus größere Bedeutung besitzt, als wie in agrarisch günstiger gelegenen Ländern, uns sofort bereit erklärt, unsere ganze Unterstützung dem Ausbau dieser Notwendigkeiten zur Verfügung zu stellen. Wir sind uns stets bewußt gewesen, daß zwischen dem Schicksal der Bauern und jenem der Arbeiter eine starke Verbundenheit durch Wechselbeziehungen vorhanden ist. Wir sind uns aber auch dessen bewußt, daß nur dann, wenn es neben einer Arbeiterschaft,

die unter erträglichen Lebensverhältnissen arbeiten kann, auch eine Bauernschaft gibt, der man wenigstens im geringen Umfang den Wohlstand sichern muß, daß es nur dann möglich ist, auf diesen beiden Pfeilern, die die Demokratie im Lande heute tragen, diese nicht nur zu erhalten, sondern sie zu verankern und auszubauen. Wir wissen aus der Vergangenheit, wie sehr gerade die Bauernschaft in ihrer wirtschaftlichen Bedrängnis sehr leicht zum Spielball faschistischer Bestrebungen werden konnte und wie sie gegen ihre eigenen Interessen in den Karren der Diktatur eingespannt wurde, wie sie mißbraucht wurde, um mitzuhelfen, die Demokratie der Ersten Republik zu vernichten. Wir haben uns aber nicht nur in der Frage der Landwirtschaftsförderung großzügig, verständnisvoll und bereit zur Mitarbeit gezeigt, sondern der ganze Haushaltsplan läßt erkennen, daß die Vertreter der SPÖ. sich ihrer Aufgabe bewußt waren, mitzuwirken überall dort, wo es irgendwie möglich und angängig ist, die Folgen des Krieges und der Nachkriegszeit zu beseitigen.

Wir sehen, daß das gesamte Schulwesen über einen wesentlich höheren Aufwand verfügen kann als im Jahre 1944. Selbstverständlich, daß wir das allergrößte Interesse bekunden und immer bekundet haben, eine möglichst vorzügliche Schule zu besitzen. Je mehr dem einzelnen mitgegeben werden kann, desto leichter wird er sich im Lebenskampfe bewähren können. Nicht nur das, allgemeine Schulwesen sondern auch die Berufs- und Fachschulen zeigen von dem weitgehenden Blick, den die Vertreter der SPÖ. diesen Notwendigkeiten gegenüber an den Tag gelegt haben. Wir werden in der Spezialdebatte Gelegenheit haben, über Einzelfragen besonders reden zu können, aber wenn die Erkenntnis allgemein ist, daß die fachliche Schulausbildung und die Ausbildung zum Berufsleben durch die Fortbildungsschule notwendig, zweckmäßig, unerlässlich ist, wäre auch der Gedanke sehr ernstlich zu erwägen, ob so wie im gewerblichen Fortbildungsschulwesen nicht auch in der Landwirtschaft der obligate Besuch der landwirtschaftlichen Fortbildungsschule zweckmäßig und erforderlich wäre. Wir sehen, daß nicht unbeträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt sind, um den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Schulen finanzieren zu können, auch Schülerheime zu errichten und zu erhalten, die eine Voraussetzung dafür darstellen, daß die Kinder von Bauern und Arbeitern aus der Provinz die Möglichkeit erhalten, ihre Begabung auszuwerten und in der Stadt die erforderliche Schule besuchen zu können. Gerade diese Maßnahme scheint mir eine der wichtigsten zu sein, denn soll es so wie seinerzeit dabei verbleiben, daß das begabte Kind einfach deshalb, weil die Mittel nicht dafür vorhanden sind, seine Begabung ungenützt lassen muß, einem Beruf zugeführt werden soll, für den es gar keine oder nur geringe Eignung besitzt und die Veranlagung, die mitgegeben wurde, nicht zur Entfaltung gebracht werden kann? Vor allem in den jetzigen Tagen scheint ja die Frage der Schülerheime sehr wichtig zu sein, denn es ist Ihnen

allen bekannt, wie schlecht es mit der Unterbringungsmöglichkeit auf privatem Wege bestellt ist. Bedauerlich ist, daß in dem Betrag, der aus den Landesmitteln in Reichsanleihe angelegt wurde, auch ein ziemlich erheblicher Betrag miteingeschlossen ist, der als Schulbau-Rücklage geführt wurde. Auch der kulturellen Betreuung dieses Landes werden ziemlich bedeutende Mittel zur Verfügung gestellt, wobei wir sagen müssen, so sehr wir für alle diese Unterstützungen sind, so sehr wir interessiert sind, daß Musikschulen und andere Einrichtungen dieser Art ihre Förderung finden, so müssen wir doch die Forderung erheben, daß diese Einrichtungen nicht dazu benützt werden können und dürfen, um die Arbeitsflucht bestimmter arbeitsunlustiger Kreise zu ermöglichen und zu fördern. Wenn Sie sich heute die Zahlen geben lassen über die eingeschriebenen Schüler von Musikschulen und Konservatorien und diese Ziffern mit jenen vergleichen, wie sie vor dem Kriege bestanden haben, dann kommen Sie darauf, daß förmlich eine Epidemie ausgebrochen ist bei dem Besuch solcher Einrichtungen. Wenn man dann aber weiterforscht und nachsieht, wie ist es denn mit der Anzahl der besuchten Unterrichtsstunden im Verhältnis zu den eingeschriebenen Schülern bestellt, dann kommt man darauf, daß vielfach die Einschreibung bloß erfolgte, um den Beschäftigungsnachweis, der zum Bezug von Lebensmittelkarten unerlässlich ist, zu bekommen, nicht aber um ein ernstes Studium zu betreiben oder eine ernste Ausbildung zu erreichen. Es wird vielleicht Aufgabe der Landesregierung sein, bei Verwendung dieser Mittel doch Vorkehrungen zu treffen, daß hier eine reine und gewissenhafte Scheidung zwischen ernst zu nehmenden Studenten und solchen, die sich nur einer anderen Arbeitsverpflichtung entziehen wollen, getroffen werden kann. Was die Unterstützung der Kunstpflege anlangt, so scheint es mir notwendig darauf zu verweisen, denn wenn Sie heute durch die Straßen unserer Stadt gehen, den Kitsch und Schund ansehen, der in den Auslagen ausgestellt und zu unverschämten Preisen angeboten wird, dann sehen Sie erst, wie notwendig es ist, durch eine weitgehende Förderung des Kunsthandwerks dafür zu sorgen, daß der Geschmack des Publikums entsprechend geschult wird und von Haus aus die Absatzmöglichkeiten solcher Schunderzeugnisse, die bloß um hoher Profite wegen hergestellt werden, abzulehnen und unmöglich zu machen.

Wir finden auch einen nicht unwesentlichen Betrag, der dazu dienen soll, um das steirische Landestheater zu fördern. Eine Aufgabe muß das Landestheater vor allem darin sehen, gute und wirklich rechtfertigende Aufführungen dorthin aufs Land zu bringen, in die Provinzstädte hinaus, die über keine eigene Bühne verfügen können. Die Volksbildung, wie sie vor allem in dem Volksbildungsinstitut St. Martin betrieben wird, sowie die Förderung der Volksbibliotheken sind Fragen, denen wir von Haus aus bejahend gegenübergestanden sind. Vielleicht wird es notwendig sein, gerade mit viel Nachdruck die Volksbibliotheken in die Lage zu

versetzen, ihren ihnen gestellten Aufgaben nachkommen zu können. Sie wissen, wie in den letzten Jahren die ganze Literatur, die in deutscher Sprache erschienen ist, vergiftet und verpestet worden ist von dem Geist des Nationalsozialismus, nicht nur in jenen Büchern, aus deren Titelblatt man schon den Inhalt erkennen konnte, sondern auch in den vielen ganz harmlos aufgemachten Romanen und Erzählungen, bei denen oft nur ein oder zwei Zeilen den wahren Geist des Buches verraten. Trotz aller Säuberungen, die bereits vor sich gegangen sind, glaube ich, wird noch manches Buch in den öffentlichen Bibliotheken anzutreffen sein, das schon längst dem Verkehr entzogen gehört hätte. Wir wissen, in der augenblicklichen Situation ist es außerordentlich schwer, hinreichenden und umfassenden Ersatz zu beschaffen. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß es für uns und unser Volk von großer Wichtigkeit ist und für die Demokratie in ihrer ganzen weiteren Entwicklung von großer Bedeutung, daß es uns rechtzeitig gelingt, den geistigen Anschluß an die Weltdemokratie und an die Weltliteratur überhaupt zu erreichen. Es wird daher notwendig sein, daß die hierfür vorgesehenen Aufwendungen möglichst bald eine entsprechende Erhöhung erfahren.

In der Frage der Fürsorge und der Erfordernisse, die sie an uns stellt, drückt sich am besten die Not unserer Zeit aus. Hunger und Krankheit kennzeichnen ja die körperliche Entwicklung unseres Volkes und ich glaube kaum, daß es möglich sein wird, mit den vorgesehenen Beträgen das Auslangen zu finden. Denn gerade die Entwicklung unserer Ernährungswirtschaft in den letzten Wochen hat sicherlich wesentlich dazu beigetragen, die gesundheitliche Verfassung vor allem der Arbeiterschaft und der städtischen Bevölkerung weit mehr zu verschlechtern, als dies ursprünglich zu befürchten war. In dem Betrag, der in der allgemeinen Fürsorge ausgeworfen erscheint, scheint auch jener eingeschlossen, der unter dem Titel „Flüchtlingsfürsorge“ aufscheint. Was mein verehrter Vorredner zu dieser Frage gesagt hat, können wir unterstreichen. Es ist dies eine Last, die uns auferlegt wurde und die wir mit unseren eigenen Kräften noch nicht loswerden konnten. Es ist bekannt, daß diese ganzen zurückgebliebenen, in den Lagern für verschleppte Personen zusammengefaßten Ausländer zum allergrößten Teil aus faschistischen Elementen mit stark kriminellem Einschlag zusammengesetzt sind, die für das Land eine schwere politische aber auch gesundheitliche Belastung darstellen. Es gibt, glaube ich, keinen Zweifel darüber, daß es unsere gemeinsame Aufgabe sein muß, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um uns diese Belastung möglichst rasch und möglichst nachhaltig vom Halse zu schaffen. Die Zeitungsberichte und die Berichte der Polizei charakterisieren die kriminelle Bedeutung dieser Frage hinreichend. Die politische Bedeutung ist zweifellos nicht geringer als die kriminelle. Je früher wir daher diese Belastung loswerden können, desto

eher werden Elemente der ständigen Beunruhigung aus der Welt geschafft.

Bei der Betrachtung der Ausgaben und Einnahmen der Anstalten des Landes wird es wohl eine erwägenswerte Aufgabe sein, Vorkehrungen zu treffen, damit in Hinkunft zwischen der Gebarung der einzelnen Anstalten und der ihnen angeschlossenen Wirtschaftsbetriebe eine übersichtliche Teilung vorgenommen wird. Sie sehen ja auch aus dem Zusatzantrage des Finanzausschusses, daß nach dieser Richtung hin eine weitere Maßnahme geplant ist, daß ein Kontrollausschuß eingerichtet werden soll, der aus Fachleuten zusammengesetzt, gewissenhafte Erhebungen anstellen und entsprechende Vorschläge unterbreiten soll, die sich aus der jeweiligen Struktur dieser Anstalten und Wirtschaften ergeben, eine Maßnahme, die unerlässlich ist von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß sich bei der Beratung dieses Kapitels ergeben hat, daß ganz wesentliche und bedeutende Differenzen in der Belastung der einzelnen Unternehmungen sich ergeben, für die eine in der Sache selbst begründete Erklärung nicht gefunden werden konnte. Es ist natürlich notwendig, daß das Land gerade in dieser Zeit versucht und die Verpflichtung erfüllt, möglichst rationell im Interesse der gesamten Wirtschaft die Betriebe geführt zu wissen. Es ist unmöglich, daß bloß aus Nachlässigkeit einzelner Verantwortlicher sich in den einzelnen Wirtschaftsunternehmungen Belastungen ergeben, die unnötig sind und die vermeidbar wären. Gewiß, es kann in dem einen oder anderen Falle vorkommen, daß der dort verantwortliche Verwaltungsbeamte die notwendige und die zu erwartende Sorgfalt in der Betreuung seines ihm unterstellten Wirtschaftsbetriebes vermissen läßt. Wir können aber eine solche Einstellung weder dulden noch hinnehmen, weil wir genötigt sind, mit den Mitteln, die aufgewendet werden, möglichst haushälterisch umzugehen, um sie möglichst zweckmäßig und für die notwendigen Erfordernisse bestens einsetzen zu können. Es ist daher eine wirkliche Verpflichtung, die nach dieser Richtung hin zu erfüllen ist.

In der Frage der Jugend- und Gesundheitspflege, für die immerhin der sehr beachtliche Betrag von 13.000.000 S aufgewendet wird, möchte ich aber doch sagen, daß für Zwecke der Erholungsfürsorge und Kinderheilsfürsorge ein verhältnismäßig geringer Betrag in Verwendung zu nehmen geplant ist. Auch der Betrag für Sport und Turnen ist nicht überwältigend zu nennen und könnte höher sein, vom Gesichtspunkte aus betrachtet, daß ja die körperlichen Leibesübungen von heute nicht zu verwechseln sind mit jenen, die in der nazistischen Zeit durchgeführt wurden und damals ausschließlich im Interesse der vormilitärischen Erziehung, im Interesse der militärischen Notwendigkeiten überhaupt gelegen waren. Es soll ja heute Sport und Turnen dazu dienen, die Gewandheit des einzelnen zu sichern und ihn leistungsfähig auf allen Gebieten der körperlichen Beanspruchung zu machen. Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, sie waren immer Begleit-

erscheinungen des Krieges und auch diesmal sind wir von diesen Seuchen und von der Steigerung derselben nicht verschont geblieben, im Gegenteil, sie wurden in einem Ausmaß gesteigert, das weit über unsere Befürchtungen hinausgeht. Hier sind Aufgaben zu erfüllen im Interesse der Gesamtheit, die mit allem Nachdrucke erfüllt werden müssen, um weitergehende und ernste Schädigungen möglichst rasch abdämmen zu können und wieder eine Gesundung der gesamten Bevölkerung einzuleiten.

Die Wiedergutmachung der Kriegsschäden an Landstraßen und Bezirksstraßen unseres Landes erfordert einen sehr beachtlichen Betrag, aber gemessen an den Verwüstungen und an den Zuständen unserer Verkehrswege ist dieser noch sehr gering zu nennen. Wir wissen aber, daß aller Voraussicht nach es unmöglich sein wird, im heurigen Jahr die erforderlichen Arbeitskräfte aufzubringen, um für diesen Zweck einen größeren Betrag beanspruchen zu dürfen. Es ist aber begreiflich, daß in den kommenden Monaten alle Intensität eingesetzt werden muß, um diesen Aufgaben nachzukommen, denn ohne brauchbare Verkehrswege wird die Zirkulation des Wirtschaftslebens in unserem Lande außerordentlich stark gestört bleiben.

Wir haben bereits zur Frage der Förderung der Land- und Forstwirtschaft und zur Förderung der Landeskultur unsere Stellungnahme bekanntgegeben. Gleichfalls erkennen wir die Notwendigkeit der Förderung des Gewerbes vollinhaltlich an und wir können bei dieser Gelegenheit feststellen, daß die Arbeiterschaft an allen Orten und an allen Plätzen ihrer Aufgabe nachzukommen vermocht hat und hier vorbildliche Leistungen vollbracht hat. Wenn es in dem Zusammenhange vielleicht notwendig ist, auf die Ausführungen meines Vorredners zurückzukommen, der Ihnen einen Überblick über die Steigerung der industriellen Produktion gegeben hat, über die Steigerung der Produktion in allen Zweigen unserer steirischen Industrie, ist es vielleicht doch sehr wichtig, darauf zu verweisen, daß die wesentlichste Voraussetzung, die zur Steigerung überhaupt geführt hat, vor allem die Leistung der Arbeiterschaft darstellt. (Rufe: Sehr richtig!) Sie wissen ja alle zur Genüge, wie es vor einem Jahr ausgesehen hat. Alle Betriebe waren der Verantwortlichen entblößt, eine allgemeine Flucht der Betriebsleiter, der Ingenieure und der sonstigen leitenden Funktionäre hat nach dem Westen stattgefunden, zurückgeblieben sind die Arbeiter, die sofort in die Bresche gesprungen sind und unter Aufbietung und Aufbringung der denkbar allergrößten Opfer daran gegangen sind, die Betriebe wieder in Bewegung zu setzen. Es ist notwendig, daß in diesem Zusammenhang festgestellt wird, daß die steirische Arbeiterschaft wirklich Vorbildliches geleistet hat und deshalb den Dank des ganzen Landes verdient hat durch ihre rasche Entschlossenheit, beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft Hand ans Werk zu legen. (Bravorufe, Händeklatschen.) Ich möchte feststellen, daß auch heute noch diese Arbeiterschaft genau so wie

ein Teil der Bauern, in vorbildlicher Weise die ihr zugedachten Pflichten erfüllt und wir können gemeinsam mit großem Stolz und Genugtuung feststellen, daß es dieser Pflichterfüllung zuzuschreiben ist, wenn es in der steirischen Wirtschaft, in der Produktion vorwärtsgeht. Wir haben auch die Hoffnung und sind uns dessen sicher, daß unsere Erwartungen bei der weiteren Entwicklung trotz der ungeheuren Hemmungen, die die Ernährungsschwierigkeiten mit sich bringen, sich erfüllen werden. Aber es ist notwendig, in diesem Zusammenhang eines festzustellen, was im ganzen Lande mit Berechtigung böses Blut macht und das tatsächliche Bild der Leistungen dieses Landes wesentlich verschleierte, die Tatsache, daß mit den Erfolgen in der Produktion keineswegs die Leistungen des Verteilungsapparates Schritt halten, sondern im Gegenteil, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil dessen, was unter Aufbietung großer Mühen und Überwindung großer Schwierigkeiten erzeugt und hergestellt wird, durch das mangelhafte Funktionieren des Verteilungsapparates nicht jenen zugeführt wird, die es notwendig brauchen würden, sondern die über die entsprechenden Mittel verfügen, um es im Schleichhandel einkaufen zu können. Manchmal hat man ja den Eindruck, daß es nicht nur Dummheit oder Sabotage ist, sondern daß sich die Folgen von Korruption auch hier geltend machen, aber selbst wenn wir letzteres nicht immer annehmen wollen, so genügen die beiden Erklärungen, für das Versagen dieses Apparates, um uns mit ganz ernststen Besorgnissen zu erfüllen. Wenn uns berichtet wird, daß z. B. in einem oststeirischen Bezirk Bezugscheine auf Anzugstoff nur dann abgegeben werden, wenn der Betreffende in der Lage ist, 3 kg Schafwolle beizustellen, dann muß man sagen, daß die Anzugstoffe ausschließlich für die Besitzer von Schafherden gemacht worden sind. Ich würde es verstehen, wenn jene, die sich um einen solchen Bezugschein bewerben und im Besitze einer solchen Schafherde sind, die Verpflichtung auferlegt bekommen, 3 kg Schafwolle beizustellen, aber vollkommen unverständlich ist es, wie unter solchen Voraussetzungen ein Arbeiter oder ein Bauer in den Besitz eines solchen Bezugscheines gelangen soll, auch dann, wenn er vielleicht am allernotwendigsten die Erneuerung eines Anzuges benötigen würde. Ich kann auch keine brauchbare Erklärung dafür finden, daß 26.000 m oxfordähnlichen Gewebes durch viele Wochen deswegen liegen und unverbraucht bleiben mußten, weil dieses Gewebe als Schneidmaterial ausschließlich für den Bezug durch Schneidergewerbebetriebe vorbehalten sind und diese gleichen Schneider, denen es zugedacht war, erklären, daß es für ihre Zwecke unbrauchbar und unbenutzbar ist. Muß erstens eine solche Fehlverteilung vorgenommen werden und zweitens frage ich, ist es notwendig, daß sechs Wochen verstreichen müssen, bis eine Korrektur einer solchen Maßnahme erreichbar ist, wenn man gleichzeitig weiß, daß Teile der Arbeiterschaft nur mit Fetzen statt mit Hemden bekleidet, ihre Arbeit verrichten müssen? Es ist

daher notwendig, daß nach dieser Richtung durchgreifende Verordnungen erlassen werden.

Wir zweifeln nicht daran, daß ein sehr großer Teil der Bauern sich ihrer sozialen Verpflichtung in dieser Zeit voll bewußt ist. Wir wissen auch, daß ein großer Teil gerade der Klein- und Mittelbauern in vorbildlicher Weise den ihnen auferlegten Aufgaben nachkommt, wir bekommen aber immer wieder Nachricht, daß gerade größere landwirtschaftliche Unternehmungen sich sehr ernsthaft und mit Geschick und Erfolg bemühen, solchen Aufgaben auszuweichen und es wird vielleicht notwendig sein, daß wir doch der Frage der Bodenreform in unserem Lande eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Bodenreform kann dazu dienen, um vielen landwirtschaftlichen Arbeitern eine selbständige Existenz zu ermöglichen, sie kann dazu dienen, einen großen Teil von landwirtschaftlichen Betrieben, die an der Grenze der Existenzmöglichkeit stehen, durch zusätzliche Güterzuteilung diese Existenzsicherheit zu vermitteln. Sie wird aber vor allem dazu dienen können, um den Saboteuren der Wirtschaft, die nicht mit allem Können und mit der nötigen Verantwortlichkeit ihren Boden und ihren Besitz dazu benützen, um ihn in den Dienst der Volksnotwendigkeiten zu stellen, das Handwerk zu legen und an Stelle solcher Saboteure andere pflichtbewußte und ihren Aufgaben gewachsene Bauern hinzustellen.

Wir sehen bei den Ziffern des Voranschlages, daß wir auch bei den land- und forstwirtschaftlichen, industriellen und gewerblichen Betrieben des Landes Abgänge zu verzeichnen haben. Es gilt hier das, was ich vorhin schon erwähnt habe, daß durch eine fachliche Kontrolle die Ursachen dieser Abgänge geklärt und daß in Hinkunft Vorkehrungen getroffen werden, um diese Abgänge ein für allemal aus der Welt zu schaffen.

Unsere Stellungnahme zu der Frage der Benzinsteuer und zu der Vergnügungssteuer deckt sich im wesentlichen mit jener meines Vorredners. Wir haben sehr ungern für die Benzinsteuer gestimmt, aber bei dem Umstande, daß der Benzinpreis unverhältnismäßig billig ist und zweifellos weit unter dem Gestehtungspreis überhaupt liegt und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in dem russisch besetzten Gebiet der Benzinpreis höher liegt, konnten wir unsere Zustimmung nicht verweigern. Auch die Vergnügungssteuer gibt zweifellos die Möglichkeit, eine größere Belastung auszuhalten. Wenn man sich die Ziffern ansieht, die über den Ertrag der Vergnügungssteuer berichten, so kann man feststellen, daß es wirklich eine Krankheitserscheinung darstellt, daß immer wieder solche Veranstaltungen einen Massenbesuch aufweisen, daß die Kinos auf Tage hinaus mit allen ihren Vorstellungen ausverkauft sind, daß alle möglichen Kabarets und Tingeltangel mit Tanzveranstaltungen bis auf den letzten Platz gefüllt sind. Wenn auf der einen Seite Arbeiter unter Aufbietung all ihres Könnens ihren Aufgaben nachkommen, dann gibt es keinen Zweifel, daß auf der anderen Seite jene, die sich bloß dem Vergnügen hingeben, eine entsprechende Belastung

aushalten müssen. Wenn diese Vergnügungssteuer wirklich einen erzieherischen Wert auch noch besitzen soll, dann wäre sie um so begrüßenswerter. Ich zweifle allerdings daran, daß diese „Schlurfs“, die in den Kaffeehäusern oder irgendwo herumlungern statt zu arbeiten, durch eine erhöhte Vergnügungssteuer daran erinnert werden, daß es noch Ziegel und Schutt zum Wegräumen gibt (Rufe: Sehr richtig!), ich glaube eher, daß diese Elemente, aus denen sich ja der Schwarz- und Schleichhandel zusammensetzt, wahrscheinlich ihre Preise erhöhen werden, um die Belastungen durch die Vergnügungssteuer wieder hereinzubringen. Es wäre notwendig, daß wir, ohne die Methoden nationalsozialistischer Verfolgung anwenden zu wollen, doch einmal versuchen, mit durchgreifenden und lang anhaltenden Razzien eine ordentliche Auskämmung in der Bevölkerung vorzunehmen.

Es ist mehr wie provokant, wenn man so zu allen möglichen Tageszeiten in die einzelnen Kaffeehäuser hineinschaut, wie da Leute in den besten Jahren herumlungern und nichts anderes machen als große Geschäfte mit bewirtschafteten Waren. Wenn man sich berichten läßt, daß die Offerte im Schwarz- und Schleichhandel so aussehen: Bei Abnahme von 20 kg Zucker das Kilogramm 200 S, bei Abnahme von 10 kg 230 S, fragt man sich: wo sind die Umschlagplätze und wo sind die Makler? Es lassen sich beide nicht ausheben. Es wäre das richtigste, ohne lange Verhandlungen durchzuführen, sie alle von der Stätte ihrer Wirtschaftssabotage sofort zum Schutt aufräumen transportieren zu lassen. Die Herrschaften sollen dann mit ihren Lackschuhen und pomadisierten Haaren eben einmal aufräumen, Ordnung machen und mithelfen, einen Teil der notwendigen Aufbauarbeiten zu verrichten, statt ständig als Parasiten der Wirtschaft und der gesamten Bevölkerung an dem wenigen zu saugen, was uns noch verblieben ist. (Händeklatschen.)

Ich glaube, daß wir bei der Beratung der einzelnen Kapitel noch reichlich Gelegenheit haben werden, um unsere Wünsche und unsere Stellungnahme bekanntzugeben. Ich glaube aber, eines erwarten zu dürfen, daß so wie dieser Haushaltsplan das Ergebnis wahren demokratischen Geistes und wahrer demokratischer Zusammenarbeit ist, daß es uns auch in Hinkunft möglich sein wird, unsere Interessen und berechtigten Wünsche aufeinander so abzustimmen, daß in diesem Hohen Hause eine Arbeit, beseelt von wirklich demokratischem Wollen gesichert ist, eine demokratische Tätigkeit, die sich nicht nur im Interesse der Arbeiter und Bauern sondern im Gesamtinteresse dieses Landes vollziehen wird. (Bravorufe und Händeklatschen.)

Abg. Pözl: Hohes Haus! Der Voranschlag, der zur Diskussion steht, ist ein Spiegelbild unserer Verhältnisse. Wir ringen mit den Folgen des hitlerischen Krieges. Wenn man die beiden Redner der großen Parteien, die die Verantwortung in unserem Lande in erster Linie zu tragen haben, anhört, dann hat man beim Redner der ÖVP. den Eindruck: „Bei

uns im Lande ist alles in bester Ordnung" — und beim Redner der SPÖ.: „Bei uns im Lande ist beinahe alles in Ordnung“. Ich muß Ihnen sagen, daß wir nicht dieser Auffassung sind. Ich muß Ihnen sagen und ich weiß, daß ich mich nicht irre, daß ein Großteil der Bevölkerung unseres Landes ebenfalls nicht dieser Auffassung ist. Zunächst denkt unser werktätiges Volk, daß bei uns im Lande nicht alles geschehen ist, was geschehen hätte können, um unsere Ernährungssituation erträglich zu gestalten. Bei den Ausführungen des Herrn Landesrates Dr. Illig hat man das Empfinden, daß er sagen will: Alles, was wir auf dem Gebiete der Ernährung — und das ist ja die brennendste Frage, die unser Volk momentan bewegt — tun konnten, haben wir getan. Hoher Landtag, wir sind der Meinung, daß in unserem Lande aus eigener Kraft und aus eigenen Mitteln auf dem Gebiete der Ernährung nicht alles getan wurde, was getan hätte werden müssen angesichts der Welternährungslage, angesichts der katastrophalen Notlage unserer industriellen Bevölkerung in den Städten. Die beiden großen Parteien haben in Bezug auf die Ernährung unserer Bevölkerung ihre Haupthoffnung auf den Zutransport von Lebensmitteln aus der übrigen Welt zu ihrem Programm erhoben, ja es ging soweit, daß diese Hoffnungen auf Lieferungen vom Ausland tatsächlich eine faule Atmosphäre des Zuwartens, eine faule Atmosphäre des Nichtsehens der Probleme, die vor uns stehen, in bezug auf die Ernährung hervorgerufen haben. Wir sind der Meinung, daß die Ernährungspolitik, die in unserem Lande getrieben wurde, nicht sehr glücklich ist und wir wissen, daß ein wesentlicher Teil unseres Volkes mit uns übereinstimmt. Wir wollen auch keinen Gegensatz zwischen dem städtischen Konsumenten und den landwirtschaftlichen Produzenten von Ernährungsgütern herbeiführen. Wir glauben auch, die Lage unserer ländlichen Bevölkerung einschätzen zu können, wir sind aber der Meinung, daß zwischen dem hart arbeitenden Bauern und der hart arbeitenden Industriebevölkerung sich ein Sumpf zu bilden droht, der die Ergebnisse der Arbeit sowohl des Bauern als auch des Arbeiters zu verschlingen droht. Wenn die inländischen Lebensmittelreserven, wenn die Möglichkeiten, die wir im Inlande haben, nicht voll ausgenützt wurden, dann kann man dafür nicht in erster Linie die Bauern verantwortlich machen, sondern diejenigen, die eben die Ernährungspolitik in unserem Lande durchführen, dann muß man diejenigen verantwortlich machen, die für die Vorschreibung, Aufbringung und Verteilung der Reserven, der Produkte, die wir im Lande erzeugen, verantwortlich sind. Diese Verantwortung hat vor allem die ÖVP. für sich übernommen unter Duldung der SPÖ. Verantwortlich sind aber sicherlich beide großen Parteien, wenn im Punkte der Versorgung von Lebensmitteln aus den Hilfsquellen unseres eigenen Landes nicht alles geschehen ist, was geschehen hätte können. Ich werde versuchen, etwas genauer darauf einzugehen.

Das ganze Vorschreibungs- und Aufbringungs-system von Lebensmitteln in unserem Lande wird nach denselben Methoden durchgeführt, die auch das Nazisystem angewandt hat. Dies bei vollkommener Verkennung der Tatsache, daß die Methoden, die der Nazifaschismus angewendet hat, um die im Lande erzeugten Lebensmittel zu bewirtschaften, daß diese Methoden jetzt unter demokratischen Verhältnissen nicht mehr zu dem Resultat führen können, weil sie ja auch nicht so durchgeführt werden können, wie das unter den nationalsozialistischen Verhältnissen möglich gewesen ist. Ja es ist ja auch unter gar keinen Umständen wünschenswert, daß auf irgend einem Gebiet unseres Lebens mit nazistischen Methoden und Mitteln gearbeitet wird. Der Bauer, der heute der städtischen Bevölkerung seine Lebensmittel in Form von Ablieferung, die er vorgeschrieben erhält, zur Verfügung stellt, hat bei uns vielfach den Eindruck, daß er eine Steuer leistet. Eine Steuer leistet deswegen, weil er bei der geringen Bezahlung, die er für diese Produkte erhält, das Gefühl bekommt, ja ganz deutlich demonstriert bekommt, daß er für seine Leistung, für seine Arbeit, keinen entsprechenden Gegenwert erhält. Wir verschließen uns dieser Tatsache nicht. Wir sehen diese Tatsache und weil wir sie sehen, so sagen wir, man muß Mittel und Wege, Methoden finden, die den Bauer daran interessieren, seine Produkte der städtischen Konsumentenschaft zuzuführen. Wir stellen uns das so vor, daß man dem landwirtschaftlichen Produzenten ein gewisses Minimum an Gütern zur Ablieferung vorschreibt, die er zu erträglichen Preisen zu liefern hat und daß man ihm die Möglichkeit und einen Anreiz gibt, für einen noch verbleibenden Rest seiner Produkte entsprechende Industriewaren und Bedarfsgüter gewissermaßen im Austauschwege zu erhalten. Wir haben ja eine hochorganisierte Handelskammer, wie uns Herr Dr. Illig berichtet hat. (Dr. Illig: Gott sei Dank!) Herr Landesrat Dr. Illig hat auch dagegen polemisiert, daß es in anderen Ländern auch die Erscheinung des Schleichhandels gebe, sozusagen wir können uns in Österreich mit dieser Erscheinung eben abfinden. (Verschiedene Zwischenrufe.) Hoher Landtag, wenn beispielsweise hier die Sowjet-Union herangezogen und erklärt wurde, daß das, was es in der Sowjet-Union an freiem Handel gibt, Schleichhandel ist, so muß ich erklären, daß das eine arge Verzerrung der Tatsache ist. Ich glaube, auch bei uns im Lande wäre es angezeigt, nicht für alle, wahrscheinlich aber für einige Produkte der landwirtschaftlichen Produktion einen gewissen Freimarkt zuzulassen und es wäre die Frage der Zulassung des freien Marktes für einen Teil der landwirtschaftlichen Produkte — man müßte die Frage zwar sehr sorgfältig prüfen (Dr. Illig: Das glaube ich!) — allen Ernstes zu studieren, denn, glauben Sie mir, wir können auch von der Sowjet-Union alles Mögliche lernen. Gegenwärtig steht unsere Ernährungssituation im Mittelpunkt des Interesses unseres Volkes. Kein Wunder,

die Rationen sind auf ein solches Mindestmaß heruntergesunken, daß die Gefahr besteht, daß unsere gesamte industrielle Produktion zum Stillstand kommt. Es ist eine sonderbare Tatsache, daß das, was das ganze Volk bewegt, daß das eigentlich in den Beschlüssen, in der Tätigkeit der Regierung, des Landtages nicht einen entsprechenden Wiederhall findet. Es ist bezeichnend, daß gerade unsere Wirtschaft im großen und ganzen einem Zustand überlassen wird, wo man wirklich sagen kann, es besteht eine Situation des Zuwartens, es besteht eine Situation des Fortwurstelns und, Hoher Landtag, ich bin der Überzeugung, daß es weder für den Bauer noch für die Arbeiterschaft günstig ist, daß unsere industrielle Produktion beispielsweise nicht von Staats wegen unter der schärfsten Kontrolle der demokratischen Organe unseres Volkes, des Landtages, der Gemeinden, der Arbeiter in den Fabriken steht, sondern daß unsere industrielle Produktion im großen und ganzen eigentlich von der Handelskammer allein, von der uns Herr Dr. Illig berichtet hat, daß sie im Mai vorigen Jahres nur insgesamt aus zwei Leuten bestanden hat und jetzt einen Körper mit 250 Angestellten darstellt, abhängig ist, daß eigentlich die Wirtschaft dem direkten Einfluß der Volksvertretung im weitestgehenden Maß entzogen ist. Ich habe das Gefühl, daß das keine demokratische Methode des Aufbaues unserer Wirtschaft ist und man wird auch in Zukunft sich die Frage vorlegen müssen, welchen direkten Einfluß die Bauern und die Arbeiter auf die Verteilung ihrer erzeugten Güter nehmen werden und nehmen müssen. (Dr. Illig: Der Gewerkschaftsbund ist ohnehin bei den Verteilungssitzungen immer anwesend. Abg. Landesrat M a t z n e r: Aber erst seit ganz kurzer Zeit, Herr Doktor, aber wir sind auf dem Wege der Besserung, zugegeben.) Es ist notwendig, daß die Arbeiterschaft einen viel größeren Einfluß auf die Verteilung unserer industriellen Produkte bekommen muß, es ist notwendig, daß Produktionsausschüsse gebildet werden, es ist notwendig, daß der direkte Kontakt zwischen Stadt und Land hergestellt wird, es ist unbestritten und es kann kein Mensch in unserem Land, der über diese Dinge ernst nachgedacht hat, zweifeln, daß ein wesentlicher Teil unserer Gütererzeugung den Weg des Schleichhandels geht (Dr. Illig: Beweise!) und daß dieser Schleichhandel die Moral unseres Volkes untergräbt, daß dieser Schleichhandel im weitesten Maße unsere Versorgung gefährdet.

Es wurde davon gesprochen, daß unsere Bauern ihre Pflicht erfüllen bis auf ganz geringe Ausnahmen, es wurde davon gesprochen, daß die Einrichtung der Versorgungsausschüsse, daß die vielen Kommissionen, die gebildet werden, sozusagen eine Provozierung der Bauernschaft darstellen. Hoher Landtag! Ich glaube, diese Meinung ist voll und ganz unbegründet. Die Versorgungsausschüsse, die gebildet wurden und die zu bilden sind, sollen demokratische Organe werden, Organe, die die Verbindung zwischen Stadt und Land herstellen sollen, eine Verbindung, die dem Bauern sein auskömmliches Leben und auskömmliche

Preise für seine Produkte garantiert, eine Verbindung, die dem Arbeiter, dem Konsumenten in der Stadt eine bessere Versorgung mit landwirtschaftlichen Gütern garantiert. Es ist in der Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden, ein starkes Stück, die Dinge so darstellen zu wollen, als ob die ÖVP., bzw. die Handelskammer bei der Entwicklung unserer industriellen Produktion, des Wiederaufbaues, soweit er sich in unserer Industrie vollzogen hat, die führende, die tätige, die initiative Kraft gewesen wäre, (Dr. Illig „So ist es.“) Herr Landesrat Dr. Illig, die Zahlen, die Sie gebracht haben, sind ja sehr interessant und die Handelskammer hat sich ein besonderes Verdienst sicherlich dadurch erworben, daß sie diese Zahlen mit viel Fleiß und Aufmerksamkeit zusammengetragen hat, aber es steht unzweifelhaft fest: Daß es zu diesen Zahlen, daß es zu diesen Ergebnissen gekommen ist, das danken wir ausschließlich unserer industriellen Arbeiterschaft, die unter elenden Bedingungen, unter den Bedingungen des Hungers und den Bedingungen elender Löhne diese Produktionsergebnisse erzielt hat. (Rufe: Sehr richtig!) Das ist eine Tatsache und diese Tatsache muß man sehen, wenn man in Betracht zieht, in welcher Lage sich unsere Arbeiterschaft gerade im gegenwärtigen Augenblick befindet. Geben wir uns keinen Illusionen hin, so hat auch früher Herr Dr. Illig gesprochen, die Lage der Arbeiterschaft und industriellen Bevölkerung ist derart ernst, daß, wenn wir nicht imstande sind, in kürzester Zeit alle Reserven des eigenen Landes zu mobilisieren und darüber hinaus dem Auslande klar zu machen, in welcher Lage wir uns befinden, so besteht tatsächlich die unmittelbare Gefahr, daß unsere gesamte industrielle Produktion zum Erlahmen kommt. Es wird in den nächsten Tagen und in den nächsten Wochen viel schwere Stunden für uns geben. Die Tatsache, daß in vielen steirischen Großbetrieben die Arbeiter infolge Hungers gezwungen waren, die Produktion einzustellen, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen, diese Tatsache muß uns zu denken geben. Wir Kommunisten erklären mit aller Deutlichkeit, daß wir uns bewußt sind, daß das Schicksal unseres Landes, das Schicksal der Zukunft unseres werktätigen Volkes davon abhängt, unsere industrielle Produktion aufrecht zu erhalten und es wird der gemeinsamen Anstrengungen der Bauern und unserer Arbeiter bedürfen, es nicht zur Katastrophe kommen zu lassen. Hoher Landtag! Die Lage in den Betrieben ist so ernst, wie sie ein Bergarbeiter aus Fohnsdorf, der mit der Bergarbeiterdelegation beim Herrn Landeshauptmann vorgesprochen hat, in klaren und dürren Ziffern geschildert hat. Er sagte dort: „Ich bin Hauer, ich wiege 48 kg 80 dkg.“ Wissen Sie, was das bedeutet und sind Sie bereit, unserer Bauernschaft klar und bewußt zu machen, daß unsere Bergarbeiter, die unter der Einwirkung von 30 Grad Hitze im Schacht in Fohnsdorf arbeiten, unter einem unerhörten Luftdruck, daß es dort Kohlenhauer gibt, die nicht einmal 50 kg wiegen?! Wohin soll es führen, wenn unsere Arbeiterschaft das letzte, was sie an Substanz hat, verbraucht? Wir stehen heute vor der Tatsache,

daß wir gezwungen sind, die Arbeitszeit in den Industriebetrieben und im Bergbau zu reduzieren. Wir wissen ganz genau, was das bedeutet! Wir wissen ganz genau, daß diese unabwendbare Maßnahme unsere gesamte Produktion ungünstig beeinflussen muß. Aber es wird unzweifelhaft besser sein, die Arbeitszeit bei der gegebenen Ernährungslage zu reduzieren, als daß unsere gesamte Produktion überhaupt eingestellt werden muß. Hoher Landtag! Ich möchte noch auf eine Frage aufmerksam machen, die von allergrößter Bedeutung ist. Die Arbeiterschaft hat ihre Arbeit in den Betrieben nicht nur unter äußerst ungünstigen Ernährungsverhältnissen durchzuführen, sie hat diese Arbeit auch durchzuführen bei elenden Löhnen. Es ist eine Tatsache, daß die Löhne, die wir aus der nazistischen Zeit übernommen haben, infolge des Lohnstopps bei weitestgehender Durchbrechung des Preisstopps, katastrophal niedrig sind und daß dieser Lohnstopp eine Fessel einer weiteren Produktionsentfaltung zu werden droht. Es ist unzweifelhaft notwendig, in bezug auf die Löhne radikal Ordnung zu machen. Wer einer anständigen Arbeit nachgeht, soll einen anständigen Lohn erhalten und wer arbeitet, soll in unserem Lande auch zu essen haben. Das ist der Gesichtspunkt, nach dem allein es möglich sein wird, die Wirtschaft unseres Landes aufzubauen.

Man hat bei den beiden Vorrednern auch den Eindruck gehabt, als ob sie ganz davon überzeugt wären, daß das vorgelegte Budget dem Wiederaufbau jene Mittel zuführen wird, die notwendig sind, um einen großen Schwung in unserem Wiederaufbau zu machen.

Hoher Landtag, wir wissen aber alle, daß die Ziffern, die hier eingesetzt worden sind für den Wiederaufbau, daß es sehr schwer sein wird, diese Geldmittel, die hier zur Verfügung gestellt werden, in wirklichen Wiederaufbau, in wirkliche Arbeit zu verwandeln. Wenn in unserer Zeitung, wenn in der „Wahrheit“ gestanden hat, es bestünde in unserem Land eine Situation des Dahinwartens, eine Situation, der man anmerke, daß man die wahren Probleme unseres Lebens nicht sehen will und nicht anpacken will, Hoher Landtag, diese Situation haben wir tatsächlich. Schauen Sie, wir stehen vor der Frage, daß wir Tausende von Bauhilfsarbeitern brauchen, daß es uns an Händen an allen Ecken und Enden fehlt, aber, Hoher Landtag, man fragt sich nicht, was es denn für Ursachen habe, warum die Menschen die Handarbeit fliehen, warum heute niemand am Bau arbeiten will, warum wir viel zu wenig Hilfskräfte in den Betrieben haben, währenddem unsere intellektuellen Berufe kolossal übersetzt sind. Wenn ich früher bezüglich der Bauern gesagt habe, es müßte ein Anreiz gegeben werden, daß der Bauer seine Produktion steigert, um diese Produktion dem städtischen Konsumenten zur Verfügung zu stellen, so muß auch ein Anreiz dafür geschaffen werden, daß eventuell auch Intellektuelle aus unseren übersetzten Beamten- und Angestelltenberufen zur Handarbeit zurückkehren. Es hat eine tiefe Ursache, warum es keine Bauarbeiter gibt und es hat eine tiefe Ursache, warum niemand in den Bergbau gehen will, um im Bergbau zu arbeiten.

Man muß die Lebenslage, man muß die Lebensmöglichkeit dieser Arbeiterkategorien eben entsprechend verbessern und man wird sehen, daß der Zustrom zu diesen Berufen ohne weiteres gegeben sein wird. Der Bauer wird von seinen Produkten der Stadt mehr abgeben und er kann ihr mehr abgeben und jeder Landwirt wird mir das bezeugen können, daß ein wesentlicher Teil unserer Bauernschaft mehr abgeben könnte. Der Bauer ist im allgemeinen ein sparsamer Mensch, aber seine Sparsamkeit muß eben angeeifert werden dadurch, daß sie wieder einen Sinn bekommt. Es wurde in der letzten Zeit vielfach auch berichtet, daß es bei uns in verschiedenen Gebieten am Lande draußen eine Lage gibt und es ist der Stadtbevölkerung einmal bekannt und man braucht daraus kein Geheimnis zu machen, weil es ja kein Geheimnis ist und weil es ja zu unseren Lebensproblemen gehört und weil diese Probleme nur gelöst werden können, wenn sie diskutiert werden können, wir haben teilweise am Lande eine Situation, wo auch heute noch mit Lebensmitteln geschlemmt wird. Ich spreche das mit voller Verantwortung aus und ich weiß auch genau, daß jedes Mitglied des Landtages, wenn es ehrlich unsere Situation am Lande prüft, zugeben wird müssen, daß es so etwas gibt und daß es gerade keine seltene Erscheinung ist. (Rufe: Aber nicht bei den Bauern!) Ich stelle nun die Frage: Muß das sein? Ist es möglich, unsere bäuerliche Bevölkerung bei solchen Erscheinungen dazu zu bewegen, jetzt in dieser Zeit äußerster Not noch einmal nachzusehen, ob sie von ihren Reserven etwas abgeben kann, um dem Industriearbeiter die Fortsetzung seiner Arbeit zu ermöglichen? Ich glaube ja. Man soll nicht sagen, bei uns ist alles in Ordnung, während wir alle genau wissen, daß nicht alles in Ordnung ist, daß in der Frage des Wiederaufbaues unserer Wirtschaft wirklich ein größeres, ein leidenschaftlicheres Tempo notwendig und auch möglich wäre. Herr Landesrat Dr. Illig hat früher Frankreich zitiert, er hat Amerika zitiert, er hat uns erzählt, „schauen Sie nach Amerika, in diesem reichen Lande gibt es Riesenstreiks.“ Hoher Landtag, ich sage Ihnen in diesem Zusammenhange, schauen wir einmal ausnahmsweise in ein Land, wo es keinen Streik gibt, wo es einen gewaltigen Wiederaufbau gibt, wie in der Sowjet-Union, in den übrigen Staaten an den südlichen Grenzen, wo man nichts von Streiks, aber wohl davon hört, daß es dort einen Wiederaufbau gibt, wie er in unserem Lande nicht möglich ist. Schauen wir in die Tschechoslowakei, wo man mit neuen Methoden der Wirtschaft arbeitet, wo infolge der Verstaatlichung der Großindustrien ein Riesenaufschwung zu verzeichnen ist. (Landesrat Horvatek: Es ist keine Besatzungsmacht dort! Abg. Pölzl erwidert: Aber eine starke kommunistische Partei!)

Nun zu dem Problem unserer Gefangenen! Wir sind auch der Meinung, daß wir alles daranzusetzen haben, um unsere Gefangenen zurückzubekommen. Aber glauben Sie, daß Österreich seine Gefangenen ohne weiteres zurückbekommen wird, wenn es nicht den klaren und unzweideutigen Beweis erbringt, daß es ein demokratisches Land ist, wo der Faschismus für alle Zeiten ausgespielt hat? (Zwischenruf:

Was können die Gefangenen dafür?) Diesen klaren Beweis haben wir zu erbringen. Es ist leider eine Tatsache, daß auf dem Gebiete der Säuberung unseres Wirtschaftsapparates und unserer öffentlichen Ämter längst noch nicht das geschehen ist, was notwendig ist, um die Gewähr zu bieten, daß Österreich einen demokratischen Wiederaufbau erlebt. (Zwischenruf: Elser hat ja auch noch Nazi drin'. Abg. Pölzl antwortet: Er hat aber auch unzweifelhaft viele K.-Zler eingestellt und die anderen Ämter sollen erst einmal so viele K.-Zler einstellen, wie Elser! Abg. Ing. Udier: Sind da nicht auch viele Facharbeiter dabei?) (Der Präsident fordert zur Ruhe auf.) Abg. Pölzl fortfahrend: Ich möchte den demokratischen Parteien, den großen Parteien in unserem Lande empfehlen, ihre Taktik im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft, mit der Belebung der Demokratie gründlich zu überprüfen. Das werktätige Volk erwartet von seiner Volksvertretung sicherlich mehr, als das, was sie bis heute geleistet hat. Das bedeutendste Unterpfand für unsere Demokratie, für unsere neue, junge Demokratie wird sein, daß sie beweist, daß sie die Lebensprobleme unseres Volkes zu lösen versteht. Das wird der wirkliche Sieg über den Faschismus sein. (Beifall.)

Landesrat Dr. Illig: Hohes Haus! Ich hatte nicht die Absicht, die Generaldebatte durch eine nochmalige Wortergreifung zu verlängern, aber verschiedene Behauptungen meines Vorredners zwingen mich, dazu Stellung zu nehmen, denn er hat mir zum Teil Äußerungen unterschoben, die ich gar nicht, oder in ganz anderem Sinne gemacht habe, zum Teil erfordern seine Ausführungen auch in anderer Hinsicht eine Entgegnung. Abg. Pölzl hat uns am Schluß gewissermaßen im Blickpunkt seiner Rede das glänzende Beispiel des Aufschwunges in Jugoslawien, der Tschechoslowakei und auch in der Sowjet-Union hingestellt und in bezug auf die Tschechoslowakei hervorgehoben, daß es dort offenbar deshalb so aufwärts geht, weil es dort eine starke kommunistische Partei gibt. Vergessen wir nicht, Hohes Haus, daß vom Augenblick des Zusammenbruches an am 9. Mai 1945 bis zum 28. Dezember 1945, daß acht Monate lang auch in Steiermark wie in ganz Österreich eine starke kommunistische Partei bestanden hat, die in den Vertretungskörpern wenigstens, wenn auch nicht vom Volk, 33 % aller Mandate besessen hat. Der Herr Abg. Pölzl war selbst Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung vom Mai bis zum 28. Dezember 1945. In allen Gemeinden, in allen Landesvertretungen und in der Bundesregierung waren ein Drittel aller Vertreter Angehörige der kommunistischen Partei. Nach der Behauptung, daß es nur uns an Initiative fehlt, daß sie aber dort zu finden wäre, hätte gerade in dieser ersten Zeit, wo die Kommunisten so maßgebend beteiligt waren, ein unvorstellbarer Aufschwung stattfinden müssen. (Abg. Pölzl: Er hat auch stattgefunden!) Er hat nicht stattgefunden. Ich habe Ihnen durch die hier vorliegenden Produktionsziffern bewiesen, daß hauptsächlich vom Anfang des Jahres 1946 an diese Produktionssteigerungen eingetreten sind und in den ersten Monaten

wo jene Macht uns besetzt gehalten hat, in deren Bereich sie das Paradies erblickten, ein Aufbau überhaupt unmöglich war. Das, was wir heute aufgebaut hatten, wurde oft am nächsten Tage wieder eingegraben.

Nun zu dem vom Herrn Abgeordneten vorgeschlagenen Prämiensystem. Er meint, die Sache lasse sich einfach lösen, wenn die Industrie herginge und den Bauern Schaufeln, Krampen, Werkzeuge gibt, damit die Bauern als Gegenleistung einen Anreiz haben, mehr abzuliefern. Aus diesen Ausführungen ist zu ersehen, daß der Herr Vorredner es gänzlich verabsäumt, gesamtösterreichisch zu denken. Wir in Steiermark könnten, wenn wir wollten, uns allerdings in eine günstige Situation versetzen, denn wir sind das Land der Schwerindustrie, wir haben dank unserer führenden Papierindustrie einen Exportartikel ersten Ranges. Wir könnten unsere Feinstahlerzeugnisse und viele andere Produkte unserer Industrie ausführen und gegen Lebensmittel vertauschen. Wir könnten das Letzte aus unserer heimischen Wirtschaft herauspressen, um es den Steirern zuzuführen. Es gibt aber keine Republik Steiermark, sondern eine Republik Österreich und wenn ich das steirische Produktionspotential nur zugunsten der Steiermark allein aus diesem Österreich herauslöse, und so eigensüchtig handle, wie sich das mancher vorstellt, dann ist diese Republik Österreich gewesen, sage ich Ihnen, meine Herren, weil dieses Österreich ohne unser Produktionspotential nicht existieren kann. Mein Vorredner hat dann behauptet, ich hätte darauf hingewiesen, es gäbe in Frankreich und besonders in der Sowjet-Union einen Schleichhandel und daher müßten wir ihn hier auch als notwendiges Übel hinnehmen. Das ist eine vollkommene Unterstellung und Verdrehung meiner Worte. Ich habe im Gegenteil gesagt: Bei uns in Österreich ist der Schleichhandel noch ein Verbrechen und wird vom Staatsanwalt verfolgt (Rufe: Jawohl!) während er in der Sowjet-Union eine behördliche Duldung erfährt und unter dieser Duldung auf dem Schwarzen Markt zehnfache Verkaufspreise verlangt werden können. Ich habe gesagt: „Gott sei Dank, trotz unserer Not sind wir noch nicht so weit und haben es bisher vermocht, diese verbrecherischen Erscheinungen des Schwarzhandels, soweit es überhaupt mit unseren Mitteln möglich ist, zu unterdrücken.“ Ferner hat der Herr Abgeordnete so gesprochen, als ob ich das Verdienst des ganzen Wiederaufbaues einzig und allein für die Handelskammer in Anspruch genommen hätte, während das alles ein Verdienst der Arbeiter und Bauern sei. Ich habe im Gegenteil gesagt und habe mir das aufgeschrieben: „Alles das, was ich Ihnen heute erzählt habe, hervorzubringen, war eine Aufgabe unserer Bauern, unserer Arbeiter, unserer Handwerker und aller anderen Erwerbstätigen.“ Die habe ich an die Spitze gestellt, wie es ihnen gebührt. Aber ich habe auch hinzugefügt: daß diese Bauern, diese Handwerker, diese Leistung vollbringen konnten, dazu hat u. a. auch die Lenkung und Führung von Politik und Wirtschaft in unserem Lande beigetragen. Nur Lumpen sind bescheiden, hat Goethe

gesagt, wir wollen uns nicht rühmen, wir lassen unsere Verdienste aber auch nicht schmälern! Die Handelskammer, die Landesregierung, sie haben im ständigen Einvernehmen mit der Britischen Militärregierung das alles in geordnete Bahnen gelenkt; es wäre sonst unmöglich gewesen, daß viele Industrien die ihnen fehlenden Hilfs- und Rohstoffe erhalten haben, der Maschinenpark planmäßig eingesetzt wurde, daß einem, der die Maschinen nicht voll ausnützen konnte, sie weggenommen und dort hingestellt worden sind, wo mit möglichst geringem Aufwand der größte Erfolg erzielt werden konnte. Ich bedaure auf das Lebhafteste, daß der Herr Abgeordnete das, was ich aus seiner Presse, aus der „Wahrheit“ vom 24. März verlesen habe, hier geradezu noch einmal bestätigt hat und noch einmal „die faule Luft des Abwartens, der Inaktivität und Unentschlossenheit“ behauptet hat. Ich habe zur Genüge dargelegt, daß davon keine Rede sein kann und es ist bezeichnend, daß dieser Aufschwung, den wir feststellen konnten, im Jahre 1946 eingetreten ist, in jener Zeit, wo die Kommunistische Partei nicht mehr eine machtvolle Partei gewesen ist. (Landesrat Matzner: „Ganz stimmt das nicht, weil wir zuerst den Schutt wegräumen mußten.“) Wir mußten aber dagegen Stellung nehmen, daß dem Volk eingeredet wird, wir hätten ein Paradies, wenn diese Partei noch am Ruder wäre. Sie ist in der Sowjet-Union am Ruder, aber nach der Berührung mit der ersten Besatzungsmacht haben wir nicht den Eindruck gehabt, daß dort alles Gold ist und daß es sich dort wie in einem Paradiese lebt. Jedenfalls waren die Angehörigen dieser Besatzungsmacht, als sie zu uns gekommen sind, in vieler Hinsicht überrascht über die Einrichtungen, die sie bei uns vorgefunden haben und man konnte, wenn man sich mit ihnen ins Gespräch begeben hat, auch erfahren, daß es in vieler Hinsicht in ihrer Heimat nicht so bestellt ist, wie bei uns in Österreich. Wir sind weit davon entfernt zu behaupten, daß wir alle Schwierigkeiten überwunden haben, daß wir schon zufrieden mit unseren Leistungen sein können, im Gegenteil wir werden die Kräfte bis zum Äußersten anspannen müssen, alle diese Klippen zu umschiffen. Es ist aber nicht notwendig, daß man der Bevölkerung immer nur das Negative möglichst eindringlich vor Augen stellt. Es ist nicht notwendig, wenn die Zeitung der ÖVP. und der SPÖ. beispielsweise am Muttertag schreiben „Muttertag“, um die Bevölkerung auf diesen bedeutungsvollen Tag aufmerksam zu machen, daß dann die Presse der KPÖ. schreibt „Muttertag — Hungertag“. Es ist nicht notwendig, wenn die anderen Zeitungen schreiben „Wetterprognose für morgen“ daß Ihre Zeitung diese Prognose unter der Überschrift „Schauer und Hagel“ bringt. Diese Sucht, das Negative, den Geist der Verneinung zu betonen, um Schrecken und Unruhe zu verbreiten, das ist es, wogegen wir uns wenden müssen. (Rufe: Sehr richtig!) Wenn es der Bevölkerung wirklich so schlecht geht, und es geht ihr schlecht, dann müssen wir ihr ihre Lage nicht noch immer noch schwärzer schildern und ihr ihren Lebensmut und die Hoffnung

auf eine glücklichere Zukunft unseres Volkes nehmen. Das ist unser Standpunkt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Fischer: Hohes Haus! Auch ich muß meine Ausführungen ähnlich beginnen wie Landesrat Illig. Auch ich hatte nicht die Absicht in der Generaldebatte noch das Wort zu ergreifen. Ich halte es aber für notwendig. Ich halte es deshalb für notwendig, weil die Ausführungen meines Freundes Pölzl, deren Inhalt durchaus nicht der Geist der Verneinung war, sondern der Geist und der Wille einer ehrlichen, einer geraden Kritik, aus denen der Wunsch gesprochen hat, das was heute in unserem Land noch weit nicht am besten liegt, dem besseren zuzuwenden, den Anlaß erregter Angriffe bildete. Es ist notwendig, wenn heute in die Diskussion in der Generaldebatte aus nicht ganz verständlichen Gründen allzu viel, ich möchte sagen Internationales hereingetragen wurde, da ist es doch notwendig, auf einiges was hier gesagt wurde zu erwidern. Herr Landesrat Illig hat gesagt wie die erste Besatzungsmacht hereingekommen ist, da habe sie gefunden, daß in unserem Land vielleicht manches besser ist als in der Sowjet-Union. Das kommt mir merkwürdig vor, denn das Land, in das die Rote Armee hereingekommen ist, das war Hitler-Deutschland und auch Österreich war ein Teil Hitler-Deutschlands. Das was die Rote Armee hier vorgefunden hat, das waren Konzentrationslager, das war das schlimmste, was unser Volk je erlebt hat. (Dr. Illig: Österreich ist unvergänglich.) Ja, Herr Landesrat, Österreich ist unvergänglich, wir werden alles dazu tun, daß Österreich wirklich unvergänglich wird, wir werden alles dazu tun, daß in Österreich nicht noch einmal der großdeutsche Wahn ausbricht, wir werden alles dazu tun, daß Österreich nicht noch einmal ein Teil eines imperialistisch-faschistischen Hitler-Deutschlands wird. (Dr. Illig: Wir sind ganz Ihrer Meinung.) Aber Österreich wird unvergänglich dann sein, wenn die Österreicher es verstehen werden, ihr Land aus dem Elend und aus dem Sumpf, in dem es sich heute noch befindet, herauszuführen. (Dr. Illig: Aber nicht wenn wir immer nach Osten schielen.) Wir schielen nicht nach Osten und nicht nach Westen, wir blicken auf unser eigenes Land und ich will auch Ihre Augen, Ihre Blicke auf Steiermark wenden, um Ihnen zu zeigen, daß bei uns in Steiermark der Ungeist des Faschismus noch lange nicht überwunden ist und daß die Kritik, die hier von Abg. Pölzl geübt wurde, eine vornehme und eine ruhige Kritik war und daß es bedauerlich ist, daß in diesem Hohen Hause sich noch Abgeordnete finden, die nicht die Ruhe haben, anzuhören und nachzudenken über das, was gesagt wird. Wir haben keinen Redner unterbrochen und wir werden auch keinen unterbrechen. Es ist unsere Meinung, daß es unvernünftig ist, in einem freien demokratischen Österreich wieder solche Methoden anzuwenden, die wir genügend von früher her kennen.

Ich werde jetzt auf das zurückkommen, was Sie sagten, bei uns im Land sei alles in Ordnung. Vor längerer Zeit wurde berechtigte und scharfe Kritik

zur Zeit der Wahlen daran geübt, daß eine der entscheidendsten Voraussetzungen für die Genesung des Landes Steiermark, nämlich die Säuberung der Exekutive von nazistischem Ungeist noch weit davon entfernt ist, erfüllt zu sein. Es hat sich auch seither wenig daran geändert. Weder in der Grazer Polizei, noch im Gendarmeriekorps hat sich Wesentliches geändert. Nach wie vor sind im steirischen Gendarmeriekorps nahezu  $\frac{2}{3}$  Nationalsozialisten. Aber noch mehr, meine Herren, noch mehr! Ein Polizeiinspektor der Grazer Wache, der niemals Faschist war, der niemals Nazi war, der zur Zeit der Befreiung Österreichs sich nennenswerte Verdienste im Kampf gegen den nazistischen Geist erwarb, der z. B. das hervorragendste Verdienst an der Aufdeckung der Bluttat im Feliferhof hat, Rayons-Inspektor B u r g, hat sich anfangs dieses Jahres in einem Brief an die „Wahrheit“ gewendet und darin mitgeteilt, daß einer der diensttuenden Polizeibeamten, der Rayons-Inspektor F l e c k, ein aggressiver Nazi und Blockleiter war. Die Folge der Veröffentlichung dieses Briefes in der „Wahrheit“ war eine Überraschung. Rayons-Inspektor B u r g, der diesen Brief geschrieben hat, wurde augenblicklich seines Dienstes enthoben, Rayons-Inspektor F l e c k, der ein exzessiver Faschist war, ist heute noch im Dienst. Wir haben die Gelegenheit wahrgenommen und haben der Polizei zusätzlich zu dem, was in der Presse veröffentlicht war, beedete Zeugenaussagen über das faschistische Verhalten des Herrn F l e c k übergeben. Bis heute hat sich an dieser Tatsache nichts geändert, wider Gesetz und Recht wurde Rayons-Inspektor B u r g nicht nur außer Dienst gestellt, sondern ihm monatelang nicht ein Groschen Bezüge bezahlt und jetzt versucht man das im Nachhinein gutzumachen, daß man ihm sagt man habe ihn ja nur pensioniert.

Aber der Herr F l e c k macht noch immer Dienst. Und da sagen wir, es ist alles in bester Ordnung.

Oder nehmen wir eine andere Frage, die uns noch viel weittragender, noch viel entscheidender scheint, die Frage der Schulen. Ich glaube ehrlich, daß wir alle, die wir hier im Hause sitzen, uns einig darüber sind, daß es eine unserer wichtigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben ist, die Jugend, die bisher nicht kennengelernt hat als faschistische Erziehung und Nazikrieg, die Jugend zu erziehen zu wirklichen demokratischen Österreichern, ihr andere Ideen zu geben als den Hitlerdolch, als fremde Länder zu erobern und zu unterjochen, ihr vielmehr die Idee zu geben, unser Österreich zu einem reichen, freien, fortschrittlichen Land zu machen. An diese Aufgabe sind alle drei Parteien herangegangen, als Österreich befreit wurde und von allen Parteien wurden die ihrer Meinung nach fähigsten und geeignetsten Schulmänner als Landeschulinspektoren, als Bezirksschulinspektoren namhaft gemacht und es ist gar kein Zweifel und es ist nicht nur in Steiermark anerkannt, daß die Leistung dieser Leute, die damals ernannt wurden, provisorisch ernannt wurden von der Landesregierung, einen anderen Weg hat es damals nicht gegeben, im Wiederaufbau des steirischen Schulwesens ganz hervor-

ragend war. Ich will nicht einzelne Parteien und Leute hervorheben. Es ist eine Tatsache, daß in unglaublich kurzer Zeit die Schulen wieder in Gang gebracht wurden unter allergrößten Schwierigkeiten, in verhältnismäßig kurzer Zeit die notwendigen Bestände an Lehrmitteln und Lehrbehelfen geschaffen wurden unter Begeisterung und der Initiative der ganzen Lehrerschaft, die hier zusammengewirkt hat. Das nur zur Illustration der Behauptung des Herrn Landesrates Illig, daß in der damaligen Zeit alles zerstört wurde, was damals wieder aufgebaut wurde. Was damals wieder aufgebaut wurde, wird jetzt wieder zerstört und zwar böswillig und gesetzwidrig zerstört. Was ist geschehen? Damals, als die Bezirksschulinspektoren ernannt wurden, gab es keinen anderen Weg als daß die Landesregierung, die allein verantwortlich war für alles, was geschehen ist, diese Ernennungen von sich aus durchgeführt hat. Inzwischen haben sich die Verhältnisse geändert. Wir haben Gott sei Dank keine Republik Steiermark, sondern eine Republik Österreich und in Steiermark gelten österreichische Gesetze, so hoffen wir. Nach den österreichischen Gesetzen, die jetzt gelten, ist es ausschließlich das Recht des Unterrichtsministers, provisorische Schulinspektoren von ihrem Amte zu entheben, ausschließlich das Recht des Unterrichtsministeriums, auf Grund von Dreieuvorschlägen Ernennungen von Schulinspektoren vorzunehmen. Was ist in Steiermark geschehen? Da hat eines Tages das Steirerblatt veröffentlicht, der steiermärkische Landeschulrat wurde rekonstruiert und auf Vorschlag der ÖVP, wurden so viele Schulinspektoren, auf Vorschlag der SPÖ, so viele Schulinspektoren ernannt. Von wem ernannt? Vom Landeschulrat? Auf Grund welcher Gesetze? Auf Grund gar keiner Gesetze, auf Grund reiner Willkür, auf Grund dessen, daß in der Schulfrage, die beiden großen Parteien der Meinung waren, was die heranwachsende Schuljugend treibt, ist wurscht, was die Lehrer sagen, ist wurscht, wir haben die Macht erbeutet und wir teilen uns die Posten. (Landesrat Dr. Illig: „Das nennen Sie erbeutet, wenn das Volk mit erdrückender Mehrheit uns wählt!“) Das Volk hat Ihnen keine Vollmacht gegeben, österreichische Gesetze zu brechen, keine Vollmacht gegeben, die Schule zu zerstören und das haben Sie getan. (Landesrat Horvatek: Wo ist die Schule zerstört?) Sie sind ein alter Lehrer, Herr Landesrat Horvatek, wie Sie noch jünger waren, haben Sie selbst auch gekämpft gegen die politische Vergewaltigung und gegen den Druck, der auf die Lehrer ausgeübt wurde. (Dr. Illig: Er ist aber noch sehr gut erhalten.) Jetzt beteiligen Sie sich daran, einen politischen Druck auf die Lehrerschaft auszuüben. Denn heute weiß es jeder Lehrer: Es kommt nicht darauf an, daß Du ein tüchtiger Lehrer, es kommt nicht darauf an, daß Du Dich plagst und etwas leistest, es kommt nicht darauf an, daß Du die Kinder im Geiste der Demokratie, im Geiste Österreichs erziehst, sondern es kommt doarauf an, daß Du ein Parteibuch von der ÖVP, oder SPÖ, in der Tasche

hast. (Zwischenruf: Oder von Euch!) Hast Du das nicht in der Tasche, fliegst Du auf die Straße. Gibt das Gesetz keine Handhabe, so machen wir es gegen das Gesetz, so wie es hier geschehen ist. Es möge jemand aufstehen und mich lügen strafen und sagen, daß das, was geschehen ist, gesetzlich war, im Interesse unserer Jugend und unserer Erziehung geschehen ist, das Gegenteil davon ist wahr. Da haben sich die Vertreter der beiden großen Parteien zusammengesetzt und haben diese Frage ausgeschnapst. (Zwischenruf: Ohne Euch!) Ohne uns, wir waren die Störenfriede! Wir sind auch hingekommen und wie ich dort ernste Bedenken vorgebracht habe gegen diese Art, in Schulfragen vorzugehen, sind die Schulmänner der ÖVP. und SPÖ. aufgestanden — ich bin überzeugt, daß Bürgermeister Speck Ihnen das bestätigen wird — und haben gesagt: Sie haben im Prinzip recht, Herr Abgeordneter, aber wir machen es anders; und man hat es anders gemacht. Man hat es anders gemacht, obwohl man gewußt hat, daß es gegen die Interessen der Schule Steiermarks und Österreichs ist. Es ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. Steiermark ist keine Republik für sich allein, sondern nur ein Teil Österreichs und wird es bleiben.

Ich habe zwei Beispiele angeführt, zwei, wie mir scheint, krasse, bedenkliche Beispiele, die zeigen, daß bei uns der Ungeist des Faschismus, der Ungeist der ungesetzlichen Diktatur, um nichts anderes handelt es sich hier, daß dieser Ungeist bei uns noch lange nicht überwunden ist, daß das Erbe des Nazismus, das Erbe des Faschismus tiefer sitzt als so mancher meint und so mancher wahr haben will. (Landesrat Dr. Illig: Sie sind noch drei Monate in der Regierung gesessen, als sie schon lange kein Recht dazu hatten!) Ich war zu der damaligen Zeit noch gar nicht hier. Ich weiß nur, daß die Steiermärkische Landesregierung vor allem in der letzten Zeit eine Regierungstätigkeit überhaupt nicht entfaltet hat, weil nicht einmal Regierungssitzungen stattgefunden haben, sondern, was geschehen ist, im Vereinbarungswege einzelner Politiker und nicht im Wege einer kollektiven Arbeit dieser Regierung geschehen ist.

Ich will Ihre Zeit nicht noch länger in Anspruch nehmen, ich will nur noch sagen, daß ich diesem Beispiel, das ich jetzt hier angeführt habe, noch eine Reihe weiterer Beispiele hinzufügen könnte, die zeigen würden, daß unsere Kritik und ich möchte auch sagen ein gewisses Mißtrauen, ein fehlendes Vertrauen in den guten Willen und die Fähigkeiten der heutigen Landesregierung begründet ist, daß wir allen Grund hätten, aus diesen und anderen Ursachen gegen dieses Budget zu stimmen, das eingebracht wurde. Wir werden es trotzdem nicht tun, weil sich an der Überzeugung, mit der wir in den ersten Tagen hier in Österreich an die Arbeit gegangen sind, nichts geändert hat, weil im Gegenteil die Ereignisse der letzten Zeit uns doppelt recht gegeben haben in unserer Überzeugung, daß es um Österreich und somit auch Steiermark aus dieser Situation herauszuführen, in der es heute leider noch

immer ist, denn leider ist es doch so, Herr Landesrat Illig, daß wir auf einem Fleck treten, daß wir nicht weiterkommen und nicht herauskommen, daß es notwendig ist, wenn wir hier herauskommen wollen, in wirklich lebendiger, in noch ganz anderer Form als bisher die demokratische Zusammenarbeit aller ehrlichen, aufbauwilligen Kräfte in Österreich und somit auch in Steiermark herzustellen. Weil wir gerade in der schweren Zeit der Ernährungskrise, die jetzt über unsere Steiermark und unser Österreich herein gebrochen ist, Gelegenheit hatten, uns immer wieder davon zu überzeugen, daß es selbstverständlich auch in den anderen Parteien, in der Volkspartei und der SPÖ, zahllose Kräfte gibt, die ehrlich gewillt sind, in ehrlicher demokratischer Zusammenarbeit an dem Wiederaufbau dieses Landes zu arbeiten, dieses Land herauszuführen aus der Sackgasse, aus dem Sumpf, in dem es sich heute befindet, weil wir überzeugt sind, daß wir, wenn wir diesen Weg gehen, die Zustimmung der großen Masse der Bevölkerung unseres Landes haben, der bauerlichen und der Arbeiterbevölkerung und auch der kleinen Gewerbetreibenden usw., wenn wir den Weg der Sammlung aller aufbauwilligen demokratischen Kräfte, den Weg des Aufrufes, den Weg der Zusammenarbeit mit allen jenen, die ehrlich zusammenarbeiten wollen, nicht aufgeben sondern weitergehen: Zur Bestätigung dessen, daß wir diesen Willen haben, werden wir auch nicht gegen diesen Voranschlag des Landeshaushaltes stimmen (Beifall).

Abg. Rosenwirth: Hohes Haus! Aus der Generaldebatte haben wir vor allem entnommen, daß es der einheitliche Wille aller drei Parteien dieses Hauses ist, sich einzusetzen, damit der Aufbau im Lande, wie er sich im Voranschlag zeigt, daß alle hier eifrig mitarbeiten wollen und es unsere Aufgabe ist, der Bevölkerung gegenüber unserer Verantwortung gerecht zu werden. Daß es bei dieser Generaldebatte zu verschiedenen Einwendungen seitens der Parteien gekommen ist, ist zu einem Teil klar, zum anderen Teil ist es betrüblich, wenn man hier vor allem trachtet, nun aus dem Kapitel des Voranschlages heraus schon wieder parteipolitische Vorteile für sich zu ziehen, statt das Interesse der Allgemeinheit, das große Interesse, daß wir jetzt in diesem Land, in diesem Staate zu verfolgen haben, einig zu sein, einig zusammenzustehen auf einem Boden der Sicherheit und Ordnung des Landes in den Vordergrund zu stellen. Wir haben den absoluten und unabwendbaren Willen, aus diesem Trümmerhaufen, den uns der Nazismus zurückgelassen hat, aus diesen Schrecknissen, die der Krieg über uns gebracht hat, durch einheitliches Zusammenstehen, durch einheitliche Zusammenarbeit herauszukommen. Wenn hier gesagt wird, daß sich die beiden großen Parteien des Landes vor allem darauf zu verlassen scheinen, daß wir durch Lebensmittellieferungen aus dem Ausland, durch Hilfe aus dem Ausland uns retten wollen, so muß ich dem wohl energisch widersprechen. Es ist nicht so. Ich verweise gerade auf das kürzlich erschienene, zum Jahrestag der Befreiung herausgegebene Notstands-

aufbauprogramm unserer Partei, in dem eindeutig festgelegt ist, daß wir selbst uns hinaufarbeiten wollen, daß wir alles tun wollen, um unsere Wirtschaft, unsere Industrie im Lande aufzubauen, damit wir unabhängig werden, damit wir die Lebensmittel, die wir auf Grund unserer Lage brauchen, durch Export an Industrieartikeln herzubekommen können, dazu vor allem aber auch trachten müssen, die Voraussetzungen zur Freigabe unserer Produktionsstätten, eine politische Freiheit, zu erlangen, damit wir die Wirtschaft wieder ankurbeln können. Dies sind die vordringlichsten Aufgaben, die uns heute vorschweben. Wir wissen, daß noch eine Reihe von Fehlern da sind, daß noch eine Reihe von Maßnahmen notwendig sind, die wir durchzuführen haben, aber eines muß ich wohl mit aller Deutlichkeit feststellen: die arbeitende Bevölkerung in diesem Land, ganz gleichgültig, ob es Arbeiter, ob es Bauern sind, ob es Gewerbetreibende, ob es Angestellte sind, der Großteil unseres Volkes ist wirklich daran, hat allen guten Willen, zeigt das nicht durch Wort allein sondern vor allem durch Taten, daß sie ihre letzte Kraft hergeben wollen für den Wiederaufbau des Landes, für den Wiederaufbau des Staates. Wenn man noch mancherorts Wahrnehmungen macht, daß man den Eigennutz vor die Allgemeinheit stellen will, so wird dagegen eingeschritten. Erst vor wenigen Tagen ist auch in einer der wichtigsten Fragen, die uns heute alle so sehr beeindruckt, in der Ernährungsfrage, seitens der Regierung ein Regierungskomitee bestellt worden, das die Vorschreibung, die Aufteilung und die Verteilung der ganzen Lebensmittel einem Kuratorium übergibt, das aus allen drei Parteien besetzt werden soll und das die Lenkung für ganz Österreich, soweit es uns selbst schon betrifft, durchführen kann. Ja warum ist Herr Dr. Altmann nicht in diesem Kuratorium geblieben, damit eben alle drei Parteien auch nach außen hin aufscheinen und zusammenarbeiten? Wenn man hier den politischen Streit wieder in den Vordergrund rückt, dann muß ich schon sagen, wird dieser Aufbau nicht so leicht vor sich gehen, wie er bei einer wirklich einigen Zusammenarbeit möglich wäre. Diese Zusammenarbeit vor allem müssen wir nicht nur in unserem Land sondern auch in ganz Österreich unter allen Umständen herbeiführen. Ja, wir sind uns unserer Verantwortung bewußt, wir anerkennen die Demokratie als die Grundlage. Das Volk von Österreich hat am 25. November 1945 seine Wahlen durchgeführt und hat seine Vertreter in die öffentlichen Körperschaften entsendet. Wenn wir im Bewußtsein unserer Verantwortung mit der bei den Wahlen als stärkste Partei hervorgegangenen ÖVP eine Zusammenarbeit durchführen, so einzig und allein im Interesse des Volkes, im Interesse des Aufbaues unseres so schwer geprüften Heimatlandes. (Bravorufe!) Das wollen wir! Diese Zusammenarbeit wollen wir aber nicht nur mit der stärksten Partei dieses Landes, sondern auch mit der kommunistischen Partei. Aber diese Arbeit muß positiv sein (Rufe: Sehr richtig, bravo!), das ist Voraussetzung für eine ehrliche und gerade Zusammenarbeit.

Wenn der Abg. Fischer hier einige Fragen aufgeworfen hat, die seiner Meinung nach nicht demokratisch sind, sondern nazistischen Geist noch beinhalten oder in irgendeiner Art an das System von gestern erinnern, möchte ich ihm mit aller Deutlichkeit, soweit es vor allem die Exekutive betrifft, folgendes sagen: Schon einmal vor Monaten, knapp vor den Wahlen, wurde die Exekutive dazu verwendet, um zu erklären, sie sei noch nicht genügend nazistisch gereinigt, es seien noch Illegale dort, die heute auf die Bevölkerung losgelassen werden. Damals waren wir gerade im Reinigungsprozeß und wenn auf den ersten Hub in der Exekutive in Steiermark allein 400 Gendarmeriebeamte und 350 Polizeibeamte ihres Dienstes enthoben wurden, so zeigt das, und das war lange vor den Wahlen der Fall, daß die Reinigung der Exekutive vom nazistischen Geist ernstlich durchgeführt wurde. Nun haben wir nach und nach diese Säuberung auch weiter fortgesetzt. Wenn Abg. Fischer sagt, es habe sich bei der Exekutive in diesem Sinne nichts gebessert, so gebe ich ihm darauf die Antwort, daß es heute in der Exekutive in Steiermark nicht einen einzigen Beamten gibt, der illegal oder in irgendeiner Art schwerer belastet erschiene. Wenn Abg. Fischer meint, daß wir nicht alle überhaupt hinausgeworfen haben, die in der Exekutive nur bei den Nazis angestreift sind, so ist das allerdings richtig, und zwar haben wir dafür auch eine klare und ökonomische Erwägung. Wir haben in Steiermark derzeit einen Stand von 1800 Gendarmeriebeamten. Von diesen 1800 Gendarmeriebeamten sind 550 geschulte, ältere Beamte, während also 1300 neu in die Gendarmerie aufgenommen worden sind. Wir haben in Steiermark 266 Kommandostellen zu besetzen vom Postenkommandanten aufwärts. Es ist also, wenn ich diese 550 geschulten Gendarmeriebeamten hernehme, möglich, einen geschulten Gendarmeriebeamten als Kommandanten zu geben und dann einen weiteren altgeschulten Beamten auf jeder Dienststelle beizubehalten. Wenn ich nun darangehen würde, auch diejenigen, die nur Parteianwärter oder einfache Parteimitglieder waren, die sich aus Existenzsorgen, aus anderen Gründen damals unter dem Nazidruck zur Parteianwärterschaft oder einfachen Mitgliedschaft drängen ließen, wenn ich die hinauswerfen würde, das sind in Steiermark noch zirka 350 bei der Gendarmerie, wäre ich nicht einmal imstande, auf jeden Gendarmerieposten nur einen geschulten Beamten hinzustellen, und was das dann für die Sicherheit bedeuten würde, für den Dienstbetrieb, das kann sich jeder einzelne vorstellen. Aber gerade, wenn wir auf der einen Seite über die Lebensmittellage sprechen, daß sie drückend sei, daß wir den Schleichhandel bekämpfen müssen, steht auf der anderen Seite folgendes fest: Was die Exekutive im Kampf gegen den Schleichhandel für Ergebnisse zeitigt und hier an Bekämpfung durchführt, muß man sich zahlenmäßig ansehen, in seiner Auswirkung ansehen, dann werde ich wohl nicht daran gehen, eine Exekutive, wenn sie derzeit auch nicht vollkommen

fleckenrein ist, einfach zu zerschlagen und einen Apparat zu haben, mit dem ich diese Aufgabe unmöglich durchführen könnte. Genau dasselbe Bild, das sich bei der Gendarmerie in Steiermark ergibt, ergibt sich auch bei der Polizei in Graz. Auch dort gibt es keinen einzigen, der illegal gewesen wäre oder der sich in besonderem Maße in der Nazizeit hervorgetan hätte und der heute noch Dienst tun würde. Es sind aber, wie gesagt, auch dort bei der Polizei in Graz nicht ganz 200 Parteianwärter oder einfache Mitglieder, die aber bei einem Stande von 1250 Polizeibeamten ebenso für den Dienstbetrieb derzeit noch unumgänglich notwendig erscheinen. Im übrigen wird ja . . . (Abg. Fischer: „Der Fleck war Blockleiter!“) Ich komme gleich darauf. Im übrigen wird ja auch diese Frage bei der allgemeinen Regelung, die wir jetzt mit Sehnsucht erwarten, ihren Abschluß finden. Überdies sind der Gendarmerie und Polizei Kommissionen eingesetzt, die jeden einzelnen Fall, jeden Beamten der Exekutive überprüfen und einwandfrei feststellen, ob er für den Exekutivdienst tragbar ist oder nicht. Es kann also hier nicht gesagt werden und ich möchte gerade vor aller Öffentlichkeit gegen diese Tendenz auftreten, daß man die Exekutive fortwährend als nazistisch hinstellt, daß man nicht alle Bemühungen macht, sie wirklich demokratisch zu gestalten, sie auf das Volk einzustellen. Wo ist dann der Einfluß, die Autorität, die diese Exekutive haben soll in ihrem schweren Dienst, in ihrem schweren Kampf, den sie gegen Verbrechen und den Schleichhandel zu führen hat. Die Exekutive ist in diesem Jahr seit der Beendigung dieses Krieges Tag und Nacht im Dienst gestanden, hat mehr als ihre Aufgabe erfüllt, mehr als ihre Pflicht getan, Opfer gebracht, wie sie vielen Tausenden anderen ein Beispiel sein sollen. Ich kann also nicht ohneweiters zusehen, wie man gerade mit dieser Tendenz versucht, die Exekutive nicht nur ihrer Anerkennung für ihren schweren Dienst zu berauben, sondern daß man auch ihren Einfluß beim Volk herabsetzt.

Um nun zu dem konkreten Fall, den der Herr Abg. Fischer anführt, die Kontroverse Burg-Fleck, denn um eine solche handelt es sich. Inspektor Burg war Polizeibeamter bis zum Jahre 1924. Er wurde dann aus der Polizei entlassen, weil er seinen Dienst nicht so geleistet hat, wie es für einen Polizeibeamten notwendig wäre, d. h. also, zu einer Zeit, wo von einem Faschismus oder ähnlichem überhaupt keine Rede war. Insp. Burg ist dann während des Krieges als Reservist wieder einberufen worden zur Luftschutzpolizei und hat in Eggenberg Dienst gemacht als Turmbeobachter am Feliefierhof. Es ist richtig, daß er uns dann in der Zeit nach Beendigung des Krieges wertvolle Angaben machen konnte — er war ja Turmbeobachter — über verschiedene Greuelthaten, die die SS und die Nazis am Feliefierhof verübt haben. Das ist auch der Grund, warum er dann eine längere Zeit weiter im Dienst behalten worden ist, während ansonsten die Reservisten nach und nach ganz automatisch

wieder in das zivile Leben zurückgekehrt sind oder aus dem Polizeidienst entlassen wurden. Und nun war ein Zwischenfall. Burg hat wieder, so wie er das schon in den Jahren vorher gemacht hat, seinen Dienst nicht mit dieser Hingabe durchgeführt wie es notwendig gewesen wäre, so daß Insp. Fleck, der am selben Posten eingeteilt ist, den Auftrag erhalten hat, diese Dienstvernachlässigungen des Burg aufzunehmen und zur Anzeige zu bringen. Burg wurde deshalb auch verwahrt und damit war die Sache erledigt. Nun ist Burg daran gegangen, in der Meinung, Fleck habe ihn aus eigenem heraus angezeigt, und hat, ohne der Dienststelle irgendeine Meldung zu erstatten, der „Wahrheit“ einen Bericht geschrieben, in welchem er behauptete, daß Fleck ein besonders gehässiger Nationalsozialist gewesen sei, daß er der Bevölkerung gegenüber sich nicht so eingestellt hat, wie es notwendig gewesen wäre und daß der Mann, der auch Blockleiter gewesen sein soll, aus der Polizei entfernt gehört. Daraufhin wurde die Untersuchung gegen beide eingeleitet. Burg wurde zur Klarstellung des Sachverhaltes seines Dienstes enthoben, und zwar deshalb, weil es nicht angeht, daß ein Polizeibeamter aus irgendwelchen dienstlichen Maßnahmen heraus, die in der Polizei vorkommen, einfach zur „Wahrheit“ geht und dort einen Bericht herausgibt, der den Tatsachen nicht entspricht. (Zwischenruf bei KPÖ.) Insp. Fleck wurde ebenso von seinem Dienstposten versetzt, vor die Kommission gestellt und auch über ihn wird die notwendige Untersuchung durchgeführt und in beiden Fällen wird der Abschluß so getroffen werden, wie es die Untersuchung ergeben wird. Es wird also keinem der beiden ein Unrecht geschehen, sondern auf Grund der Untersuchungsergebnisse die Entscheidung zu fällen sein. Meine Damen und Herren, es ist eine alte Gepflogenheit, daß man eine dienstliche Angelegenheit nicht zuerst in die Zeitung bringt mit Einwänden, die zum Teil gar nicht zutreffen, sondern daß vor allem die Dienststelle dafür maßgebend ist und sollte die Dienststelle dann nicht die richtige Entscheidung treffen, dann allerdings hat der Betreffende selbstverständlich das Recht, sich gegen ein an ihm begangenes Unrecht zur Wehr zu setzen und dagegen einzuschreiten, aber niemals umgekehrt. Dies zur Aufklärung des Falles.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich also sagen: Wir sollen in der Beratung unseres Haushaltes darangehen, einig zu sein, zusammenzustehen, sollen die parteipolitischen Momente zurückstellen, denn wir haben nur die Aufgabe, die schwere Zeit, in der wir jetzt stehen, die schwere Zeit, die vor uns liegt, zu überwinden und alles zu tun, damit wir dieser Dinge Herr werden. Wenn der gute Wille bei allen drei Parteien da ist, denn wir tragen die Verantwortung dafür gegenüber dem ganzen Volke, dann bin ich überzeugt, daß wir das beste leisten im Interesse des Landes, im Interesse unseres so schwer geprüften Volkes. (Beifall, Bravorufe !)

**Abg. Duß:** Hohes Haus! Es war vorauszusehen aus der Zeitungspolemik heraus, daß auch das Kapitel „Schule“ hier zur Sprache kommen wird. In der Demokratie ist es selbstverständlich, daß Freiheit herrscht, und zwar Freiheit für alle, vor allem auch für die Mehrheit des Landes und wenn unter der Lehrerschaft 96% für irgendeine Regelung sind, die ihren Stand betrifft, so ist es selbstverständlich, daß diese 96% das Recht haben, Fragen ihres Standes zu ihren Gunsten zu entscheiden und nicht die drei oder vier Prozent, die es tun oder tun wollen. Das ist eine selbstverständliche Sache. Es ist daher in dieser Lehrerschaft merkwürdig empfunden worden, daß in diesem Zeitungsartikel von der gesamten Lehrerschaft gesprochen worden ist, nachdem tatsächlich nur die drei oder vier Prozent dafür gewesen sind. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob gesetzliche Vorschriften hier tatsächlich eingehalten worden sind. Nun, diese gesetzlichen Vorschriften sind selbstverständlich eingehalten worden. Es war damals eine Prov. Landesregierung. Diese Prov. Landesregierung hat nach einem bestimmten Schlüssel prov. Bezirksschulinspektoren und Landesschulinspektoren bestellt. Das ist ihr Recht gewesen. Sie sind in ihr Amt eingesetzt worden und pflichtgemäß an das Ministerium in Wien gemeldet worden. Denn auch damals hat schon ein Ministerium bestanden und dieses unterstand dem Herrn Fischer, der der Kommunistischen Partei angehört hat. Der Herr Kommunist Fischer, der damals Minister war, hat nach einiger Zeit die Bestätigung heruntergesendet, daß die Landesschulinspektoren Gölles, Teufert und Penninger als prov. Landesschulinspektoren bestätigt sind. Bis zum heutigen Tage ist meines Wissens in keiner Schreibtischlade weder im Ministerium noch hier eine Unterschrift gefunden worden, daß die Bezirksschulinspektoren vom damaligen Minister Fischer bestätigt worden sind. Sie sind nach wie vor auf den prov. Vorschlag der Steiermärkischen Landesregierung ernannt. Da diese Sache nicht anerkannt worden ist und überdies ein Wechsel im Ministerium stattgefunden hat, so ist wohl nicht anzunehmen, daß Minister Fischer diese Vorschläge bestätigt hat. Es war also Sache der Landesregierung, diesen ersten prov. Vorschlag zu erneuern, neue Vorschläge zu erstatten. Diese neuen Vorschläge sind auf Grund der Parteienvereinbarung gemacht worden. Ich erinnere mich an ein Gespräch, das geführt worden ist, ich war nicht dabei, aber sogar Abg. Fischer war zu dieser Besprechung eingeladen. Dort hat man sich bereit gefunden, die Stellen auf Grund der Wahlergebnisse zu besetzen, und ich muß anerkennen, daß gerade die SPÖ. es als selbstverständlich empfunden hat, daß wir in Schulfragen mitsprechen wollen. Trotzdem sie die größten Stellungen innegehabt hat, hat sie, wenn auch schweren Herzens, selbstverständlich darauf verzichtet. Abg. Fischer habe bei dieser Besprechung erklärt, „da bleibt für uns nichts mehr übrig“ und soll aufgestanden und

weggegangen sein, wie mir erzählt wurde. Die Verhandlungen wurden selbstverständlich zwischen den beiden Parteien weitergepflogen und es ist zu einer Einigung und zu einem Vorschlag gekommen. Dieser Vorschlag ist nun dem Ministerium vorgelegt worden. Es ist selbstverständlich das Recht der Steiermärkischen Landesregierung bzw. des Landesschulrates, der sich nach dem Proporz gebildet hat, das Provisorium, das das Ministerium nicht bestätigt hat, zu ändern. Ich könnte mir hier keine Ungesetzlichkeit vorstellen. Es ist selbstverständlich gewesen, daß hier einige Änderungen stattfinden mußten. Sie wollen nicht gelten lassen, daß in dem Bezirk, in dem 99,7%, ich könnte noch einige Dezimalzahlen dazuhängen, für eine freie Bildung des Schulwesens gewesen sind, daß in diesem Bezirk auch selbstverständlich beide großen Parteien dafür waren, daß die Religion eine vollkommen persönliche Sache des einzelnen ist. Wenn nun in diesem Bezirk im Zimmer des Bezirksschulrates ein wunderbarer Spruch hängt, der die Religion befetzt, so ist dies unmöglich und dagegen hat sich die ganze Bevölkerung dort gewendet und es ist selbstverständlich, daß dieser Bezirksschulinspektor, der sich diese Tafel aufgehängt hat, weichen muß, wenn die ganze Bevölkerung sich gegen ihn stellt. Oder ein anderer Bezirk: In dem hat der Bezirksschulinspektor unsachlich und ungesetzlich zu jener Zeit sich die Leitung einer Schule geschenkt, für die er nicht die Prüfung hat, die zweite Schule gab er seiner Frau. Das sind Sachen, gegen die die Bevölkerung sich stemmt. Oder eine Schule in einem anderen Bezirk. Dort haben Sie ärgsten Protest erhoben, daß ein alter Lehrer, der 1938 gemäßregelt worden ist, dort eingesetzt wurde, obwohl ihm von beiden Parteien nichts vorzuwerfen war; daß hingegen an einer anderen Schule ein Parteigenosse als Schulleiter Dienst macht, das ist in diesem Bezirk möglich, aber daß jemand eingesetzt ist, der 1938 von den Nazis entfernt worden war, ist nicht möglich, der durfte nicht eingesetzt werden, weil es Ihnen nicht paßt. Diese Sachen haben zu den Entschlüssen geführt, die gefällt worden sind. Ich bin der Meinung und ich glaube, daß auch Sie der Meinung sind, daß die gesetzlichen Grundlagen vollkommen eingehalten worden sind und es das Recht des Steiermärkischen Landesschulrates war, diese Umbesetzungen durchzuführen.

**Präsident Wallner:** Es liegt zur Generaldebatte keine Wortmeldung mehr vor. Ich erteile dem Herrn Hauptberichterstatte Dr. Speck das Schlußwort.

**Hauptberichterstatte Dr. Speck:** Hohes Haus! Ich habe nicht als Vertreter einer der drei politischen Parteien zu sprechen sondern als Berichterstatter des Finanzausschusses. Wenn es auch selbstverständlich ist, daß in einer Generaldebatte zu einem Jahresvoranschlag die Wellen der Politik auch hereinschlagen und eine Reihe von Problemen besprochen werden in ruhiger oder aufgeregter Weise, die nicht unmittelbar mit dem Voranschlag zu tun haben, so muß ich feststellen, daß an dem

Voranschlag selbst keine Kritik geübt und daß mindestens an dem Aufbau und den Ansätzen des Voranschlages nicht irgendwelche grundlegende Änderungen jetzt schon beantragt worden sind. Das einzige Problem, das in der mehr politisch gefärbten Debatte berührt wurde und das seinen Aufbau in Mitleidenschaft ziehen würde, ist die Frage der Lohnhöhe, von der einzelne Ansätze des Budgets und viele andere Probleme abhängig sind. Während hier darüber geredet und gleich daneben ernst an diesen Problemen beraten wird, steht schon jetzt außer Zweifel, daß in einiger Zeit diese Sache zu irgendeinem abschließenden Erfolg geführt werden wird. Wie dieser sein wird, welche Auswirkungen er dann auf die Ansätze unseres Voranschlages haben wird, das kann weder heute jemand sagen, noch ist es möglich, daß in kurzer Zeit sich das übersehen lassen wird. Es gehört keine große prophetische Gabe dazu, um zu sagen, daß Änderungen in der Lohnhöhe auf sämtliche anderen wirtschaftlichen Faktoren sich auswirken werden, so daß alles das, was wir heute zahlenmäßig beschließen, in mehr oder minder kurzer Zeit sich anders darstellen wird als jetzt. Ich bin aber trotzdem der Meinung, daß uns das nicht abhalten sollte, den Voranschlag, wie er ist, weiter zu beraten. Er besteht nicht nur aus Ziffern, er umfaßt alle sachliche Arbeit, die die Landesregierung zu leisten hat, die sich in 1000 Fetzen widerspiegelt. Wenn sich also die Verhandlungen über die Lohnfrage auswirken, werden nicht nur direkt auf die Ansätze des Budgets, soweit Lohn- und Gehaltspositionen in Frage kommen, sondern das ganze Preisniveau der Wirtschaft des Landes in gewisse Bewegung kommen wird, wird es notwendig sein, daß der Landtag sich in einiger Zeit neuerdings mit dem Voranschlag wird beschäftigen müssen, das heißt daß sowohl Ausgaben geändert werden müssen wie auch andererseits die Einnahmen. Wenn wir erhöhte Ausgaben in irgendeinem Nachtragsvoranschlag beschließen, wird es Pflicht des Landtages sein, auch für die Bedeckung dieser erhöhten Ausgaben zu sorgen. Aber, meine Herren, ich glaube, es kann heute noch nicht Aufgabe des Landtages sein, auf diese Dinge einzugehen, weil wir noch keine Grundlagen haben, zu errechnen, welche Änderungen sein werden. Ich glaube, dem Hohen Landtag empfehlen zu dürfen, trotz dieser von uns vorgesehenen notwendigen grundsätzlichen Änderungen den Voranschlag in einzelnen weiter zu beraten und so zu beschließen, wie der Finanzausschuß ihn vorgeschlagen hat, allenfalls mit irgendwelchen Einzeländerungen, die bei der Spezialdebatte vorgeschlagen werden sollten. Ich erlaube mir, an den Herrn Präsidenten die Bitte zu stellen, die Generaldebatte als beendet zu erklären und das Eingehen in die Spezialdebatte zu empfehlen.

**Präsident:** Wenn dagegen kein Einwand erhoben wird, erkläre ich die Generaldebatte für beendet und wir schreiten am Nachmittag zur Abwicklung der Spezialdebatte. Ich breche daher die Sitzung ab

und wir wollen sie um  $\frac{1}{3}$  Uhr pünktlich wieder aufnehmen.

Unterbrechung der Sitzung: 12 Uhr 45 Min.

Wiedereröffnung der Sitzung: 14 Uhr 45 Min.

**Präsident:** Hohes Haus! Wir nehmen die am Vormittag unterbrochenen Verhandlungen wieder auf und schreiten zur Abwicklung der Spezialdebatte. Zur Behandlung steht der Einzelplan 0 des Landeshaushaltes. Berichterstatter: Abg. Hans Wabnegg. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Wabnegg:** Hohes Haus! Vormittags in der Generaldebatte wurde bereits deutlich zum Ausdruck gebracht, daß der Finanzausschuß sich eingehend mit all diesen Plänen des Haushaltsplanes beschäftigt hat. Es liegen Ihnen in der Beilage 9 die ursprünglichen Ziffern vor und in der Beilage 10 die vom Finanzausschuß beschlossenen Abänderungen, die dann eine Summe ergeben an Einnahme mit ungefähr 512.300 S, an Ausgaben 3.626.800 S, somit ein unbedeckter Abgang von 3.114.500 S. Dazu schlägt Ihnen der Finanzausschuß zwei Beschlußanträge vor. Der Beschlußantrag lautet zu 00,9: „Die Landesregierung wird aufgefordert, schon jetzt zu erheben, welche Personen während der nationalsozialistischen Zeit Pensionserhöhungen und Sondervorrückungen erhalten haben, damit bei einer späteren Aberkennung dieser Begünstigungen auf Grund staatlicher Regelung die Durchführung unverzüglich erfolgen kann.“ Der zweite Antrag lautet zu 00,11: „Um Fahrbetriebsmittel zu ersparen und die Durchführung von Dienstreisen wirtschaftlich zu gestalten, wird die Landesregierung aufgefordert, eine zentrale Einrichtung zwecks Zusammenfassung von Dienstreisen in die gleiche Richtung zu schaffen.“ Der Einzelplan 0 umfaßt den allgemeinen Aufwand für die Landeshauptmannschaft, Unterstützungen und Beiträge usw. Als Berichterstatter für diesen Einzelplan 0 beantrage ich, sowohl den ordentlichen als auch den außerordentlichen Haushaltsplan und diese beiden Beschlußanträge zum Beschluß zu erheben.

**Präsident:** Ich eröffne über den Einzelplan 0 die Debatte. Zum Wort gemeldet hat sich Abg. Mrazek. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mrazek:** Hoher Landtag! Bei der Beurteilung des im Voranschlage ausgewiesenen Personalerfordernisses ist vor allem zu berücksichtigen, daß der weitaus größte Teil der seinerzeitigen Landesangestellten nunmehr als Staatsangestellte anzusehen ist. Daher sind die im Landesbudget angesetzten Erfordernisziffern, verglichen mit den Ansätzen früherer Jahre, als verhältnismäßig niedrig zu bezeichnen. Die im Voranschlag für 1946 angeführten Ziffern betreffen nur die in der Landesselbstverwaltung tätigen Beamten, Angestellten und Arbeiter. Der gesamte Beamtenkörper, und zwar sowohl die Staatsbeamten wie die Landesbeamten, befindet sich derzeit in einem Stadium des Provisoriums. Nach dem Beamtenüberleitungsgesetz kann

dieses Provisorium erst beendet werden, wenn ein genehmigter Bedarfsstellenplan vorliegt. Die in diesem Bedarfsstellenplan vorgesehenen Dienstposten sind nach den Bestimmungen des Beamtenüberleitungsgesetzes in erster Linie an jene Beamte, Angestellte und Arbeiter zu verleihen, die in der Zeit von 1934 bis 1945, die selbstverständlich mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun haben dürfen, aus politischen Gründen gemäßregelt wurden. Wenn die Gruppe dieser Angestellten versorgt ist, dann sind jene Beamte, Angestellte und Arbeiter zu berücksichtigen, die zwar auf ihren Dienstposten während der Zeit des Naziregimes verblieben sind, jedoch nicht Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen waren. Die sodann noch verbleibenden Dienstposten sind den übrigen Beamten, Angestellten und Arbeitern zuzuweisen, soweit sie nicht nach den Bestimmungen des Verbotsgesetzes aus dem öffentlichen Dienst auszuschneiden waren. Die Überleitung der nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen aufgenommenen bzw. übernommenen Beamten in das mit der Durchführungsverordnung zum Beamtenüberleitungsgesetz zu erwartende Gehaltsschema ist in der Weise vorgesehen, als ob das Gehaltsgesetz von 1927 durch die nationalsozialistische Ära keine Unterbrechung erfahren, sondern bis zum Tage der Überleitung gegolten hätte. Bei dieser Überleitung würde auch auf das derzeitige Verhältnis zwischen pragmatisierten Beamten und Vertragsangestellten Rücksicht zu nehmen sein. Die im Budget enthaltenen Ziffern mit Ausnahme der Ruhe- und Versorgungsgenüsse betreffen nur die Hoheitsverwaltung, soweit diese in den selbständigen Wirkungskreis des Landes fällt. Die Beamten und Angestellten, die in der bundesstaatlichen Verwaltung tätig sind, werden derzeit auch vom Bunde bezahlt. Vor 1938 waren diese gleichfalls Landesangestellte oder sogenannte veränderte Bundesangestellte, die jedoch dienst- und besoldungsrechtlich unter der Diensthohheit der Landesregierung standen. Die Struktur dieser Beamtengruppe zeigt nun eine Verschiebung vom definitiven Beamtentum zum Vertragsangestellten. Für die definitiven Beamten ist seitens des Bundes ein Jahresfordernis von 3.083.587 S vorgesehen, für die Vertragsangestellten ein solches von 4.654.106 S. Daraus resultiert, daß die Zahl der Vertragsangestellten die der definitiven weit übersteigt. Im Interesse einer möglichst objektiven Verwaltung ist es gelegen, das definitive Beamtentum zu stärken und Vertragsangestellte nur dort einzustellen, wo es sich um dauernd systemisierte Posten handelt. Mit dieser Frage steht in engstem Zusammenhang die Schaffung eines dem Lande unmittelbar unterstellten Beamtenkörpers. Der Nationalsozialismus in seinem Zuge zum Zentralismus hat die gesamte Beamtenschaft, soweit sie nicht in sogenannter Gauselbstverwaltung tätig waren, verstaatlicht und dadurch der Diensthohheit des Landes entzogen. Es wird Aufgabe der Landesregierung sein, mit den in Betracht kommenden Stellen der Bundesregierung in Wien zu verhandeln, daß der vor 1938 bestehende Zustand wiederherge-

stellt wird und die Beamten und Angestellten wiederum, dem Charakter unserer Verfassung entsprechend, der Diensthohheit des Landes unterstellt werden. Es ist natürlich selbstverständlich, daß der Bund so wie vor dem Jahr 1938 für die Kosten der Besoldung der Bundesverwaltung im Lande wiederum entsprechende Beiträge zum Personalaufwand zu leisten haben wird. Unter Berücksichtigung des Vorgesagten ist es verständlich, daß die Löhne der Arbeiter ein wesentlich höheres Erfordernis ergeben als bei den pragmatischen Beamten und Vertragsbediensteten. Die Arbeiter sind eben zum größten Teil im Dienst der Selbstverwaltung verblieben. Hier wäre zu bemerken, daß auch tüchtigen und fleißigen Arbeitern die Möglichkeit gegeben werden soll, auf systemisierte Posten des Hilfsdienstes aufzurücken. Diese Möglichkeit hat sich nach den seinerzeit gemachten Erfahrungen auf die Arbeitsleistung der Arbeiter sehr gut ausgewirkt und wäre eine Anerkennung für die von ihnen geleistete Arbeit.

Bezüglich der Krankenfürsorge der pragmatischen Bediensteten ist folgendes festzustellen: Seinerzeit hatten alle Landesangestellten den Anspruch auf unentgeltliche Behandlung in den landeseigenen Heil- und Pflegeanstalten. Diesen Anspruch haben sie nunmehr verloren. Die Kosten, die im Falle der Inanspruchnahme einer solchen Anstalt anfallen, werden in der untersten Verpflegsklasse von der Bundeskrankenkasse bezahlt, darüber hinausgehende Kosten muß der Beamte aus eigener Tasche tragen. Es wäre nur recht und billig, wenn, solange der derzeitige Zustand andauert, den im Landesdienst stehenden Beamten und Angestellten die Benützung einer höheren Verpflegsklasse gestattet würde und entweder die Mehrkosten vom Lande den Beamten direkt vergütet würden, oder was noch besser wäre, auch die benützte höhere Verpflegsklasse nach dem Kostensatz der untersten Verpflegsklasse verrechnet würde.

Begrüßenswert wäre es auch, mit anderen Bundesländern darüber in Verhandlungen zu treten, daß diese gewisse Heilanstalten den Beamten und Angestellten des Landes zu besonders ermäßigten Preisen zugänglich machen, wie es seinerzeit z. B. bezüglich Schallerbach, Bad Gastein und Tatzmannsdorf bereits der Fall war. Umgekehrt müßte natürlich auch das Land Steiermark sich zu einem gleichen Entgegenkommen gegenüber den anderen Ländern verpflichten.

Die im März 1938 erfolgte Überführung der Landesangestellten in Staatsangestellte zog zwangsläufig die Versicherung dieser bei der Bundeskrankenkasse nach sich. Seinerzeit haben sich die Landesangestellten mit Erfolg gegen die Versicherung bei dieser Anstalt zur Wehr gesetzt und wurde die unentgeltliche Gewährung des Heil- und Pflegeaufenthaltes in landeseigenen Anstalten bei weitem vorgezogen. Das Land hat sich hierbei die Zahlung von Dienstgeberbeihilfen und die Gewährung von Krankenkosten zum Teile ganz erspart bzw. letztere weitgehend einschränken können. Die Dienstgeber-

beiträge machen derzeit bei den verstaatlichten Beamten 41.600 S und bei den staatlichen Vertragsangestellten 373.030 S aus, ein Aufwand, der dem Lande bei der unentgeltlichen Unterbringung seiner Angestellten in den eigenen Heil- und Pflegeanstalten nicht in diesem Umfang entstehen würde.

Die mit 2.300.000 S veranschlagten Ruhe- und Versorgungsgenüsse betreffen sämtliche Voranschlagsunterteilungen und stellen somit das gesamte Erfordernis der Landesselbstverwaltung dar.

In diesem Zusammenhang soll auch einiges über die Reinigung des Beamtenkörpers der Landesverwaltung von Nazi-Elementen gesagt werden. Grundsätzlich stehen wir auf dem Boden der Erklärung der Bundesregierung. Wir wollen keine Härte, aber Recht und Gerechtigkeit. Wer in führender Stellung sich für den Nationalsozialismus exponiert hat, muß verstehen, daß er einen solchen Posten nicht weiter bekleiden kann. Für die kleinen Beamten und Angestellten soll jedoch endlich die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, die ihnen die Möglichkeit gibt, am Wiederaufbau eines unabhängigen und demokratischen Österreich tatkräftig mitzuarbeiten. Die im Lande bisher durchgeführte Säuberung hatte bis jetzt nachstehendes Ergebnis: Auf Grund des § 14 (Entlassung wegen Illegalität) wurden bisher 507, auf Grund des § 21 (Entlassung wegen Nichttragbarkeit) 149, über Auftrag der Britischen Militärregierung 119 Beamte und Angestellte außer Dienst gestellt; auf Grund des § 20 (Rückreibungen) wurden 5 Beamte und Angestellte zurückgereiht, 15 Beamte und Angestellte wurden pensioniert; insgesamt wurden 795 Beamte und Angestellte der staatlichen und Landesverwaltung entlassen bzw. zurückgereiht und pensioniert. Damit ist der Beweis erbracht, daß den Säuberungsbestrebungen weitgehend Rechnung getragen wurde. Es ist selbstverständlich, daß eine solche Aktion nicht durchgeführt werden kann, ohne daß es zu Erschütterungen und Schwierigkeiten in der Verwaltung kommt. Im Interesse des Aufbaues einer im demokratischen Sinne geführten Verwaltung ist jedoch diese Maßnahme unbedingt erforderlich.

Zum Schlusse möchte ich noch bemerken, daß auch die Beamtenschaft des Landes insofern einen Anteil an dem Wiederaufbau des neuen Österreich hat, als seit Juli des vorigen Jahres die Vorrückungen in höhere Bezüge eingestellt wurden. Die Verhandlungen mit der Bundesregierung über das neue Gehaltsgesetz, von denen wir hoffen, daß sie zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden, sollen auf der einen Seite die Sicherung der im öffentlichen Dienst stehenden Beamten, sowie andererseits dem Dienstgeber die Gewähr dafür bieten, daß durch die Schaffung eines allen Erfordernissen entsprechenden Beamtentums die Möglichkeit zur Durchführung des Aufbaues einer wirklichen Demokratie gegeben wird. (Händeklatschen.)

**Präsident:** Wünscht noch jemand das Wort? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

**Berichterstatter Wabnegg:** Ich verzichte.

**Präsident:** Ich bringe den Antrag des Berichterstatters, die Voranschlagsziffern zum ordentlichen und außerordentlichen Haushaltsplan, Einzelplan 0 und die Beschlußanträge des Finanzausschusses zu diesem Einzelplan zur Abstimmung und bitte jene Abgeordneten, die damit einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Einzelplan 2. Berichterstatter Abg. Holik.

**Abg. Holik:** Hohes Haus! Ich wurde beauftragt zu berichten über Einzelplan 2, Schulwesen. In der Generaldebatte haben wir gesehen, daß einzelne Auffassungen vielleicht gegenteilig waren, so daß ich mich bemüht fühle, bevor ich in die ziffernmäßige Behandlung des Abschnittes eingehe, einige grundlegende Erörterungen, die im Finanz- und Budgetausschuß Gegenstand der Verhandlungen waren, hier darzutun. Die Kultur eines Volkes braucht ein sicheres Fundament seines Aufbaues und verschiedene Voraussetzungen. Eine der wichtigsten ist ein gesichertes Familienleben und eine gesunde und volksverbundene Schule. Das Familienleben als der Kern und die Keimzelle jeder staatlichen Gemeinschaft ist dazu berufen, das Kind zu erziehen, die Schule setzt diese Erziehung fort, um die heranwachsende Jugend für das Leben reif zu machen und jenes Wissen zu vermitteln, das es dem Kinde ermöglicht, im Laufe seines Lebens in den Prozeß der Arbeit einzutreten. Die Schule hat auch die Verpflichtung, die Liebe zur Heimat in das jugendliche Herz zu pflanzen, damit das Kind, wenn es dann erwachsen ist, mit dem erworbenen Wissen und mit den Kenntnissen sich zu den Begriffen der demokratischen Freiheit, des demokratischen Lebens und der Menschenwürde durchringen kann. Es ist unsere demokratische Aufgabe, bei der Jugenderziehung nie zu sehen, woher das Kind kommt, sondern immer zu trachten, dem Kinde jenen Weg zu weisen, daß es dann letztlich und schließlich ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft ist, das auch seine Heimat liebt und für Menschenideal, Menschenwürde, und Menschenrecht eintritt, wenn es auch sein muß, unter Hingabe seines Lebens und seiner Freiheit. Es muß auch das Kind dazu erzogen werden, daß es versteht, die schwierige Hand des Bauern und Arbeiters zu schätzen, es muß das Kind auch dazu erzogen werden, daß es auch die Meinung eines anderen Menschen achten und schätzen lernt, auch dann, wenn es nicht die eigene Meinung selbst ist.

Wir Österreicher haben allen Grund, auf unser Schulwesen stolz zu sein, denn das alte Volksschulgesetz hat das österreichische Schulwesen weit über die Grenzen seines Landes emporgehoben und es hat wenige europäische Länder gegeben, die mit dem österreichischen Volksschulgesetz erfolgreich konkurrieren konnten. Unsere österreichische Volksschule war mustergültig in Europa. Im Laufe der Zeit (das Volksschulgesetz ist ja schon 80 Jahre alt), war es natürlich reformbedürftig und es war die eingeleitete Reform nicht immer glücklich gewählt. Erinnern wir uns an die sogenannten Sommerbefrei-

ungen, die für die bäuerliche Bevölkerung gut gemeint waren, jedoch die bäuerliche Jugend um zwei Halbjahre ihrer Entwicklung gebracht hat, und zwar zwei Halbjahre seiner schönsten Zeit, wo das Kind noch am aufnahmefähigsten war. Auch in der Zeit der ersten Republik hat das österreichische Schulwesen sich bemüht zu modernisieren und es war das Bestreben, den Übertritt von einer Schulkategorie in die andere zu ermöglichen und zu erleichtern. Es war das eine Aufgabe, die mit viel Kritik hingenommen wurde und auch jenen Erfolg nicht gezeitigt hatte, den man erwartete, weil die Ausleseschule — so muß man doch die Mittelschule bezeichnen — mit einem anderen Schülermaterial gearbeitet hat als die sogenannte Pflichtschule. Aber unbedingt ein Vorzug des österreichischen Volksschulgesetzes und der nachmaligen Schulgesetzgebung war es, daß jedes Kind, ob arm oder reich, seinen Weg in der Schule machen konnte und sich jene Elemente der Grundbildung aneignen konnte, die ein Volk, eine Schule nur geben kann. Der fortschreitende und sehr erfreuliche Kulturdrang der Arbeiterbewegung hat in der ersten Republik zur Schaffung von vielen gewerblichen und landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen geführt und dadurch wurde auch dieser Unterrichtszweig auf eine Höhe gebracht, die weit über die Grenzen des österreichischen Landes Anerkennung und selbst bei den westlichen Ländern auch Nachahmung gefunden hat. Ein vollkommener Rückgang unserer Schulbildung trat ein von dem nationalen Unglückstag des Jahres 1938 an, als wir von dem sogenannten größten Mann der deutschen Geschichte an der Hand genommen und in den Blumengarten geführt wurden. Wenn zu dieser Zeit auch die edelsten menschlichen Begriffe wie Mutter und Kind verzerrt wurden, die Mutter zu einer Gebärmaschine wurde, ausgezeichnet mit Mutterkreuzen in Gold und Silber, wurde auch das Kind, die Jugend, dazu herangezogen, um zu einem Helden erzogen zu werden, um dann bewundert in stolzester Trauer den Tod zu finden. Genau so, wie diese edelsten Begriffe der Menschheit verzerrt wurden, genau so wurden die Schulen in der damaligen Zeit mißbraucht und das Kind wurde herangebildet zum Terroristen mit Panzerfaust und Ehrendolch und ich erinnere mich mit Entsetzen einer Verhandlung, die im Jahre 1943 in Wien stattgefunden hat, wo ein 14jähriger HJ-Junge seinen Ehrendolch einem älteren Herrn in die Brust gestoßen hat und bei der öffentlichen Anklage vor dem Jugendgericht als Entschuldigungsgrund sagte: „Ich habe geglaubt, es ist ein Jud.“ Soweit ist die damalige Erziehung unserer Menschheit gegangen. Die Grundlage unserer Schule ist es, uns die Begriffe der Brüderlichkeit und Menschlichkeit immer wieder klarzumachen, die Überheblichkeit und den Egoismus in der Jugend wieder auszurotten, damit die österreichische Jugend, wenn sie einst in das praktische Leben eintritt, wieder den Begriff von Freiheit, Menschenrecht und Menschenwürde versteht und dann fähig ist, in die große Volksgemeinschaft der Welt einzutreten. Deshalb war es ein Bestreben, einmütig und eindeutig und vollkommen einstimmig

auch im Finanz- und Budgetausschuß, daß die gewählte Volksvertretung Steiermarks unbedingt auf dem Standpunkt steht, daß aus dem Lehrplan und von den Lehrpersonen der öffentlichen Schulen jeglicher Nazigeist und jeglicher Faschismus restlos ausgeremert wird.

Ich erlaube mir nun, die zahlenmäßige Entwicklung des Einzelplanes 2 aufzuzeigen. Wir haben im Voranschlag eine Summe von Einnahmen für Volks-, Mittelschulen usw. von 1,672.800 S eine Ausgabe von 2,947.000 S, demnach einen Abgang von 1,274.200 S. An Beschlußanträgen im Finanzausschuß erscheint zu 51,52: „Aus Anlaß der Mißstände in Feldbach wird die Landesregierung ersucht, darauf hinzuwirken, daß für Schulzwecke bestimmte Gebäude ausschließlich für Schulzwecke verwendet werden.“ Zu 240: „Die Landesregierung wird ersucht, ehestens mit der Bundesregierung Fühlung zu nehmen, daß die Fortbildungsschulräte wieder eingeführt werden.“ Zu 250: „1. Die Landesregierung wird ersucht, an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft heranzutreten, geeignete Prüf- und Forschungsstellen für landwirtschaftliche Geräte und Maschinen einzurichten, die in Verbindung mit der Forschungsanstalt für alpine Landwirtschaft in Admont stehen sollen. 2. Die Steiermärkische Landesregierung wird ersucht, sich mit dem Projekt der Errichtung einer landwirtschaftlichen Schule in Kornberg bei Feldbach zu befassen. 3. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Form einer Einrichtung zu studieren, der unbeschadet der Oberaufsicht des Landwirtschaftsministeriums (allenfalls in Form eines landwirtschaftlichen Fortbildungsschulrates) die Beaufsichtigung der landwirtschaftlichen Fachschulen obliegt, besonders auch hinsichtlich der pädagogischen Führung und der staatsbürgerlichen Erziehung. Das Ergebnis ist durch die Landesregierung bis zum Schulbeginn des Jahres 1946 dem Landtag zur Kenntnis zu bringen.“ Zu 252: „Die Landesregierung wolle die Einsetzung eines aus Fachleuten bestehenden Kuratoriums für die Angelegenheiten des Musikschulwesens in Erwägung ziehen.“

Ich bitte das Hohe Haus um Annahme des Einzelplanes 2 und der Beschlüsse des Finanzausschusses.

**Präsident:** Ich eröffne über den Einzelplan die Debatte. Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Bürgermeister Dr. Speck. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Speck:** Sehr verehrte Damen und Herren! Der Einzelplan 2 spricht vom Schulwesen. Allerdings ist es so, daß der größte Teil dessen, was früher dieses Kapitel ausgefüllt hat, nicht mehr hereinfällt, die Fürsorge für die Volks- und Hauptschulen. Das war früher überhaupt die größte Post im Budget des Landes, die aber nicht mehr hierhergehört. Es ließe sich so manches über die Frage der Erziehung in unseren Pflicht- und Mittelschulen sagen, aber, wie gesagt, das fällt wenigstens jetzt nicht mehr in die eigentliche Zuständigkeit des Landes. Wir haben in erster Linie zur Verfügung

zu stellen die materiellen Mittel, die hier in diesem Kapitel vorgesehen sind. Mit Befriedigung möchte ich darauf verweisen, daß von den vielen Schäden, die die Schulgebäude da und dort in der Steiermark, auch in Graz, durch den Krieg und seine Einwirkungen erlitten haben, ein Teil wenigstens aushilfsweise mit Hilfe der Post, die hier im Voranschlag mit 234.000 S eingesetzt ist, beseitigt werden soll. Es wird wahrscheinlich so gedacht sein, daß daraus Beihilfen für jene gegeben werden, die ihrerseits zum Wiederaufbau und der Wiederherstellung ihrer Schulen etwas beitragen können, so daß mit Hilfe dieses Betrages ein wesentlich größerer Betrag zum Aufbau der Schule flüssiggemacht werden kann. Es gibt noch einige Orte in Steiermark, die kein Schulgebäude haben. Ich war vor einigen Tagen in Riegersburg, das hat kein Schulgebäude, dort sind beide Schulgebäude ausgebrannt und die Kinder müssen in sehr unbefriedigender Weise teils in einem Gasthof, teils privat unterrichtet werden. Jetzt trägt man sich mit dem Gedanken, sie oben auf der alten Burg unterrichten zu lassen, was nicht ungefährlich ist bei dem Zustande, in dem sich die Burg befindet. Es gibt noch Orte, die überhaupt keinen Unterricht haben. Ich glaube Straß oder in der Gegend dort. Es wird also so manches auf diesem Gebiete zu machen sein.

Hier sind in unserem Voranschlag erhebliche Posten eingesetzt für die Förderung der allgemeinen und gewerblichen Fortbildungsschulen. Uns erscheint dies als ein besonders wichtiger Zweig der Schule oder Erziehungsfürsorge, die das Land und die Landesregierung durchzuführen hat. Es handelt sich hier um die Erziehung der Jugend, die infolge ihrer sozialen Lage eben nicht den höheren Schulen und Studien zugeführt werden kann, die eine fachliche Ausbildung erhalten soll nach Vollendung ihrer Schulpflicht. Das ist etwas, das gerade für die politische Zukunft und Gegenwart sehr wichtig ist. Wir haben zu befürchten, daß wir ein gewisses Übermaß an Mittelschülern und Hochschülern haben, auf der anderen Seite jedoch ein Mangel an wirklich gut ausgebildeten Lehrlingen, also fachlich vorgeschulten Handwerkern herrscht. Daher müssen wir diesem Gebiet der Erziehungsfürsorge ein besonderes Augenmerk zuwenden. Unser Ideal wäre die Errichtung von Lehrwerkstätten, jedoch können wir das nicht von heute auf morgen tun, zumindestens aber muß erreicht werden, daß ein möglichst großer Teil der jungen Leute, die sich der fachlichen Ausbildung eines Handwerks widmen wollen, auch eine wirkliche richtige Ausbildung darin bekommen durch die Ermöglichung des Besuches der Fortbildungsschule, die zum großen Teil fachlich und zum Teil allgemeinbildend sein wird. Da ergibt sich die Schwierigkeit, daß am Lande draußen solche Schulen nicht bestehen und daß eben ein Besuch der Schule vielfach unmöglich ist. Sie kommen in die größeren Städte, in erster Linie nach Graz, aber wo sollen diese Kinder unterkommen? Wir wissen, daß das Land Schülerheime für die Mittelschule vorgesehen hat, aber es besteht noch keinerlei Vorsorge,

um die Lehrlinge unterzubringen, für die doch ebenso Unterkunft, Verpflegung, aber auch erzieherische Beaufsichtigung notwendig ist, gerade bei diesen Schülern ganz besonders. Es wird daher dringend notwendig sein, daß das Land, als der zur Initiative berufene Faktor, darangeht, ein Lehrlingsheim, zunächst einmal in Graz zu schaffen. Es ist kaum notwendig, über die Wichtigkeit dieser Sache zu sprechen. Es handelt sich nicht nur um die soziale und gesundheitliche Betreuung, sondern auch erzieherische Betreuung und pädagogische Führung dieser Lehrlinge. Ich erlaube mir daher, einen Resolutionsantrag einzubringen, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, ehestens alle vorbereitenden Maßnahmen zu treffen, daß im Zusammenwirken mit der Stadtgemeinde Graz, Arbeiterkammer, Handelskammer und dem Gewerkschaftsbund möglichst bald ein Lehrlingsheim in Graz errichtet wird.“

Dieses Zusammenwirken scheint mir ein notwendiger und nützlicher Faktor, um gemeinsam ein solches Heim zu errichten. Es kann das nicht Sache der Stadtgemeinde Graz allein sein, da es sich im allgemeinen um Lehrlinge handelt, die von auswärts kommen, auch Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund haben, als sachlich daran interessiert, mitzuwirken. Ich darf auch die Handelskammer einbeziehen in diese Bitte, dabei mitzuwirken. Ich werde dem Herrn Präsidenten diesen Antrag überreichen und bitte, ihn zur Abstimmung bringen zu lassen.

Wenn wir von den gewerblichen Fortbildungsschulen reden, ist natürlich auch die Frage der Lehrer außerordentlich wichtig. Wir haben von früher her eine Reihe von ausgebildeten Fortbildungsschullehrern, eine Reihe von Lehrern ist an sich ausgefallen durch ihr Alter, ein Teil wurde ausgeschaltet, weil sie Nationalsozialisten waren. Es wird notwendig sein, daß ein gewisser Nachwuchs herangezogen wird, daß Volks- oder Hauptschullehrer, die sich dieser Sache widmen wollen, durch Kurse mit den fachlichen und sachlichen Notwendigkeiten dieser Schule bekanntgemacht werden. Ursprünglich war im Landesvoranschlag ein kleinerer Betrag für diesen Zweck angesetzt, 2000 S. Wir haben im Ausschuss beantragt, den Betrag auf 10.000 S zu erhöhen und der Finanzausschuss hat diesem Antrage stattgegeben. Ich bitte das Hohe Haus, diesem erhöhten Betrag, der noch nicht sehr hoch ist, die Zustimmung zu geben. Daß wir auch für die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen und landwirtschaftlichen Fachschulen großes Interesse haben, ist selbstverständlich, weil sie mit der früher schon gewürdigten notwendigen Förderung der Landwirtschaft zusammenhängen und dann, weil diese Schulen durch Heranbildung von jungen Leuten bedeutende pädagogische Aufgaben zu erfüllen haben neben den rein fachlichen und weil sie natürlich nicht Schulen einer bestimmten weltanschaulichen und politischen Richtung sein können; vor allem deshalb, weil wir wissen, daß die jungen Leute — gegenwärtig sind es meist Leute, die schon über

20 Jahre alt sind, das ist durch den Krieg bedingt. es sind Leute, die zum großen Teil vom Militär zurückgekommen sind, normal haben wir es mit 16- bis 17jährigen zu tun — in dieser Schule ihre Erziehung in wirklich modernem demokratischem Geiste erhalten. Es wird diesen jungen Leuten das Verständnis für die sozialen Forderungen der Zeit beigebracht, sie hören etwas von dem Aufbau unseres Staates, von Staatsbürgerkunde und es wird ihnen gewissermaßen auch die Liebe zur wirklichen Demokratie in ihre Herzen eingepflanzt. Dazu gehört auch die pädagogische Führung, die nebenbei auch ihr Augenmerk auf die soziale und gesundheitliche Betreuung richten muß. Darum haben wir im Ausschuß die Forderung erhoben, nach einer Institution, welche diese Richtung überprüft und entsprechend beeinflußt. Ob das nun in der Art eines landwirtschaftlichen oder bäuerlichen Fortbildungsschulrates oder in irgendeiner anderen Form geschieht, darüber wird die Landesregierung erst noch zu beraten haben. Ein entsprechender Resolutionsantrag ist ja von dem Referenten hier eingebracht worden.

Ich erlaube mir, die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses noch auf einen anderen Schulbetrieb, der damit zusammenhängt, zu lenken, und zwar die Meisterschule für angewandte Kunst. Es ist die einzige Schule auf diesem Gebiet mit ungefähr 250 Hörern oder Zöglingen, die sich da zusammenfinden, die besonders in den jetzigen Verhältnissen in bezug auf das Lebensalter ziemlich gemischt sind, weil infolge des Krieges auch ältere Leute hineinkommen, die unter normalen Zeiten nicht mehr dorthinkämen. Diese Schule scheint wertvoll zu sein, gerade für uns in Österreich, das ja in einer gewissen Veredelung der Rohstoffe in der Geschmacksindustrie einen seiner Positivposten für den Export suchen und finden muß. Ich kann sagen, ich habe oft Gelegenheit gehabt, bei Ausstellungen oder sonstigen Anlässen diese Meisterschule und ihre Leistungen zu sehen und festzustellen, daß da wirklich Schönes geleistet wird, etwas das für die Zukunft von einzelnen Leuten wie auch für die Entwicklung unseres Kunstgewerbes vielversprechend zu sein scheint. Es ist aber auch eine Hauptaufgabe, diese Schule zu stärken. Es hat Herr Abg. Stockbauer in seiner Rede heute Vormittag darauf verwiesen, daß es unerfreulich ist, wenn man durch die Straßen der Stadt Graz oder anderswo geht und sieht, wieviel Schund und Kitsch da um teures Geld ausgestellt wird und leider von manchen Kreisen in einer gewissen Geringschätzung des Geldes auch gekauft wird. Es muß Kinderspielzeug erzeugt werden, auch Andenken oder ähnliches. Ich weiß auch, daß Angehörige der britischen Besatzungsmacht oft bemerkten, daß es an solchen Dingen hier fehle. In Italien sei das alles zu bekommen. Das scheint mir nun eine Aufgabe dieser Meisterschule für angewandte Kunst zu sein, eine Prüfungsstelle zu werden für solche Erzeugnisse. Wenn jemand Kinderspielzeug, Puppen oder Puppenstuben usw. erzeugen und verkaufen will, soll er die Möglichkeit

haben, Proben davon der Meisterschule zu übergeben und sich dort beraten zu lassen. Er soll dort erfahren, das ist gut und dadurch wird die Qualität dieser Waren gehoben werden, wir werden an Stelle des Schundes wertvolle Dinge bekommen, die nicht teurer, vielleicht sogar billiger sein werden als das, was jetzt oft dem Publikum angeboten wird. Vielleicht mag noch ein Gesichtspunkt im Zusammenhang mit dieser Schule erwähnt werden: Es können auch in dieser Schule Kriegsversehrte umgeschult werden. Ich weiß z. B. von einem Tischler, der durch seine Verletzung sein Handwerk nicht mehr ausüben kann, aber er lernt dort Schnitzerei und wird nach der nötigen Ausbildungszeit ein wertvoller Mitarbeiter im Kunstgewerbe sein, während er sonst ein menschliches Halbwrak wäre. Auch in dieser Hinsicht könnte diese Schule wertvoll sein.

Es ist auch wichtig, auf die Musikschulen, das Konservatorium und die Volksmusikschule hinzuweisen. Die Ausgabe, die hier im Landesvoranschlag eingesetzt wurde, ist absolut nicht gering zu nennen, aber diese Schule hat auch große Aufgaben zu leisten und kann als eine wertvolle Einrichtung bezeichnet werden. Nun sind das ja nicht alles Ausgaben, die das Land trägt, sie werden ja zum Teil abgewälzt auf die einzelnen Gemeinden. In diesem Zusammenhang muß ich gleich sagen, daß die Gemeinden, die mit ihrem Geld diese Schulen erhalten haben, einen gewissen Einfluß auf die Führung dieser Schulen, eine Kontrolle erhalten müssen. Auch die Auswahl der Lehrkräfte und ihre Bestellung ist nicht gleichgültig sondern sehr wichtig.

Abschließend möchte ich noch etwas über die Mittelschulen sagen. Sie gehören ja nicht in die Landesverwaltung direkt. Es sind dies Schulen, in denen die Kinder aufgenommen werden, die den höheren Studien zugeführt werden sollen. Es muß hier mit wirklichem Ernst und mit Strenge eine Auslese der Begabten durchgeführt werden. Ich glaube, wir haben zu viele Mittelschulen. Sie sind ja in der nationalsozialistischen Zeit wie die Pilze aus dem Boden geschossen nicht nur in Graz sondern auch in kleineren Orten. Es ist daher mit Sicherheit zu sagen, daß die Anzahl der Schüler und Schülerinnen, die heute noch die Mittelschulen besuchen, in keinem gesunden Verhältnis steht zu den Aufgaben der Wirtschaft und unseres öffentlichen Lebens. Es ist nicht zu übersehen, daß die, die heute in der Mittelschule sind, zum größten Teil auch die Hochschulen besuchen werden. Je mehr absolvierte Mittelschüler es gibt, desto mehr gibt es dann auch Hochschüler. Beides zusammen ergibt die Gefahr der Heranzüchtung eines geistigen Proletariats, das man gar nicht genug in seiner Gefahr unterschätzen kann. Vielleicht wird auch die Möglichkeit sein, im Zusammenhang mit den Hochschulen noch darüber zu sprechen. Ich habe gesagt, daß unserer Meinung nach eine wirkliche Auslese der Begabten, aber auch eine Förderung dieser Begabten stattfinden muß. Diese Förderung ist durch die sogenannten Studienbeihilfen zu ermöglichen, wofür auch ein erhöhter Betrag eingesetzt wurde. Er ist

zu finden mit der Ziffer von 323.000 S, ein Betrag, wenn die Ziffer auch hoch scheint, doch noch verhältnismäßig gering ist. Wenn man aber nicht eine wirklich strenge Auslese durchführt, nicht nur diejenigen dem Studium zuführt, die wirklich Gutes leisten, dann ist das Geld hinausgeworfen, nicht nur das, es dient sogar einem schlechten Zweck. Menschen zu einem Studium zu verhelfen, die dazu nicht geeignet sind, ist ein Nachteil, weil sie dadurch von Berufen abgezogen werden, in denen sie vielleicht Wertvolles und Gutes leisten könnten.

Auch ist die Frage der Schülerheime hier kurz zu streifen. Natürlich dienen die Mittelschulen in Graz und in den fünf oder sechs anderen Orten des Landes nicht nur den Schülern, die in diesen Orten wohnen, sondern auch auswärtigen. Es ist über eine halbe Million Schilling in unserem Voranschlag für die Erhaltung dieser Schülerheime festgesetzt worden. Wir müssen anerkennend sagen, daß die Leitung dieser Abteilung „Schülerheime“ Außerordentliches geleistet hat, wenn wir bedenken, daß vor einem Jahr nichts vorhanden war außer einer Summe von zerbombten Häusern, wobei viele stehende noch von Besatzungsmächten besetzt waren und daß es da schwer war, räumlich die Möglichkeit zu schaffen, solche Schülerheime zu errichten. Aber wir sind noch nicht am Ende. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze reicht noch lange nicht aus und es ist eine große Sorge für die Eltern dieser auswärtigen Schüler, die in Graz oder in anderen Mittelschulstädten die Mittelschule besuchen wollen und die ihre Kinder so untergebracht sehen wollen, daß sie in guter pädagogischer Führung und auch materiell und gesundheitlich gut untergebracht sind. Wir glauben, daß wir auf diesem Gebiet noch manches werden leisten müssen. Sonst wird es immer wieder vorkommen, daß die Eltern auch begabte Kinder aus Gründen mangelnder Unterkunftsmöglichkeiten nicht in die höheren Schulen schicken können. Da wir aber zunächst eine Auslese der Begabten, dann aber auch deren Förderung fordern, begrüßen wir es, daß in diesem Voranschlag für die Studienbeihilfen und Schülerheime Ziffern eingesetzt wurden, die nicht unerheblich sind. Wir werden aber nicht außeracht lassen können, schon heute darauf zu verweisen, daß im nächsten Voranschlag diese Ziffern werden erhöht werden müssen. (Applaus.)

**Abg. Duß:** Hohes Haus! Das österreichische Schulwesen, das nach den Lehrplänen von 1928 und 1932 erstand, war wirklich vorbildlich. Es ist entstanden nach langen Überlegungen, nach langen Beratungen auf vollkommen demokratische Art und Weise. In diesen Lehrplänen wurde unsere Jugend mit allem, was sie für das Leben braucht, erzogen und vertraut gemacht. Nicht nur die Kenntnis der Heimat, die Kenntnis der Sorgen des eigenen Volkes, der eigenen Geschichte wurden dem jungen Menschen dort erklärt und nähergebracht, nicht nur die Freiheit des Menschen wurde dem jungen Kinde immer wieder als Vorbild gezeigt, sondern auch die Größe der andern Nationen wurde in den Schulen in allen Wissenszweigen dem jungen Menschen

nähergebracht, und zwar in allen Schultypen von der Volksschule bis hinauf zur Hochschule. Aus diesen Schulen heraus sind jene Menschen geworden, wie wir sie heute wieder gerne sehen möchten, echte Demokraten, Menschen, die auch andere Nationen kennen, deren Kultur wertschätzen und deren Kulturwert auch immer wieder in allen Belangen achten lernen. Ausländische Schulmänner haben unsere Schulen besucht und waren, wenn sie hierher gekommen sind, erstaunt über unser Schulwesen und haben dies immer und immer wieder betont. Nur leider glaube ich, war man in der Welt draußen noch nicht so weit, daß man auch unsere Heimat so kennen gelernt hätte, denn sonst wäre es kaum möglich, daß wir auch heute wieder so wenig Verständnis in der Welt dafür finden, daß unsere österreichischen Kinder in Südtirol wieder österreichisch erzogen werden sollen. Wenn das nicht verstanden wird, so meiner Meinung nach deshalb, weil wieder Menschen am Werke sind oder Entscheidungen beeinflussen, die unser Österreich nicht kannten und es vielleicht verkannt haben. Es wäre sonst nicht möglich gewesen, daß wir in diesen Jahren von 1930 ab so einsam und allein gestanden sind im Kampfe gegen den Nazismus. Hätte man uns damals mehr Unterstützung geleistet, es wäre nicht dazu gekommen, daß unser Schulwesen diesen Niedergang von 1938 bis 1945 je erleben hätte müssen. Wenn wir alle damals Unterstützung gefunden hätten, wären wir wahrscheinlich durch alle diese Not nicht gegangen. Als im Jahre 1945 endlich für unsere Heimat die Stunde der Freiheit geschlagen hatte, haben sich sofort Lehrer zusammengetan, um wieder das alte österreichische Schulwesen zu errichten. Mit viel Fleiß und Mühe, ohne Unterstützung, ohne Lehrmittel haben sie die Kinder gesammelt und ihnen wieder gezeigt, was Österreich einst gewesen ist. Es ist anzuerkennen, daß die Lehrerschaft und auch die Schülerschaft so fleißig in dieser kurzen Zeit am Werke waren, daß sie das Schulwesen zu dem gemacht haben, wie wir es heute bereits wieder vor uns sehen. Es ist anzuerkennen, daß der Steiermärkische Landtag, die Landesregierung und das ganze steirische Volk gerade das Schulwesen so unterstützt. Wir wissen, die Mittel sind gering, die wir zur Verfügung haben, aber sie tun alles, was sie tun können. Wir finden im kleinsten Ortsschulrat wie auch im Bezirksschulrat stets gleich aufgeschlossene Menschen, die uns in unserer Schularbeit gerne unterstützen. Ich möchte die Bitte daranschließen, daß dies so bleiben möge, daß die Basis der Erziehung und Bildung der Jugend sich noch verbreitere, daß wir den jungen Menschen die Möglichkeit geben, letzten Endes ihren Beruf, den sie sich wünschen, wirklich zu erlernen. Nicht allein die Steiermärkische Landesregierung und der Landtag, sondern auch alle öffentlichen Körperschaften, der Gewerkschaftsbund und die Bauernkammern sind es, die uns mit Stipendien und Studienbeihilfen unterstützen und uns helfen, die wertvollen Menschen, die wir draußen haben, den kleinen Bauernsohn, den Arbeiter-, den Berg-

arbeitersohn, wenn er begabt ist, dazu zu bringen, daß er lernen kann, was er sich wünscht und wenn er etwas leistet, auch wirklich etwas erreichen kann. Ich bin überzeugt, daß wir in diesen Menschen die ersten Demokraten wieder finden werden, die volles Verständnis für das Milieu haben, aus dem sie stammen und auch gegenseitiges Verständnis. Es wird dann endlich die Zeit kommen, daß wir uns an den grünen Tisch setzen und gemeinsame Fragen in Ruhe und Frieden ohne Gehässigkeit besprechen können. Sie dürfen versichert sein, daß die steirische Lehrerschaft bestimmt alles tun wird, um dieses Ziel zu erreichen. Die Lösung dieser Aufgabe braucht natürlich zur Unterstützung das ganze Land und Volk. Leider sind es einige Dinge, die unsere Freude etwas trüben, die Freude, die wir empfinden, daß der Pflichtschullehrer endlich in ganz Österreich auf eine Basis gestellt worden ist, gemeinsam alle Bundeslehrer geworden sind, daß wir nicht den einzelnen Ländern ausgeliefert sind und das ist das eine, daß unsere Arbeit nicht an allen Dienststellen anerkannt wird. Ich möchte hier nur das Arbeitsamt streifen. Ich bin selbstverständlich einverstanden damit, daß Menschen, die sich von der Arbeit drücken, die alles mögliche versuchen, um sich von der Arbeit zu entfernen, herausgesucht werden aus den Schulen, denn sie belasten nur die Lehrerschaft und die Schule. Aber eines können wir nicht tun. Wir haben z. B. Anfragen bekommen, ob Maturanten nicht sofort zum Arbeitseinsatz kommen sollen. Wir sind deshalb nicht damit einverstanden, weil jeder weiß, wie schwer es für diese Leute ist, sie haben zu wenig zu essen, größtenteils sind es Kriegsteilnehmer, die Jahre, vielleicht auch Heim und Eltern verloren haben und sich mühselig ihr Brot erwerben müssen. Es gibt Kandidaten, die zu zweit oder dritt in einem Bett schlafen. Es ist entschieden zu hart, sie knapp nach der Matura sofort in den Arbeitseinsatz zu bringen. Jene Schlurfs und jungen Leute, die vor den Kinos stehen, die gehören zur Arbeit, dort ist der Platz für das Arbeitsamt. Genau wie den Maturanten geht es auch den Lehrern. Die hätten sofort nach Schulschluß zum Arbeitseinsatz kommen sollen. Wir scheuen keine Arbeit, wir sind aus den Berufen hinausgeflogen und haben während dieser Zeit fleißig geschuftet und uns als Bauarbeiter unser Brot verdient, wir haben alles getan, was wir tun konnten, um unsere Familien erhalten zu können. Man möge uns endlich die Ruhe geben, die wir brauchen, um uns auf unsere neuen Aufgaben umstellen zu können. Der Lehrer braucht auch seinen Urlaub, es ist selbstverständlich, daß er ihn auch erhält. Auch der Lehrer braucht ein paar Wochen Zeit, um sich auf das nächste Schuljahr vorzubereiten; wir haben keine Lehrbücher, alles müssen wir uns selber schaffen, wir brauchen Zeit, Frieden und Ruhe dazu. Dies ist eine der wichtigsten Forderungen, die wir Lehrer stellen und ich glaube, daß wir bestimmt in diesen Belangen Verständnis finden. Wenn Sie uns Verständnis entgegenbringen, treten wir gerne an

unsere Arbeit heran, unsere Jugend zu wahren Österreichern und Demokraten zu erziehen. (Bravorufe, Applaus.)

Abg. **Operschall**: Hohes Haus! Abg. Dr. **Speck** hat schon darauf hingewiesen, wie notwendig es ist, die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen so auszubauen, daß wir einen Nachwuchs für die Landwirtschaft haben, der auch allen Anforderungen entspricht, die gestellt werden. Wir haben seinerzeit auch schon im Finanzausschuß darauf hingewiesen, daß diese landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen einer gewissen Kontrolle unterliegen sollen, damit gerade das eintritt, was eben vom Kollegen **Duß** hier angeführt wurde, daß man die Menschen erzieht zu wahrhaften Demokraten, die andere Nationen verstehen lernen, die aber auch in den landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen andere Berufsgruppen kennen lernen, um auch ihrerseits alle Anforderungen zu erfüllen, die an sie gestellt werden. Es ist daher notwendig, daß in den landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen ein Unterrichtsplan erstellt wird, der darauf hinauszielt, die Schüler zu wahrhaften Demokraten zu erziehen, damit es andererseits nicht dazukommt, daß es in den einzelnen Orten draußen wieder Leute gibt, die erklären, „wir brauchen in diesen Orten oder am Lande überhaupt nur eine Partei!“ Das ist natürlich nicht Demokratie, wie wir sie uns vorstellen. Daher ist es notwendig, daß wir in diesen Schulen auch eine gewisse demokratische Erziehung geben, es ist aber auch notwendig, und das ist im Zusammenhang mit den landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen zu sagen, daß wir diesen landwirtschaftlichen Schülern auch etwas geben, was sie für die Zukunft brauchen. Sie müssen die Aussicht haben, daß der Beruf, den sie ihnen vermittelt, auch ein Vorwärtskommen in diesem Beruf ermöglicht. Heute ist es so, daß der Landarbeiter zu einer Arbeiterklasse zweiter Kategorie heruntergestempelt wird. Wir haben daher das Bestreben, diesen Schülern etwas in die Hand zu geben, das sie befähigt, nicht nur, sagen wir, den bäuerlichen Besitz zu übernehmen und zu führen, sondern auch daß sie fähig werden, den niedrigen Verwalterdienst oder den niederen Dienst in landwirtschaftlichen Großbetrieben anzutreten. Wir haben bereits in Niederösterreich im Zusammenwirken mit der Arbeiterkammer und der Landwirtschaftskammer solche Schulen errichtet. Wir sind nun daran, auch in Steiermark das zu tun. Wir werden ja sehen, daß wir neben dem landwirtschaftlichen Fortbildungsschuldienst auch die Fortbildung der bäuerlichen Berufsgruppen, der bäuerlichen Lehrlinge weiterpflegen. Aber wie gesagt, es ist auch unbedingt notwendig, daß man diesen Schülern, die da den bäuerlichen Beruf erwählt haben, die Aussicht gibt, auch leben zu können. In diesem Zusammenhang haben wir auch ein einheitliches Recht für alle Land- und Forstarbeiter in ganz Österreich verlangt, um damit den Schülern den Beweis zu erbringen, daß auch die gesamte Bevölkerung, der Staat sich um sie kümmert. Wir

haben eine ungeheure Not an Landarbeitern. Aber die landwirtschaftliche Fortbildungsschule allein wird nichts nützen, wenn wir nicht auch diesen Menschen die Möglichkeit eines Vorwärtskommens geben können. Wir stellen uns vor, daß wir diese Schüler zu festen, charaktervollen Menschen ausbilden, die auch politisch einwandfrei sind, daß wir auch allgemeine Fachkurse, auch Wanderlehrkurse in den Betrieben abhalten, so daß wir in der Landwirtschaft eine Arbeitergruppe heranbilden, die sich in die Reihe der übrigen Arbeiterschaft einreihen kann. Wir bitten Sie daher, den Antrag, der hier gestellt wurde, daß die Landesregierung aufgefordert wird, die Form einer Einrichtung zu studieren, der unbeschadet der Oberaufsicht des Landwirtschaftsministeriums (allenfalls in Form eines landwirtschaftlichen Fortbildungsschulrates) die Beaufsichtigung der landwirtschaftlichen Fachschulen obliegt, besonders auch hinsichtlich der pädagogischen Führung und der staatsbürgerlichen Erziehung, anzunehmen. Das wünschen wir und ich glaube, daß, wenn dem Rechnung getragen wird, wir gemeinsam den Weg finden, diese landwirtschaftlichen Schüler zu Staatsbürgern, zu brauchbaren Menschen, Demokraten und Republikanern zu erziehen. Ich bitte Sie daher, den landwirtschaftlichen Fortbildungsschulunterricht so zu führen, daß die Schüler in diesem Unterrichtszweig auch das mitbekommen können, was sie für die Zukunft in ihrem Leben brauchen. (Händeklatschen.)

**Abg. Kaplan:** Hohes Haus! Die landwirtschaftliche Schule wirkt jederzeit befruchtend, ja es war dort eigentlich der Ausgangspunkt für jeden landwirtschaftlichen Fortschritt. Insbesondere bei uns in Steiermark haben wir schon durch lange Jahre eine Reihe von guten landwirtschaftlichen Schulen, wie z. B. die Schule von St. Martin, welche schon vor 20 Jahren das 60jährige Jubiläum gefeiert hat, leider aber inzwischen in der Nazizeit aufgelöst und anderswohin verlegt wurde, außerdem noch viele andere Schulen, z. B. Grottenhof, Kirchberg a. W. u. dgl. Man ist ja bestrebt, noch weitere landwirtschaftliche Schulen im Lande zu errichten, wenn der Bedarf sich ergibt und Anmeldungen hiefür vorhanden sind. Es ist auch vorgesehen, in Feldbach auf Schloß Kornberg eine landwirtschaftliche Schule zu errichten und wir von diesem Gebiet sind dankbar dafür, weil es gerade das fruchtbarste Gebiet ist und auch dort eine solche Schule sehr dringend notwendig ist. Wir sind auch weiterhin dankbar den Bestrebungen der Landesregierung und der Kammer für Land- und Forstwirtschaft, da ja aus allen Teilen des Landes Ansuchen um Errichtung von Landwirtschaftsschulen vorliegen, daß diese Bestrebungen gefördert werden. Wir sind bestrebt, die Webschulen, die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen, Haushaltungsschulen weiter zu vermehren und auszugestalten. Nach dem ersten großen Krieg sind ja in großer Zahl landwirtschaftliche Fachschulen entstanden. Diese haben sich großartig entwickelt und waren und sind weiterhin für uns ein Vorbild. Sie müssen weiterhin ausgestaltet werden. Wer Gelegen-

heit hatte, das Wirken des Herrn Hofrates Steinberger kennen zu lernen, wie er so schön sprach vom Bauern und der Bäuerin, wie sie sein sollen, vom guten Verhältnis zu den Dienstboten, vom gemeinsamen Essen, vom gemeinsamen Tischgebet usw., wenn er so die Liebe zum Bauernstand lehrte und so die Landflucht eigentlich dämmen geholfen hatte, so haben wir große Hoffnungen, daß diese Schulen landfluchthemmend wirken werden. Wir bitten die Landesregierung und den Landtag, in dieser Beziehung die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen ganz besonders ausgestalten zu helfen, auch die landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen für Bauernmädchen, sie zu fördern, besonders mit Einrichtungen, z. B. Nähmaschinen u. dgl. mehr. Das gute Kochen, insbesondere das Kochen für das Bauernhaus, die Zubereitung des Gemüses, welche in manchen Gebieten vernachlässigt wird und anderes sind Dinge, die für die Bäuerinnen unerlässlich sind, ebenso Säuglingspflege, Nähen und Verarbeitung des Hausleins. Das Streben der Bauernschaft geht dahin, noch mehr Schulen im Lande zu errichten, welche möglichst gleichmäßig verteilt werden. Der Errichtung neuer landwirtschaftlicher Schulen steht der Lehrermangel entgegen. Dieser Zustand ist bedauerlich, wir wollen aber hoffen, daß ihm für das nächste Jahr abgeholfen werden kann und weitere Schulen errichtet werden können. Das Lehrziel muß in jeder Schule erreicht werden und da kann man nicht immer von Rentabilität sprechen. Kostspielige Versuche müssen angestellt werden, es sind Forschungsstätten und da kann man nicht immer solche Betriebe rentabel gestalten. Um auf die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen zurückzukommen, möchte ich sagen, daß gerade diese Schulen, dieser Typ der Schule jener ist, welcher für die breite Masse des Landvolks da sein soll. Die Fortbildungsschule kann bald jemand besuchen, wenn sie, wie früher vor dem Kriege, am ganzen Lande, in jeder Pfarre vertreten ist. Es hat keinen größeren Pfarrort gegeben, wo nicht eine landwirtschaftliche Schule vorhanden war und wir sind hinterher, diese Schulen in diesen Orten wieder zu errichten, sobald hiezu die vorgebildeten Volksschullehrer vorhanden sind. Ich möchte es besonders begrüßen, daß im Schloß Wellsdorf bei Fürstenfeld eine landwirtschaftliche Schule für Kriegsbeschädigte errichtet wird. Es gibt viele Schwerkriegsbeschädigte in der Landwirtschaft, die mit Rücksicht auf ihr fortgeschrittenes Alter und ihre Kenntnisse für andere Berufe schwer oder gar nicht mehr verwendbar sind. Es ist hier Gelegenheit geboten, diese Ärmsten der Armen auszubilden, die dann entsprechend in der menschlichen Gesellschaft mitarbeiten und mitwirken können. Im allgemeinen danken wir der Landesregierung und der Kammer für Land- und Forstwirtschaft, daß sie hinsichtlich der landwirtschaftlichen Schulen vorbildlich wirken und weiterhin bestrebt sind, diese auszubauen. (Beifall.)

**Landesrat Dr. Illig:** Hohes Haus! Abg. Bürgermeister Dr. Speck hat in seinen Ausführungen mit

Recht auch die Wichtigkeit der gewerblichen Fortbildungsschulen hervorgehoben. Wir teilen zwar nicht die Meinung, daß eine restlose und allgemeine Durchführung des Prinzips der Lehrwerkstätten eine ideale Lösung für die Heranbildung des gewerblichen Nachwuchses ist, weil wir die handwerkliche Meisterlehre für durchaus geeignet halten in Zusammenarbeit mit den gewerblichen Fachschulen das gewünschte Ziel zu erreichen, aber gleichwohl messen wir natürlich der Heranbildung eines tüchtigen gewerblichen Nachwuchses die größte Bedeutung bei. Wir sind der Auffassung, daß der Schwerpunkt darauf zu legen wäre, den noch bestehenden Typ der allgemeinen gewerblichen Schule in den Typ der gewerblichen Fachschulen umzugestalten. Diese Entwicklung macht ja erfreulicherweise gute Fortschritte und wir hoffen, daß es mit der Zeit gelingen wird, diesen Typ der allgemeingewerblichen Schulen, der sich nicht bewährt hat, zur Gänze durch gewerbliche Fachschulen zu ersetzen. Notwendig erscheint uns auch und deshalb haben wir auch im Finanzausschuß einen Resolutionsantrag gestellt, daß ehestens wieder ein gewerblicher Fortbildungsschulrat ins Leben gerufen wird, in dem nicht nur Vertreter der Lehrerschaft sondern auch Vertreter der gewerblichen Wirtschaft und der Kammer entsprechenden Einfluß haben.

Ich möchte die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses bei Behandlung dieses Einzelplanes 2 auch auf den Umstand lenken, daß wir im Budget zum ersten Male eine Post von 10.000 S für die Förderung einer Hotel- und Gastgewerbeschule in Steiermark erblicken können, eine vollkommene Neueinrichtung, die es bisher in der Steiermark nicht gegeben hat. Es wird beim Kapitel Fremdenverkehrsförderung noch Gelegenheit sein, auf die Wichtigkeit dieses Zweiges der Wirtschaftsförderung entsprechend hinzuweisen, aber schon hier will ich die Aufmerksamkeit des Hauses auf diese Neueinrichtung lenken. Wir haben das große Pichlmaiergut im oberen Ennstal als Nazi-vermögen unter öffentliche Verwaltung gestellt und haben dem öffentlichen Verwalter von Seite der Landesregierung die Aufgabe auferlegt, dieses Pichlmaiergut samt dem dortigen Gastgewerbe- und Hotelbetrieb der Wirtschaftsgruppe Gast- und Berberbergungsgewerbe auf die gesetzlich zulässige Höchstdauer zu verpachten, mit anderen Worten, die Aufgabe, für diese Wirtschaftsgruppe eine Hotel- und Gastgewerbefachschule einzurichten. Die Vorbereitungen sind bereits getroffen und soweit gedenken, daß am 1. September dieses Jahres diese neu errichtete Fachschule ihre Pforten für die Schüler öffnet. Der Andrang ist ein außerordentlicher, es war nicht möglich, auch nur die Hälfte der ansuchenden Bewerber in den ersten Jahreskurs aufzunehmen. Es sollen dort alle Kategorien von Personal des Hotel- und Gastgewerbes, wie Kellner, Stubenmädchen, Küchenchef, Hotelpartier, Hoteldirektor, es soll ein wirklich vorbildliches Personal, das späterhin auch internationalen Ansprüchen genügen kann, herangezogen werden. Es ist gedacht, die gastgewerbliche Fachschule in Verbindung mit

einem Schulhotel zu führen. In einem Teil werden die jungen Leute ausgebildet, wo sie dann in dem in Betrieb befindlichen Schulhotel und Gasthof Gelegenheit haben, ihre Kenntnisse praktisch unter Beweis zu stellen. Ich hoffe, daß sie so gut ausgebildet sein werden, daß die dort absteigenden Gäste sich keineswegs als Versuchskaninchen für diese Schüler fühlen müssen. Jedenfalls legen wir dieser Heranbildung des gewerblichen Nachwuchses größte Bedeutung bei und wenn sie vielleicht nicht ganz mit meinem früher aufgestellten Programm einverstanden sind, daß wir die Meisterlehre nach wie vor am geeignetsten halten, den Hauptteil der Heranbildung eines guten gewerblichen Nachwuchses zu vollziehen, so möchte ich mich vor allem darauf berufen, daß bei Ausbildung des Meisters selbst, wenn er die Meisterprüfung macht, ein sehr strenger Maßstab angelegt wird, der mit der früheren Methode in dieser Hinsicht nicht mehr zu vergleichen ist. Wenn ein Handwerker heute die Meisterprüfung besteht, muß er wirklich etwas können, die Anforderungen sind außerordentlich hoch, nicht nur in praktischer sondern auch in theoretischer Beziehung. Ich habe mich selbst der entsprechenden Ausgestaltung der Meisterprüfung besonders gewidmet und war selbst wiederholt Zeuge, wie Diplomingenieure bei der Meisterprüfung durchgefallen sind. (Rufe: Hört, hört!) Eine so hohe Anforderung wurde z. B. im Mechanikergewerbe, im Elektromechanikergewerbe, im Kraftfahrzeugmechanikergewerbe an die Prüflinge gestellt und ich glaube, es ist richtig, daß wir so hohe Anforderungen stellen, denn wenn man mit Recht vom Arzt verlangen muß, daß er wirklich auf der Universität und der Klinik so ausgebildet wird, daß kein Pfuscher auf die Menschheit losgelassen wird, müssen wir z. B. auch einen Radiomechaniker und einen Uhrmacher genau ausbilden, weil ihm das Publikum sonst ebenfalls schutzlos preisgegeben ist. Der Laie, der einen wertvollen Radioapparat zum Mechaniker trägt, ist der Tüchtigkeit oder Untüchtigkeit dieses Mannes ausgeliefert und wenn nicht wirklich ein erstklassiger Fachman am Werke ist, kann er mit seiner Reparatur mehr Schaden anrichten, als einen beabsichtigten Erfolg erzielen.

Ich danke auch dem Hohen Hause, daß es in so aufgeschlossener Weise für diese neue Hotelfachschule diese Anfangssubvention bewilligt hat. Sie wird, wie ich hier dem Herrn Finanzreferenten zu seiner Freude mitteilen kann, nur im ersten Jahr notwendig sein, denn diese wird sich schon in den folgenden Jahren selbst erhalten können. (Beifall.)

**Präsident:** Wünscht noch jemand das Wort? Es ist dies nicht der Fall. Es liegt ein Resolutionsantrag der Abg. Holik, Hofmann, Lackner, Doktor Speck, Wurm und Matzner vor. Ich frage den Berichterstatter, ob er diesen Antrag auf Errichtung eines Lehrlingsheimes in seinen Antrag aufnimmt? (Der Berichterstatter bejaht.) Der Antrag wird aufgenommen.

Ich bringe somit den Antrag des Berichterstatters, die Voranschlagsziffern zum ordentlichen und außer-

ordentlichen Haushaltsplan sowie die zum Einzelplan 2 in der Beilage Nr. 10 enthaltenen Beschlußanträge und den Resolutionsantrag der Abg. Doktor Speck und Genossen zu genehmigen, zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die dafür sind, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nun zur Behandlung des Einzelplanes 3, Berichterstatter ist Abg. Smolana, ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Smolana:** Hohes Haus! Der Finanzausschuß hat mich beauftragt, Ihnen das Zahlenwerk des Einzelplanes 3 vorzutragen mit allen Abänderungsanträgen. Wenn Sie hiemit den Einzelplan 3 zum Gegenstand der Durchsicht machen, stellen Sie fest, daß es sich hier um allgemeine Kulturverwaltung, Wissenschaftspflege, Kunstpflege, Volksbildung und Heimatpflege handelt. Der Voranschlag für das Jahr 1946 sieht vor an Einnahmen 636.800 S., während die Ausgaben in der gleichen Zeit 1.446.500 S. betragen. Somit haben wir zu rechnen, daß wir einen Zuschuß zum Einzelplan 3 brauchen in der Höhe von 809.700 S. Der Finanzausschuß hat eine Reihe von Anträgen in seiner Sitzung vom 24. April 1946 zum Einzelplan 3 gestellt, und zwar handelt es sich zunächst um den Antrag zu 310: „Die Landesregierung wird ersucht, den Personalstand aller Anstalten, Ämter und Betriebe zu überprüfen, um dort, wo es ohne Schädigung der Aufgabenerfüllung möglich ist, Einsparungen vorzunehmen.“ Als zweiter Antrag zu 32: „Die Landesregierung wird ersucht, von den für den Ankauf von Kunstwerken und Förderung steirischer Künstler und Kunsthandwerker im Landesvoranschlag vorgesehenen Mitteln einen Betrag von 2000 S dem steirischen Kunstgewerbeverein zu bewilligen. Als letzter Antrag zu 320 des Einzelplanes 3: „Die Landesregierung wird ersucht, für das Steirische Landestheater einen fünfgliedrigen Theaterausschuß zu bilden, in dem auch die Gemeinden außer Graz Vertretung finden. Überdies soll eine entsprechende Zusammenarbeit des Steirischen Landestheaters mit den städtischen Bühnen angestrebt werden.“ Ich bitte das Hohe Haus um Annahme dieses Zahlenwerkes zum Voranschlag wie auch der gestellten Beschlußanträge.

**Präsident:** Ich eröffne zum Einzelplan 3 die Debatte. Zum Wort gemeldet hat sich Abg. Landeshauptmannstellvertreter Ing. Udier. Ich erteile ihm das Wort.

**Landeshauptmannstellvertreter Ing. Udier:** Hoher Landtag! Unbestritten wurde von allen offiziellen Kreisen bisher immer festgestellt, daß der geistige Schutt, den uns die vergangene Zeit hinterlassen hat, zumindest ebenso schwer und ebenso groß ist und ebenso umfangreich abzuschätzen als der materielle Schaden, der, wie Sie alle wissen, in die Milliarden geht. Es ist deshalb sicher Aufgabe eines Kulturreferates, hier nach den Rechten zu sehen, um diese Aufräumungsarbeiten, sollen sie auch Erfolg haben, in die richtigen Wege zu leiten und zu trachten,

soviel als möglich — wenn es auch nicht möglich ist, restlos alles wegzuräumen — zu beseitigen, damit wir auf diesem Gebiet wieder einem idealeren Zustand zustreben. In diesem Zusammenhang mögen die Ziffern, die Sie eben gehört haben, und mögen die Beträge, die für diese Kapitel ausgeworfen werden, wohl nicht allzu hoch sein, da der Aufwand von 1.400.000 S., von denen 600.000 S noch abgedeckt werden, zum Gesamtbudget im Ausmaß von 48.000.000 S nicht allzu groß ist. Dies ist aber nur die rein kaufmännische Seite. Kultur ist aber keine kaufmännische Angelegenheit, sondern ist ein immaterieller Posten, der positiv oder negativ gewertet werden muß, je nachdem, ob er sich zum Segen des Volkes oder zu einem Nachteil für Volk und Bevölkerung auswirkt. Ein Land wird auch nach seiner Kultur gewertet und gerade wir-Österreicher wurden mehr nach unseren kulturellen Leistungen eingeschätzt und bewertet, als wir in der Lage waren, nach unseren materiellen und wirtschaftlichen Gütern eingeschätzt und gewertet zu werden. Diese Bewertung bringt, wenn wir sie in unser Wirtschaftsleben richtig einzubauen verstehen, auch jeweils einen Wertzuwachs, speziell dann, wenn wir vielleicht die kulturellen Leistungen im richtigen Ausmaß mit dem Fremdenverkehr, der vielleicht in der Zukunft eine ausschlaggebende Rolle spielen wird, in unserer Wirtschaftsbilanz zusammenbringen. So werden wir unter diesen Gesichtspunkten die Kulturarbeit, die nun nach einer siebenjährigen „Ausrichtung“ wieder nach demokratischen, freiheitlichen und gleichberechtigten Grundsätzen geleistet werden kann und geleistet werden muß, fortsetzen, wollen aber doch nicht übersehen, daß wir nicht ziel- und planlos auch auf diesem Gebiet arbeiten dürfen, sondern uns ein gewisses Programm vorzusetzen haben. Der materielle Aufbau erfordert Zeit und Geld, aber auch der kulturelle Wiederaufbau wird eine bestimmte Zeit in Anspruch nehmen, bis sich alle die Wunden schließen und bis dahin werden wir wohl auch auf diesem Gebiet manches zuzusetzen haben. Diese Erwägungen waren es auch, die uns leiteten, als wir uns entschlossen haben, das Steirische Landestheater nicht nur bestehen zu lassen, sondern es auch etwas auszubauen. Die anfänglichen Schwierigkeiten konnten dabei überwunden werden und die Arbeit ist mit Erfolg gekrönt. Wollen wir alles das, was wir in der Presse lesen, nicht als leere Phrase nur hinnehmen, sondern als Urteil derjenigen, die sich berufen fühlen, darüber, was dem Volke geboten wird, ein Urteil abzugeben. Wenn ich hier gerade die Presse der Seite anführe, die vielleicht am ehesten gegen das Steirische Landestheater Sturm gelaufen ist, so mag es für die Objektivität des Urteils über die Leistung gerade auch bezeichnend sein. Es hat die „Wahrheit“ über den Einakterabend des Steirischen Landestheaters geschrieben, daß dieses Theater seine Aufgabe in einer durchaus sauberen und auf die Feinheiten der Dichtung besonders Bedacht nehmenden Aufführung als einziges Institut erfüllt

und so den Gedenktagen unserer eigenen Dichter Rechnung trägt. Ich glaube, es ist damit unterstrichen, daß sich das Landestheater eine gewisse Mühe gegeben hat, hier Mängel, die bislang vorhanden waren, auszugleichen. Auch die „Neue Zeit“ hat sich bei der Besprechung des letzten Schauspiels des Amerikaners Sutton Vane „Die Überfahrt“ sehr löblich über das Steirische Landestheater ausgesprochen und verfehlte nicht, im ersten Absatz zu schreiben: „Das Steirische Landestheater ist unter seiner neuen Leitung auf dem besten Wege, das Kammerspieltheater von Graz zu werden.“ Diesem Urteil schließt sich auch das „Steirerblatt“ an. Es hat im übrigen zur Besprechung des Stückes „Überfahrt“ in der „Wahrheit“ gestanden, daß das Hauptverdienst des Landestheaters darin zu sehen sei, daß es dem Publikum ein Stück bringt, das über das Dichterische hinaus Einblick gibt in das geistige Schaffen eines anderen großen Volkes.

Wenn Sie solche Kritiken über das Theater lesen, dann scheint es wohl auf der anderen Seite nicht ganz angebracht, wenn im Finanzausschuß ein Antrag eingebracht wird, nach Tunlichkeit die Subvention zu streichen und zugleich auf der anderen Seite ein Antrag eingebracht wird, auch den städtischen Bühnen eine Subvention zuzubilligen. Erfreulich ist die Tatsache, daß das Landestheater durch seine Programmgestaltung alle Kreise anspricht und somit nicht nur ein volkserzieherisches, sondern auch ein volksverbindendes Institut geworden ist. Ich möchte hier nur noch zum Ausdruck bringen, daß es durchaus nicht Hauptaufgabe des Theaters ist, ich habe das oft genug betont, ein ausgesprochenes Konkurrenzunternehmen zu den städtischen Bühnen und städtischen Theatern zu werden. Seine Aufgabe wird nach wie vor auch die sein, die Tätigkeit auf die Provinz zu erstrecken und dorthin gutes Theater zu bringen, wo sich heute noch Filmschauspieler von Namen und Rang bemühen, durch Erwerbung einer Lizenz eine Auftrittsmöglichkeit zu bekommen, was später bestimmt wegfallen wird. Wenn das Landestheater aber trotzdem als konkurrenzfähig dem Stadttheater gegenüber speziell auf dem Gebiete des Schauspielwesens — und hier kommt nur das in Frage — angesehen werden kann, ist es meiner Meinung nach Verdienst einer Leitung, eine hervorragend künstlerische Fachkraft in der Person des Direktors Adolphi gefunden zu haben, dem es vor allem zu danken ist, daß das Theater in den letzten Monaten auch auf dem Gebiete der künstlerischen Gestaltung des Programmes vorwärtsgekommen ist. Aber von diesem rein künstlerischen und kulturellen Standpunkt aus ist es vielleicht zu bedauern, daß es bisher dem Opernhaus nicht ganz geglückt ist, den Mann an den Platz zu stellen, der an diesen Platz gehören würde. Es ist dabei zu bedenken, daß die Bedeutung und Wirkung der städtischen Bühnen durch ihren Umfang als Opern-, Operetten- und Schauspielbühne viel größer ist und die Verantwortung auch eine viel größere ist wegen der Mühe, der man sich unterziehen muß, auch die künstleri-

schen Kräfte zu finden und zu engagieren. Die Qualität verbürgt, daß man auf der anderen Seite nicht immer nur am Landestheater die Konkurrenz sieht und glaubt, es sei die Tendenz vorhanden, die städtischen Bühnen auf diese Art irgendwie zu konkurrenzieren. Man denkt im allgemeinen zu sehr politisch auf diesem Gebiete. Ich glaube, wir müssen uns hüten, in der jetzigen Zeit im Kunstleben allgemein einer gewissen Mittelmäßigkeit Platz zu machen auf Kosten künstlerischer Qualität nur deshalb, weil der oder jener der wirklich großen Künstler vielleicht auch ein wenig dort- oder dahin geschickt hat, wohin er nach unserer Auffassung nicht hätte schielen sollen, um als charakterlich fest dazustehen, wohin er aber auch gefallen ist wie so viele andere. Wollen wir nun den Fall des Landestheaters stehen lassen.

Ich möchte nur ganz kurz eingehen auf einige Dinge, die im Finanzausschuß besprochen wurden, und zwar, daß auf das Land hinaus für das Volk soviel Kitsch kommt. Jawohl, Hoher Landtag, das ist eine Tatsache und ich verzeichne sie selbst nur mit großem Bedauern. Soweit ich in der Lage bin, will ich alles langsam aber sicher vorbereiten, daß das, was in diesen Jahren eingerissen ist, langsam wieder abebben wird, in die Bahn gelenkt werden kann, in die es gelenkt werden muß, wollen wir nicht einem Kulturverfall sondern einen Aufstieg zustreben. Es ist unsinnig, was man alles dem Volk auf dem Lande schickt von allen möglichen Organisationen und der Wert des Gebotenen liegt leider vielfach unter dem Mittelmaße dessen, was geboten werden sollte. Man geht auch hier viel zu sehr vom rein kaufmännischen Standpunkt aus und sagt, ja wenn man dem Volk etwas Wertvolles bringen will, dann geht niemand hinein. Die Tatsachen beweisen dies ja leider. Es war erst am Samstag ein Violinabend in Eisenerz, der vor leeren Sesselreihen stattgefunden hat. Man kann aber nicht Kulturarbeit in der heutigen Zeit nur in der Art leisten — dies ist, bitte, meine Auffassung —, daß man plakatiert und wartet bis die Kunden kommen und dafür Preise verlangt, die der breiten Masse zu hoch sind, vor allem wenn die Kunst zu hoch ist, die geboten wird. Hier muß man mit Aufklärung und richtiger Werbung vorgehen und sich das Publikum auch erziehen. Dies ist Aufgabe einer langen Zeit und es wird, wie ich schon vorhin erwähnt habe, eine längere Zeit dauern bis wir den Kulturschutz beseitigt haben, aber Aufgabe aller derjenigen, die sich überhaupt mit Kulturarbeit befassen, sollte es auch sein, selbst alles dazu beizutragen, keinen Schund herauszubringen. Das muß ich in erster Linie den Institutionen überlassen, die sich damit befassen, in das Volk hinauszugehen und hier kann unsere Wirkung und unsere Arbeit nur dahin gehen, daß wir Schritt für Schritt säuberlich zu reinigen beginnen und alles ausscheiden, was nicht berufen sein kann, dem Volke kulturelles Gut zu vermitteln. Ich möchte damit meine kurzen Ausführungen zum Kapitel Kultur im wesentlichen abge-

geschlossen haben und will später noch zu einem speziellen Punkt das Wort erbitten. (Beifall.)

Abg. **Dr. Speck**: Sehr verehrte Frauen und Herren! Ich möchte zu zwei Punkten ein paar Worte sagen. Zunächst zu demselben Kapitel, das der Herr Landeshauptmannstellvertreter besprochen hat, nämlich zu der Frage der Grazer Theater, oder wenn wir wollen, des Steirischen Landestheaters. Zunächst glaube ich, ist ein Mißverständnis richtig zu stellen. Er hat erwähnt, daß im Finanzausschuß der Antrag auf Streichung eines Betrages für das Landestheater gestellt worden sei, mir ist das nicht erinnerlich. Ich glaube, es ist auch diese Post einstimmig angenommen worden. (Abg. Ing. Udi er: Sie ist vom Abg. F i s c h e r abgelehnt worden.) Das weiß ich nicht. — Ich glaube, daß diese Bühne voll berechtigt ist als Landestheater und das sie ihre ursprüngliche Zielsetzung in absehbarer Zeit wieder aufnehmen wird. Natürlich ist es eine Bühne, die dazu da ist, um diejenigen Städte und Märkte in Steiermark, die nicht in der Lage sind, selbst eine Bühne zu erhalten, mit wirklich guter Theaterkunst zu versehen, um jene, zweideutigen und üblen Unternehmungen das Wasser abzugraben, die sich da und dort breit machen und die um sehr hohe Eintrittspreise sehr minderwertiges bieten. Das Landestheater bringt ja Schauspielkunst und wenn auch das Niveau eine Zeitlang recht gering war, so ist es jetzt erheblich höher geworden und der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat Recht, daß er dies auf die Tätigkeit des neuen Leiters, des Herrn Dr. A d o l f i zurückführt, welcher sicherlich, wenn es ihm noch gelingt, ein neues Ensemble zusammenzustellen, die Bühne auf ein hohes Niveau bringen wird. Trotzdem sind wir der Meinung, daß diese Bühne, die früher außerhalb Graz gespielt hat und seit 1945 nur in Graz spielt, daß sie da fehl am Orte ist, weil sie überflüssig und es unökonomisch ist. Die städtische Bühne hat zwei Häuser gehabt. Das Schauspielhaus ist jetzt von den Engländern besetzt, die Folge davon ist, daß im Opernhaus drei Kunstgattungen gepflegt werden, zwei musikalische, die das bodenständige sind, und das Schauspiel, das natürlich in einem wesentlich größeren Fachumfang von den städtischen Bühnen gepflegt werden kann als von der Landesbühne, denn dort können auch klassische Werke usw. gespielt werden, die in der Landesbühne wegen des kleinen Ensembles und der geringen Ausstattungsmöglichkeit nicht gegeben werden könnten. Aber das Ensemble der städtischen Bühnen für das Schauspielhaus muß so groß sein. Wenn wir nun denken, daß daneben in der Woche ja drei oder vier Opern- oder Operettenaufführungen stattfinden, so ist dieses Ensemble weitaus nicht ausgenützt und könnte ohne weiteres an einer zweiten Stelle Schauspiele spielen. Es könnte also die Rolle übernehmen, die jetzt mit eigener Bezahlung das Ensemble der Landesbühne inne hat. Das ist also klar unökonomisch und kommt daher, daß dieses Ensemble der Landesbühne nicht dort spielt, wo es erforderlich ist, sondern in Graz, wo es nicht notwendig ist. Ich glaube daß es nicht richtig wäre,

diese Bühne ganz von Graz zu lösen, sie könnte z. B. ein- oder zweimal in der Woche auch hier spielen, um das Niveau durch den Vergleich zu halten und sich der Kunstkritik in Graz zu stellen, wo das Niveau ein anderes ist als z. B. in Liezen oder Knittelfeld. Aber es ist ganz klar — da genau so zwischen Graz und Wien ein Unterschied besteht — daß das Niveau in gewisser Beziehung mit der Größe der Stadt zusammenhängt. Freilich jetzt macht das nichts, die Vorstellungen sind alle gut besucht, sie sind voll, weil alles voll ist, was dem Vergnügen dient. Von dieser Konjunktur profitiert auch die Landesbühne. Es ist nur die Frage, wie lange diese Konjunktur andauern wird, eine Frage, die wir jetzt nicht beantworten können, da ja hier sehr rasche Wandlungen denkbar wären. Ich möchte aber noch eines sagen. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat vor einer Art Konkurrenzfeindschaft gewarnt zwischen den zwei bestehenden Bühnen. Ich bin der Meinung, dazu sei kein Anlaß, wenn man auch bei einem Blick in die Zukunft zu der Erkenntnis kommen könnte, daß, wenn die städtischen Bühnen ihre zweite Spielstätte auch noch eröffnen werden, kein Platz für zwei Schauspielbühnen sein wird. Die städtischen Bühnen müssen das tun, sie können nicht Ensembles halten, ohne sie richtig auszunützen. Wir werden ja die künftige Entwicklung sehen. Nun hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter darauf verwiesen, daß bei den städtischen Bühnen leider noch immer nicht die richtige Leitung gefunden ist. Er deckt sich da mit einer Meinung, die in einer Grazer Zeitung ausgesprochen ist. Es ist aber bekannt, daß diese Stelle bereits ausgeschrieben ist und daß sich bis jetzt 44 Bewerber, unter denen Namen mit Klang und Ansehen sich befinden beworben haben, daß aber die Auswahl zu treffen nicht leicht ist. Ich glaube, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter dann Gelegenheit haben wird, uns seinen Rat zur Verfügung zu stellen und mitzuhelfen, daß wirklich der Richtige ausgewählt wird.

Diese vielfältigen wichtigen kulturellen Aufgaben sind anerkannt worden vom Finanzausschuß, so daß eine Subvention für die städtischen Bühnen eingesetzt worden ist. Ich hoffe nur, daß ein Mann gefunden wird, der die Eignung für diese Aufgabe hat. Schließlich und endlich wird die Hauptbühne für Graz immer das sein, was wir jetzt städtische Bühnen nennen. Meiner Meinung nach ist eine Zusammenarbeit möglich. Nach dem Resolutionsbeschluß, der vom Finanzausschuß vorgeschlagen worden ist, ist diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen. Landeshauptmannstellvertreter Udi er weiß, daß ich das meinerseits mit Ernst verfolgt und diesen Vorschlag gemacht habe, für heuer zu einer Zusammenarbeit zu kommen. Vielleicht war es etwas verfrüht, es ist zu keiner Gegenliebe gekommen. Ich würde glauben, daß eine solche gemeinsame Arbeit zwischen beiden Bühnen nicht nur für Graz und beide beteiligten Bühnen von Nutzen wäre, sondern auch für die übrigen Orte in Steiermark. Dann müßte dieses Überspielen der Orte mit guter

Theaterkunst sich nicht nur auf das Schauspiel dieses Landestheaters beschränken, sondern es könnten abwechselnd auch musikalische Aufführungen, Konzerte, Spielopern hinausgebracht werden. Eine solche gemeinsame Arbeit würde sich zum Wohle und zum Nutzen der ganzen Theaterkultur in Steiermark auswirken.

Nun möchte ich zum zweiten Punkt ein paar Worte sagen, zunächst ausgehend von der hier eingesetzten Summe „Beihilfen an Hochschüler“. Diese Summe ist auch von 10.000 S auf 50.000 S im Ausschusse erhöht worden und dieser Antrag liegt also dem Plenum des Hauses zur Entscheidung vor. Ich glaube, daß es berechtigt ist, eine solche Summe einzusetzen, weil unser aller Bestreben sein muß, daß das Studium an der Hochschule nicht ein Vorrecht sozial und wirtschaftlich gutgestellter Menschen wird. Den Begabten soll durch die Fördermittel der Weg zur Hochschule ermöglicht werden, gleichgültig, aus welchen sozialen Schichten er stammt. Daher diese Stipendienfürsorge. Ich glaube, daß sich hier kein Widerstand ergibt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich nicht außer acht lassen, daß die Hochschulen gegenwärtig überhaupt ein ernstes Problem für uns in Österreich darstellen. Die Hochschulen haben in der politischen Entwicklung der letzten Jahre eine üble Rolle gespielt, denn die Vorbereitung und geistige Führung des Nationalsozialismus ist von den Hochschulen ausgegangen, und zwar von den Hörern und Dozenten in fast gleicher Weise. Daher ist die Säuberung der Hochschule eine Forderung, die über Leben und Sterben der Hochschule in Österreich entscheidet, Säuberung bei den Lehrern als auch bei den Hörern, sonst droht uns von dorthin neue Gefahr. Wenn man von Säuberung redet, so wissen wir aus Erfahrung, daß sich diese beim Beamtenkörper dadurch auswirkt, daß eben weniger Beamte dasitzen, schwerer ist es jedoch, Ersatz für die Lehrkräfte der Hochschulen zu finden. An der Hochschule scheint die Säuberung auf Seite der Hörer nicht das gleiche Ergebnis gehabt zu haben. Im Jahre 1937 waren in Steiermark auf den Hochschulen in Graz und Leoben insgesamt 2700 Hörer, heute auf der Universität Graz allein 6700. Wenn mir noch jemand sagen wollte, daß das gesund sei, so hat er keinen Einblick in das, was vor sich geht. Die Zahlen steigen noch. Die Stelle des städtischen Wohnungsamtes, die über den Zuzug zu entscheiden hat, weiß, daß jede Woche 40 oder 50 solcher Hochschüler nach Graz zuziehen, obwohl das Semester schon begonnen haben sollte. Wir wissen, daß es gewiß ehrliche Ursachen gibt für diese Häufung, vor allem das Zusammenfallen von mehreren Jahrgängen, die durch den Krieg zurückgehalten worden sind und jetzt als Heimkehrer an die Hochschule kommen, eine zweite Tatsache, daß sehr viel aus Oberösterreich und Salzburg nach Graz kommen, die früher nicht hier studiert haben, sondern in Wien und Innsbruck. Daß sie nach Wien nicht gehen können, kann ich mir vorstellen, sie glauben, hier ein ruhigeres und angenehmeres Leben zu haben, ob

auch bessere Verpflegung, weiß ich nicht, bei Innsbruck sind die Ursachen weniger klar, warum hier eine gewisse Abneigung besteht. Wenn das die zwei Quellen sind, aus denen sich diese Überzahl von Hochschülern zum großen Teil als berechtigt erklärt, so muß ich doch sagen, daß es sehr viele unter diesen gibt, die nur deshalb hier sind, weil sie in der Wirtschaft, in der Industrie und sonst keine Stelle finden, weil sie, die Maturanten von Mittelschulen, nicht konkurrieren können als Stellenwerber oder weil die Betriebe nicht in der Lage sind, sie entsprechend aufzunehmen. Es gibt auch unter ihnen solche, die gegenwärtig keine Arbeitsstelle suchen und sich nur an die Hochschule begeben, um Zuflucht gegen die Anforderungen des Arbeitsamtes zu finden.

Das ist eines der üblen Dinge, die wir beobachten müssen. Ich möchte ausdrücklich sagen, daß selbstverständlich die Stadt Graz — ich kann da als Bürgermeister sprechen — Interesse hat, daß wir Hochschulen hier haben. Der Herr Bundeskanzler hat vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß an den Hochschulen die Säuberung vom nazistischen Geist noch nicht ganz durchgeführt sei und die Regierung nicht davor zurückschrecken würde, unter Umständen die Hochschulen zu sperren, wenn es mit der Säuberung nicht richtig vorangeht. Diese Äußerung hat Beunruhigung auch in den Hochschulkreisen von Graz hervorgerufen. Ich müßte mich als Bürgermeister von Graz dagegen wenden, daß das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird und die Hochschulen nur deshalb gesperrt werden, weil die Reinigung nicht ordentlich durchgeführt ist, weil eine Überfüllung mit Elementen herrscht, die nicht hereingehören. Die Hochschule sperren ist leicht, die Hochschule aber wieder zu öffnen, wenn sie durch einige Zeit geschlossen war, nicht mehr so leicht. Näheres zu begründen, ist überflüssig. Aber es muß eben in Graz dafür gesorgt werden, daß diese ungesunde Überfüllung der Hochschule endlich verschwindet. Ein nicht unerheblicher Prozentsatz der Hochschüler sind Ausländer. An der Universität und Technik sind 1600 Ausländer inskribiert, eine Ziffer, die bedeutungsvoll ist und fast ebenso groß ist wie die Hörerzahl der Grazer Universität früher im ganzen war. Diese Ausländer sind fast durchwegs Faschisten, die sich im eigenen Lande nicht mehr blicken lassen dürfen, weil sie sich dort als Gegenrevolutionäre in Gefahr setzen. Diese Ausländer sind auch für uns sehr unerbetene und unerwünschte Gäste, sie nehmen nicht nur unseren eigenen Studenten die Plätze weg, sondern sind auch eine politische Gefahr für Österreich, das liegt auf der Hand. Sie tragen in Graz auch dazu bei, daß die Wohnungsnot außerordentlich angewachsen ist. Insgesamt sind ungefähr 2500 Zimmer von Studenten besetzt. Sie können sich denken, wie viele bombengeschädigte Familien notdürftig, aber anständig untergebracht werden könnten, die in Graz in Löchern oder Dachkammern oder noch schlimmer hausen.

Schließlich muß man auf die große Gefahr der

Überzahl von Studierenden und künftigen Akademikern verweisen. Wir züchten hier wirklich sehenden Auges, denn wir wissen ja was das bedeutet, wir züchten wieder ein Bildungsproletariat heran. Dann wird es vielleicht Hunderte oder gar Tausende geben, die kein Unterkommen in ihren Berufen finden, für die sie ausgebildet worden sind, die Desperados sein müssen und den besten Nährboden für künftige faschistische Ideologien bilden werden, den man sich nur denken kann. Wir haben das alles erlebt und daher müssen wir an jeder Stelle, an der wir gehört werden können, davor warnen. Daß ohnedies noch viele Nationalsozialisten an der Universität und Technik studieren, ist ja bekannt. Ein Mittel vielleicht, um wenigstens denen, die es mit dem Studieren nicht gar zu ernst nehmen, die Lust dazu zu nehmen, zugleich auch eine Einrichtung, die wichtig und wertvoll ist, das wäre der Einsatz dieser Studenten. Ich weiß nicht, ob ich mich da nicht mit dem Herrn Landeschulinspektor in einem gewissen Widerspruch befinde. Bekanntlich gibt es in Graz Aufbauarbeiten wie die Beschaffung von Wohnhäusern und Wohnräumen. Es ist dies die allerwichtigste Aufgabe. Wir haben in der Bauwirtschaft genug Facharbeiter, es fehlen aber ungefähr 1500 oder 2000 Hilfsarbeiter und diese zu beschaffen, war das Arbeitsamt bis jetzt nicht imstande. Wir haben auch schon versucht die allerorts herumlungierenden Nichtsteuer ordentlich zu erfassen, es ist dies aber offenbar nicht möglich, jedenfalls hat es bisher zu keinem Erfolg geführt. Nun ist vor einiger Zeit der Plan aufgetaucht, die Hochschüler zu einem zuerst sechsmonatigen, jetzt viermonatigen Arbeitseinsatz in der Bauwirtschaft zu verpflichten und die Frauen in der Landwirtschaft. 1500 solcher Studenten sollen zur Verfügung gestellt werden, 32 sind bis zum Beginn der vorigen Woche wirklich gekommen. Die Aktion soll noch weiter gehen. Man glaubt bis Anfang Juni auf 250 zu kommen, statt auf 1500 bei 6700 Studierenden, wobei unter 6700 Studierenden sich gewiß ein paar hundert befinden, die körperlich nicht dazu geeignet sind, aber 1000 müßten doch da sein, die zweifellos dazu in der Lage wären. Es ist sehr bedauerlich, daß man diese Aktion nicht durchführen kann. Ich bin nicht in der Lage, deutlich oder mit Sicherheit zu sagen, woran das scheitert, ob wirklich nicht genug gesetzliche Grundlagen gefunden werden, um diese Aktion durchzuführen, obwohl meiner Meinung nach ein wirklicher Beschluß der Universitätsverwaltung in Verbindung mit dem Unterrichtsministerium genügen würde, daß jeder, der inskribieren will, diesen Arbeitseinsatz zu leisten hätte. Moralisch wäre dieser Arbeitseinsatz berechtigt, und zwar soll er nicht bloß auf Nationalsozialisten beschränkt werden, man kann die Nationalsozialisten ja zu einem längeren Arbeitseinsatz heranziehen, ich bin aber der Meinung, daß jeder junge Österreicher, der Akademiker werden will, einmal diesen Arbeitseinsatz in einem manuellen Beruf leisten soll, insbesondere in einer Zeit, wo wir das in höchster Not zur Hilfe von Tausenden dringend und notwendig brauchen würden. Meiner

Meinung nach sollten alle Behörden durchgreifen, um das zu erreichen. Wenn wir das bloß den Universitätsbehörden oder den verwaltenden Stellen der Studentenschaft überlassen, dann wird das herauskommen wie jetzt, nämlich 32 statt 1500. Auch wenn es 250 werden sollten, ist diese Ziffer noch immer viel zu gering. Ich weiß nicht, ob dieser Hinweis mich nicht schon in den Ruf eines Feindes der Universität bringen wird. Ich müßte ihn auch ertragen, denn ich bin der Meinung, daß man sich von Anschauungen frei machen muß, die ohnedies schädlich wären, weil sie nur die Kluft, die seit dem 16. Jahrhundert, seit dem Humanismus, zwischen den sogenannten Gebildeten und dem übrigen Volk besteht, wie sonst nirgends in der Welt weiter aufrecht erhalten, während es eine Lebensfrage des Volkes ist, daß diese Kluft überbrückt wird und die verschiedensten Schichten des Volkes vertrauensvoll zueinander finden. Der Akademiker soll endlich auch zu den arbeitenden Schichten des Volkes finden und es wäre die beste Voraussetzung dafür, wenn auch der junge Akademiker vor Beginn oder in der ersten Zeit seines Studiums auch als Arbeiter neben dem anderen am Bau steht. Es würde mich freuen, wenn diese Gedanken auch bei der Landesregierung und den anderen maßgebenden Stellen des Landes Unterstützung fänden. (Beifall).

**Präsident:** Wünscht noch jemand das Wort? Es ist dies nicht der Fall. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

**Abg. Smolana:** Hohes Haus! Vor uns liegt zur Beschlußfassung der Voranschlag des Einzelplanes 3 im ordentlichen Haushalt mit einem Zuschußbedarf von 809.700 S und im außerordentlichen Haushalt mit einer Ausgleichsumme von 62.200 S. Ich bitte um Annahme dieses Einzelplanes sowie der vorhin gestellten drei Anträge.

**Präsident:** Sie haben die Ausführungen des Berichterstatters gehört, ich bitte diejenigen Abgeordneten, die mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht). Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nun zum Einzelplan 4. Berichterstatter ist Abg. Hofmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Hofmann:** Hohes Haus! Der Finanzausschuß hat sich mit diesem Kapitel Fürsorge in mehreren Sitzungen eingehend beschäftigt und was Ihnen in den Abänderungs- und Beschlusanträgen und im Buch selbst hier vorliegt, ist sicherlich das Resultat eingehender Beratungen und Überlegungen und ich kann wohl sagen, daß in dem Ausschuß alle daran Beteiligten es nur sehr bedauert haben, daß es in der heutigen Zeit nicht möglich ist, jene Mittel anzuwenden und aufzuwenden, die der Not der Zeit angepaßt wären. Es ist leider selbstverständlich gewesen, daß wir uns in den Ausschußsitzungen sehr bescheiden mußten und daß so manche Wünsche, ob sie nun von dieser oder jener Seite kamen, zurückgestellt werden mußten, weil eben

die finanzielle, die allgemeine Lage es nicht gestattete, mehr als was hier vorliegt, zur Ausschüttung zu bringen. Es ist aber doch notwendig, zu den einzelnen Kapiteln noch etwas zu sagen.

Vor allem möchte ich betonen, daß sich gleich bei den ersten, und zwar bei den Unterabschnitten 412 und 410 eine eingehende Debatte entsponnen hat über öffentliche Fürsorge und Unterstützungen. Es wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß es vielleicht jetzt an der Zeit wäre, an die Öffentlichkeit zu appellieren, daß dem Leichtsinn nicht mehr so das Wort geredet wird wie in der verflorbenen Nazi-Ära.

Es geht ganz einfach nicht an, daß Menschen dazu aufgefordert werden, gedankenlos und planlos Kinder in die Welt zu setzen in der bewußten Erwartung, daß man diese Kinder schließlich nicht zu erhalten braucht, weil sich schon der liebe Vater Staat darum kümmern wird, wie es unter dem Nationalsozialismus üblich war. Wir sind im Ausschluß alle der Meinung gewesen, daß Kinderkriegen für beide Teile eine hohe sittliche Pflicht bedeutet und wir es nur nicht haben wollen, daß verantwortungslos junge Menschen in die Welt gesetzt werden in der Erwartung, andere werden sich darum kümmern; es ist unverantwortlich und gewissenlos so zu denken. Diese kleinen Lebewesen haben letzten Endes das Recht, in ihrer Familie aufzuwachsen und entsprechend befürsorgt zu werden, sowohl von Vater wie Mutter. Wenn dieser relativ hohe Betrag, der hier beantragt ist, aufgewendet werden muß, so deshalb, weil wir die unschuldigen Opfer einer verfehlten Politik nicht sich selbst überlassen können.

Der zweite Punkt, der eine lange Debatte ausgelöst hat, war der Punkt Flüchtlingssorge. Es wurde heute schon in der Generaldebatte eingehend darüber gesprochen, daß wir auch im Finanzausschuß durchaus der Meinung gewesen sind, daß die Beträge, die für die Flüchtlingssorge aufgewendet werden müssen, ich betone ausdrücklich „aufgewendet werden müssen“, daß uns diese Beträge sehr hart treffen und sicherlich zu den unangenehmsten Ausgaben zählen, weil wir nicht einsehen, daß wir in Steiermark, überhaupt in Österreich, dazukommen, daß der ganze Mist an den Grenzen Österreichs nach Österreich strömt. Gerade diese Elemente, die zweifellos zum größten Teil faschistische Elemente sind, die vielleicht eine Blutschuld in ihrer alten Heimat auf sich geladen haben und geflüchtet sind und ein Exil suchen, müssen wir aufnehmen und wir sehen nicht ein, daß diese sogenannten verschleppten Personen, über die so viel geschrieben und gesprochen wird, so gar nicht gewillt sind, ihre Heimat wieder zu sehen. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, als ich seinerzeit im ersten Weltkrieg schwer verwundet in Gefangenschaft geraten und 12.000 km von der Heimat entfernt war, daß mich Berge und Ströme nicht hätten hindern können, die Heimat zu suchen, mag sie auch aussehen wie immer. Ich kann mir nicht denken, daß ein Mensch, der wirklich für seine Heimat etwas übrig hat, gewillt ist, der Heimat

ferne zu bleiben und als verschleppter Flüchtling einem anderen kleinen Lande zur Last zu fallen wie heute. In ganz Österreich sind es 400.000 Personen, eine erkleckliche Anzahl davon sogar in unserem schönen Lande Steiermark. Die hohen Beträge müssen wir aufwenden, weil die Besatzungsmacht in unserem Lande verlangt, daß wir für diese Flüchtlinge aufkommen. Der Bundesfinanzminister hat uns bei unserer Vorgesprache erklärt, daß gerade diese Ausgabe für unser Land untragbar erscheint und hat zugesichert, daß diese Flüchtlingsfürsorge, soweit sie Ausländer betrifft, in die allgemein gesetzliche Regelung fällt und Bundessache ist. Bestehen bleibt aber doch der namhafte Betrag, der dafür aufgewendet werden muß. Hohes Haus! Ich will sie im Großen und Ganzen nicht zu lange aufhalten, es soll mehr der Debatte Raum gegeben werden. Es ist aber doch notwendig, zu sprechen und zwar zu den Beschlusanträgen, die nun hier vorliegen. Gerade zum Kapitel 4 liegen nicht weniger als acht Anträge vor. Zu diesen Anträgen möchte ich doch jeweils einige Worte sprechen.

Der erste Antrag zu 410,40 lautet:

„Die Landesregierung wird ersucht, mit dem Bund in Verhandlungen zu treten, damit ein Teil der Gelder, die bei Schleichhändlern und Schwarzhändlern beschlagnahmt werden, dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt wird.“

Dieser Antrag wurde deshalb gestellt, weil es sich in der Debatte bei der Flüchtlingsfürsorge herausgestellt hat, daß diese Herren Flüchtlinge, die uns Steirer beglücken, sich auf den Schleichhandel legen und es kommen namhafte Beträge zusammen, die hier beschlagnahmt werden. Im Feldbacher Bezirk wurde vor wenigen Tagen ein Schleichhändler an der ungarischen Grenze mit nicht weniger als 1.200.000 S festgenommen. In anderen Gebieten kommt das auch vor und es ist nicht einzusehen, wenn wir schon die Mühe haben, mit dem Erwischen durch die Gendarmerie, andererseits die Mühe mit der Unterbringung und Verpflegung, die Unterhaltsverpflichtung, daß der Bund nicht bereit sein soll, uns wenigstens einen Teil zurückzuerstatten.

Noch etwas anderes wurde im Zuge der Debatte besprochen und zwar liegt hier ebenfalls ein Resolutionsantrag vor. Es wurde debattiert darüber, ob es immer zweckmäßig ist, wie die diversen Anstalten, Kranken- und Siechenanstalten, geführt werden. Da wurde von allen Seiten Ausdruck gegeben, daß es den Anschein hat, als würde nicht jene sorgfältige Gebarung in unseren Anstalten Platz greifen, wie sie erforderlich ist. Es ist kein Zweifel, daß man oft sieht, in den Erläuterungen besonders, daß in der einen Anstalt ganz anders gebart wird als in der anderen, zweckmäßig in der einen, scheinbar unzweckmäßig in der anderen. Es wurde deshalb der Antrag eingebracht, der ein Kontrollamt einsetzen soll, das sozusagen aus wirklichen Fachleuten besteht, einem Verwaltungsjuristen, einem Agraringenieur, einem Fachmann der allgemeinen Verwaltung unter

Zuziehung eines zweiten. Dieses Kontrollamt, das direkt der Landesregierung untersteht, soll jeweils alle unterstellten Organe der Landesregierung kontrollieren, wo es notwendig erscheint. Es soll dieses Kontrollamt nicht als steirischer Landtagswauwau herumsausen und Unruhe stiften, sondern es soll beraten aber auch kontrollieren, es soll herumfahren und erklären und sagen: Der landwirtschaftliche Betrieb ist ungeschickt geführt, da gehören noch zwei bis drei Kühe mehr herein, wenn das gebaut werden könnte, könnte der Betrieb ertragreicher gestaltet werden, es sind dort nicht so viel Leute notwendig, es kann aber auch feststellen, daß es notwendig ist, dort mehr Leute hinzugeben. Kurzum, ein Kontrollamt, das wirklich seine Aufgaben restlos erfüllen kann. Wir halten es für notwendig und deshalb wurde dieser Beschluß gefaßt, der Ihnen zur Annahme vorliegt.

Ein weiterer Resolutionsantrag zu 411 beschäftigt sich dann mit den landwirtschaftlichen Betrieben: „Bei allen landeseigenen oder vom Lande betriebenen Anstalten sind in Zukunft die angeschlossenen landwirtschaftlichen Betriebe vom Gesamtbetrieb sowohl hinsichtlich des Personal- und Sachaufwandes als auch hinsichtlich aller Einnahmen und sonstigen Ausgaben besonders auszuweisen, so daß ein Einblick in die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe gewonnen werden kann.“ Wir haben den Resolutionsantrag im Finanzausschuß deshalb angenommen, weil wir der Meinung waren, es soll die Gebarung der landwirtschaftlichen Betriebe, der Gutsbetriebe, vor allem getrennt werden von der reinen Schulgebarung. Die Vertreter der Landwirtschaft im Finanzausschuß waren der Meinung, daß es untragbar erscheint, wenn junge Menschen, Bauernsöhne oder Landarbeiter, die in die landwirtschaftliche Schule gehen und etwas lernen sollen, vor allem in die landwirtschaftlichen Betriebe hineingehen, dann sehen, daß diese passiv sind. Unsere Bauernvertreter haben mit Recht gesagt, es ist das nicht gut, denn der junge Mensch soll eben vor allem lernen in einem Betrieb, der bezüglich der Wirtschaft unter allen Umständen aktiv ist und deshalb wurde eben dieser Resolutionsantrag eingebracht. Trotzdem unsere Bauernvertreter der Meinung waren, daß ein Schulbetrieb selbstverständlich eine andere Gebarung erfordert wie ein anderer und er unter Umständen ja nicht immer aktiv sein muß, aber trotz alledem muß auch ein landwirtschaftlicher Betrieb, der einer Schule angeschlossen wird, trachten, sein Bestmögliches auf finanziellem Gebiet auch in seiner Gebarung herauszubringen.

Ein weiterer Resolutionsantrag, der Ihnen vorliegt, sieht zu 4111 vor, daß die Landesregierung ersucht wird, „zu überprüfen, ob es nicht zweckmäßig sei, in Feldbach neben dem Betrieb der Landessiechenanstalt auch einen Krankenhausbetrieb einzurichten und über das Ergebnis ihrer Erhebungen zu berichten“. Das Gebäude der Siechenanstalt steht noch, Gott sei Dank! Es wurde zwar durch die Kriegereignisse stark beschädigt

und erfordert große Mittel, bis es wieder in Betrieb genommen werden kann. Gegenwärtig sind keine Siechen dort. Es hat sich als ein großes Übel erwiesen, daß gerade der Feldbacher Bezirk, der zu einem der volkreichsten Bezirke der Steiermark mit seinen 75.000 Einwohnern zählt, kein Krankenhaus hat. Es hat sich herausgestellt, daß viele Menschen, besonders die in der Landwirtschaft tätig sind, Unfälle erlitten, die oft mit großen Blutverlusten verbunden sind, nicht rechtzeitig nach Graz oder nach Fürstenfeld ins Spital gekommen sind und deshalb zugrundegehen mußten, weil rechtzeitige ärztliche Hilfe fehlte. Das empfindet unsere Bevölkerung im Feldbacher Bezirk als sehr schmerzlich, da auch auf dem Gebiete der Gynäkologie dort schwere Nachteile für die Mütter und auch die Kinder zu befürchten waren. Es sind sehr viele Frauen zugrunde gegangen deshalb, weil keine Möglichkeit bestand, sie rechtzeitig nach Graz oder nach Fürstenfeld zu bringen. Das Bestreben der gesamten Bevölkerung dieses sehr großen Bezirkes ist es, aus diesem Grunde zu trachten, daß ein eigenes Krankenhaus endlich errichtet werde. Die Möglichkeit war gegeben, da das Siechenhaus aufgelöst werden mußte und ein Kriegslazarett eingerichtet wurde und dieses ist für diesen Zweck einigermaßen ausgebaut, so daß die Möglichkeit besteht, dem allgemeinen Wunsch der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Ich will an dieser Stelle auch persönlich dem Herrn Landeshauptmann Machold und dem Herrn Landesrat Oberzaucher danken für das Eingehen auf die Wünsche der Feldbacher Bevölkerung, denn wie ich erfahren habe, wird in Feldbach tatsächlich ein Krankenhaus errichtet und das dortige Siechenhaus aufgelöst bzw. die wenigen Siechen, die sich noch dort befinden, auf andere Siechenanstalten des Landes aufgeteilt. Ich bitte, trotz alledem, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Es ist noch ein weiterer Resolutionsantrag vorhanden, welcher lautet: „Anlässlich der Gewährung aller im Landesvoranschlag vorgesehenen Förderbeiträge ist die Vorlage eines Verwendungsnachweises auszubedingen und die ordnungsmäßige Verwendung der gewährten Mittel zu überprüfen.“ Es ist dieser Resolutionsantrag gestellt worden, weil das Land beliebigen unterschiedlichen Körperschaften, wie zum Beispiel dem Roten Kreuz oder allen jenen, die einer Förderung würdig sind, namhafte Beträge bewilligte und es wäre von uns unverantwortlich, wenn wir als Verwalter von Steuergeldern — wir sind ja als Beauftragte des Volkes dazu da, für die Richtigkeit der Verwendung der Steuergelder Sorge zu tragen — hier nicht entsprechenden Einblick nehmen und entsprechend kontrollieren würden. Aus diesem Grunde hat der Finanzausschuß beschlossen, daß die Gewährung von Subventionen und Zuwendungen an Körperschaften gebunden sein muß, an eine ordnungsgemäße Rechnungslegung für die erhaltenen Beträge.

Ein weiterer Resolutionsantrag zu 47,34 besagt: „Die Landesregierung wird ersucht, den Förderungs-

beitrag für die Österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz erst dann zur Gänze flüssig zu stellen, wenn die notwendigen Klarstellungen, insbesondere hinsichtlich der Einrichtung des Rettungsdienstes, herbeigeführt worden sind. Die Landesregierung wird weiters ersucht, eine entsprechende Vertretung im Landesverband des Roten Kreuzes zu verlangen." Dieser Resolutionsantrag wird deshalb gestellt, weil sich herausgestellt hat, daß es im Landesverband des Roten Kreuzes notwendig erscheint, daß dort auch das Land entsprechenden Einblick und entsprechenden Einfluß genießt. Die Beiträge und Beträge, die das Land als ganzes und auch wir im Landesvoranschlag hier aufwenden, sind derart namhaft, daß es zweifellos nicht zu verantworten wäre, eine Kontrolle zu unterlassen. Hier Einblick gewinnen kann man nur dann, wenn man selbst in dieser Körperschaft darinsitzt.

Es ist weiters noch vorgesehen ein Resolutionsantrag, welcher besagt: „1. Die Landesregierung möge bei der Bundesregierung die baldmöglichste Zuerkennung der im Opferfürsorgegesetz vorgesehenen Renten beantragen. 2. Es ist ein Sonderausschuß des Landtages einzusetzen, bestehend aus 7 Mitgliedern, und zwar 4 Mitgliedern von der ÖVP., 3 Mitgliedern von der SPÖ. und 1 Mitglied mit beratender Stimme der KPÖ., dem die Überwachung der Unterstützungen der unter das Opferfürsorgegesetz fallenden Personen obliegt.“

Hohes Haus! Sie werden gesehen haben, daß wir für ehemalige KZler und für alle die Leute, die unter dem Regime in der Zeit von 1933 bis 1938 und noch mehr in der Zeit von 1938 bis 1945 gelitten haben, daß diese Opfer des Faschismus entsprechend unterstützt werden. Der Betrag, der ursprünglich hiefür vorgesehen war, wurde namhaft erhöht, weil wir uns im Finanzausschuß gesagt haben, es ist wohl ein Opferfürsorgegesetz im Nationalrat eingebracht, aber es besteht die Möglichkeit, daß dieses allzu lange dauert und wir fühlen uns verpflichtet als Demokraten in diesem Lande, als Antifaschisten, den Opfern des Faschismus rechtzeitig Hilfe bringen zu können. Deshalb die bedeutende Erhöhung des Betrages und gleichzeitig das Verlangen an die Bundesregierung, schleunigst das Opferfürsorgegesetz zu verabschieden und vor allem schleunigst dafür Sorge zu tragen, daß die Renten für die Opfer des Faschismus flüssiggestellt werden.

Als letzter Resolutionsantrag ist zu 47,37 noch vorgeschlagen: „Die zur Betreuung der Heimkehrer zuständige Stelle ist auszubauen, damit sie ihren Aufgaben gerecht werden kann.“

Es ist klar für uns, daß wir den heimkehrenden Soldaten gegenüber als Söhne unseres Landes, als Söhne Österreichs Verpflichtungen haben. Aus diesen Gründen hat der Finanzausschuß beschlossen, Ihnen diesen Resolutionsantrag vorzuschlagen und das Hohe Haus zu bitten, dem Gesamtergebnis des Einzelplanes 4 zuzustimmen.

Einzelplan 4, Fürsorge, Einnahmen 6,565.200 S, Ausgaben 9,529.800 S, demzufolge ein Abgang von

2,964.600 S, der aus allgemeinen Mitteln gedeckt werden muß. Überdies ist im außerordentlichen Haushaltsplan, den sie auf Seite 140 finden, ein Betrag von 400.000 S in Einnahme und 400.000 S in Ausgabe, demnach als durchlaufende Post. Ich bitte, sowohl den ordentlichen als auch den außerordentlichen Haushaltsplan zu Einzelplan 4 einer Kritik zu unterziehen und Ihre Meinung zu äußern und wenn er Ihre Zustimmung findet, diese auch zu erteilen.

Landesrat **Oberzaucher**: Hohes Haus! Gestatten Sie auch mir, daß ich als Referent für das Fürsorgewesen in der Landesregierung zu diesem Einzelplan 4 einige Worte sage. Schon im Finanz- und Budgetausschuß hat die Beratung dieses Einzelplanes eine sehr lebhaft, manchmal auch eine leidenschaftliche Diskussion hervorgerufen. Das ist schließlich nicht verwunderlich, denn die Fürsorge, die Obsorge für arme Menschen war immer schon ein Kapitel, das den Hohen Landtag besonders beschäftigt hat. Das war in normalen Zeiten, in Zeiten, in denen es nicht Krieg und nicht Kriegsfolgen gegeben hat. Aber nach Beendigung dieses furchtbaren Krieges mit den entsetzlichen Auswirkungen und Folgen ist es natürlich, daß es ganz andere Aufgaben zu lösen gibt als dies in normalen Zeiten der Fall ist, Aufgaben, die die Landesregierung ganz besonders belasten. In normalen Zeiten waren es nur die Kinder armer Leute, waren es die Alten, die arbeitsunfähig, subsistenzlos waren und waren es die Kranken, die Siechen, die Krüppel, um die sich die Allgemeinheit zu sorgen hatte. Zu diesem Kreis von Menschen in normalen Zeiten, der schon kein kleiner ist, gesellen sich jetzt die Invaliden, die Kriesversehrten des abgeschlossenen sechsjährigen Krieges, dazu gesellen sich jene, die durch die Kriegsfolgen krank geworden sind und gesellen sich alle jene Menschen, die nach den Kriegsgefallenen zurückgeblieben sind, die Witwen und Waisen, die arbeitsunfähigen Eltern gefallener Soldaten usw. Durch den Zusammenbruch sehen wir, durch die großen Schädigungen, die unsere Produktion erlitten hat, durch das Schillingumrechnungsgesetz, daß auch die Kleinrentner mehr als früher in den Vordergrund treten, Menschen, die früher von einer ganz kleinen, verschwindenden Rente ihrer Ersparnisse gelebt haben und jetzt nicht mehr davon leben können und damit der Allgemeinheit zur Last fallen. Wir sehen also, daß ein großer Kreis von Menschen zu den früher fürsorgebedürftigen Personen hinzugekommen ist. Außerdem aber müssen wir noch damit rechnen, daß auch die Anzahl der Kranken und Siechen sich besonders vermehrt hat. Wir müssen also mit einem ungeheuren Anwachsen der Kosten rechnen, wir müssen damit rechnen, daß wir außerdem noch für die Rückkehrer aus der Kriegsgefangenschaft, die krank, zerlumpt und ohne alle Mittel rückkehren, ebenfalls zu sorgen haben. Wir haben weiter zu sorgen für eine Reihe von Flüchtlingen, die aus dem Auslande kommt. Es wurde schon in der bisherigen Debatte darauf hingewiesen, daß ein großer Teil dieser Flüchtlinge

Ausländer sind, fremdsprachige Menschen, die nicht in ihr Land zurückkehren können, weil sie sich des Faschismus in ihrem Heimatlande schuldig gemacht haben und die hier nur kraft der Weisungen der Alliierten festgehalten werden. Aber auch unter diesen Flüchtlingen befinden sich viele Volksdeutsche, die nur wegen ihrer Sprache, ihrer Volkzugehörigkeit aus verschiedenen Ländern flüchten mußten, denen nicht nachgewiesen und vorgeworfen werden kann, daß sie Faschisten waren und Handlungen vollbracht haben, die man als Verbrechen verfolgen müßte. Es ist auch auf diesem Gebiete der Flüchtlingsfürsorge sehr viel Arbeit und Geld notwendig. All das ist schon in den Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses zum Ausdruck gekommen, daher war die Debatte äußerst leidenschaftlich und lebhaft. Aber es muß gesagt werden, daß die Auffassungen der Mitglieder des Finanzausschusses trotz der leidenschaftlichen Auseinandersetzungen sich immer auf derselben Linie bewegt haben: Wir müssen helfen und wir müssen die Mittel aufbringen, die zu dieser Hilfe notwendig sind. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß sich nun die Arbeit auf dem Gebiete der Fürsorge teilt in jene Einzelgebiete, die durch die sachliche Behandlung sich von selbst ergeben. Wir haben im Referate der Landesregierung eine eigene Abteilung geschaffen für die Betreuung der Invaliden, der Kriegsgefangenen, der Flüchtlinge, der KZler, der Österreicher im Auslande usw. All das wird mit großem Eifer und mit Begeisterung bearbeitet und es wurde mit großer Befriedigung festgestellt, daß im Finanzausschusse ein sehr großes Verständnis für alle diese Aufgaben und für die Notwendigkeit, die Mittel herbeizuschaffen, festzustellen war. Es sind ja für einzelne Zweige sicherlich Bundesmittel bestimmt und werden uns schließlich und endlich, wenn wir sie früher vorschußweise ausgegeben haben, rückersetzt, aber ein sehr großer Teil der Mittel muß durch das Land aufgebracht werden, weil es eben Landesaufgaben sind und diesem Zweck hat der Finanzausschuß in seinen Anträgen, die Ihnen als Abänderungs- und Beschlusanträge vorliegen, Rechnung getragen.

Ich möchte noch, weil der Herr Berichterstatter die Siechenanstalt in Feldbach besonders berührt hat, kurz darauf zu sprechen kommen, da im Finanzausschusse bei den letzten Beratungen die Auffassung auch von mir schließlich vertreten wurde, daß die Betreuung der Siechen im Bezirk Feldbach in einer eigenen Anstalt zu erfolgen habe. Es wurde aber schon im Finanzausschuß seitens der Vertreter des Feldbacher Bezirkes darauf hingewiesen, daß Feldbach vor allem ein Krankenhaus braucht und die frühere Siechenanstalt in Feldbach wurde während und nach dem Krieg schon als Lazarett eingerichtet und dieses Lazarett, das nun als Krankenhaus vorläufig weitergeführt wird, hat sich so gut bewährt, daß das zuständige Referat an mich herantreten ist mit der Bitte, ich möge durch eine persönliche Besichtigung der Krankenhäuser in Feld-

bach und Radkersburg feststellen, was wichtiger ist, Siechenhaus oder Krankenhaus. Im Krankenhaus Radkersburg, das unter den Kriegseinwirkungen sehr stark gelitten hat, besteht augenblicklich gar kein Betrieb. Das Gebäude wird erst wieder in Ordnung gebracht. In diesem Radkersburger Krankenhaus waren früher vor 1934 Kranke und Sieche untergebracht und es war nie voll belegt. Es war immer ein Passivposten in der Krankenhauswirtschaft, weil das Hinterland dieses Krankenhauses eben durch den Friedensvertrag von St. Germain abgeschnitten wurde und der Zustrom von Kranken dadurch unterbunden war. Wir haben festgesellt, und ich mußte mich der Auffassung der zuständigen Fachleute anschließen, daß es viel besser ist, wenn man das nun als Krankenhaus provisorisch eingerichtete Siechenhaus in Feldbach zu einem ständigen Krankenhaus ausbaut mit einem Belegraum von ungefähr 220 Betten, wodurch ermöglicht wird, daß in zwei Abteilungen, einer internen und einer chirurgischen Abteilung, ein ordentlicher Krankenhausbetrieb geführt werden kann. In Radkersburg hinwieder wurde folgende Lösung gefunden. Nach Herstellung des Gebäudes ist es möglich, einen Höchstbelag von 180 Siechen unterzubringen und immer noch zirka 40 oder 50 Krankenbetten einzurichten, vielleicht auch weniger, und zwar eine chirurgische Abteilung mit einem tüchtigen Operateur, der nur in dringenden Fällen in Radkersburg selbst operieren kann. Mit dieser Lösung sind nun sowohl die Radkersburger — denn es war ja der Bürgermeister bei den Beratungen zugegen — einverstanden und die Feldbacher selbstverständlich, denn es war ja der allgemeine Wunsch der Feldbacher Bevölkerung, ein eigenes Krankenhaus zu besitzen und es wurde mir mitgeteilt, daß diese Tatsache allgemeinen Beifall ausgelöst hat. Grundsätzlich muß man sagen, daß diese Lösung schon deswegen richtig ist, weil man die Siechen derzeit in den 180 Betten in Radkersburg vollständig unterbringen kann und sollten wirklich in späterer Zeit noch mehr anfallen, so ist es möglich, im Feldbacher Krankenhaus eine kleinere Abteilung einzurichten und dort eventuell Sieche unterzubringen, während man in einer Siechenanstalt (wenn z. B. in beiden Orten Siechenanstalten bestünden) keine Kranken unterbringen könnte, weil der nötige Ärzteapparat fehlen würde. Das ist alles, was ich hinsichtlich der Unterbringung von Siechen in diesen beiden Bezirken vorzubringen habe. Die Beschlussfassung liegt ja bei der Landesregierung und ich bitte den Hohen Landtag, auch diese vorbereitenden Handlungen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich möchte schließlich noch folgendes sagen: Die Mittel, die für die Erfüllung der Zwecke der Fürsorge aufgebracht werden, wurden im Finanzausschuß und auch vom Finanzreferenten ursprünglich in ziemlich hohem Ausmaß vorgesehen. Sie waren vorherberaten, haben aber im Finanzausschuß selbst infolge der verständnisvollen Einstellung aller Abgeordneten eine bedeutende Erhöhung erfahren. Besonders die KZler-Fürsorge wurde von den ursprüng-

lich festgesetzten 100.000 S auf 300.000 S erhöht mit Rücksicht darauf, daß die politisch Verfolgten und ihre Familien, die Familien der Justifizierten usw. das Recht darauf haben, in erster Linie als die Opfer des politischen Kampfes gegen den Nazifaschismus betreut zu werden. Diese Auffassung war eine allgemeine auch im Finanzausschuß und daher die Erhöhung.

Die Kriegsgefangenenfürsorge, die ja ursprünglich mit 20.000 S eingesetzt war, wurde um 80.000 S erhöht, weil festgestellt wurde, daß viele Kriegsgefangene noch auswärts sind und daß, wenn diese Kriegsgefangenen endlich wieder in die Heimat zurückgeführt werden können, bei ihrer Rückkunft betreut werden müssen und daß dann dafür unbedingt die notwendigen Mittel bereitgestellt sein müssen. Diese hochherzige Einstellung der Mitglieder des Finanzausschusses bemüßigt mich, allen Mitgliedern hiefür den herzlichsten Dank als Fürsorgereferent des Landes Steiermark auszusprechen. Ich verspreche Ihnen, daß ich mit diesem Gelde haushalten werde und es so verwenden werde, daß es zum besten der Befürsorgten ausfällt. Nun, Hoher Landtag, aber bitte ich, die vorgeschlagenen Erhöhungen bewilligen zu wollen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Holik**: Hohes Haus! Ich möchte mir erlauben, zu einer der meist umstrittenen Fragen der Gegenwart das Wort zu ergreifen, nämlich zu dem Thema Flüchtlingsfürsorge, das im Landesvoranschlag mit einem Betrag von 1.030.000 S aufscheint. Seit eine der traurigsten Figuren der Weltgeschichte und der deutschen Geschichte, der Minister für Propaganda Dr. Goebbels, mit großem Pathos die Tür hinter sich zuschlug und sich durch den Freitod seiner Verantwortung entzog, lag und liegt ganz Europa in Trümmern. Millionen von Menschen ziehen heimatlos, obdachlos, hungernd und fast nackt durch Europa, eine Völkerwanderung, wie sie eigentlich die Weltgeschichte bis jetzt noch nicht gesehen hat, und ein Finale des Grauens, wie es eigentlich nur der beste französische Romanschriftsteller Gobyneau oder Dante in seinem Inferno schilderten, blieb übrig. Meines Erachtens dürfen hier perfide Redewendungen oder Verurteilungen oder Pauschalverdächtigungen politischer Einstellungen niemals das Handeln verantwortungsbewußter Menschen beeinflussen, sondern nur die Grundsätze der Demokratie und das ist Menschenrecht und Menschenwürde und die Nächstenliebe ihre Entschlüsse reifen lassen. Mit schönklingenden Worten, mit aufreizenden Zeitungsnotizen und Zeitungsaufschriften können wir die Tragik nicht hinwegleugnen, daß sich in Steiermark augenblicklich 80.000 Personen befinden und in Österreich rund  $\frac{1}{2}$  Million flüchtige Menschen. Es dürfen die begangenen Fehler von gestern nicht durch Fehler und Vergehen von morgen gutgemacht werden. Ein Kulturvolk wie das österreichische und ich glaube, meine Damen und Herren, wir sind ein tausendjähriger Kulturträger, kann niemals das menschliche Mitgefühl oder sein Herz vollkommen verlieren und seinen Verstand durch bloße Phrasen

oder Haßgefühle töten lassen. Seit über 20 Jahren hören wir letzten Endes nur mehr Phrasen, Luftschlösser wurden den Menschen vorgegaukelt, Millionen und abermals Millionen Menschen sind Scharlatanen nachgelaufen und die nicht folgen konnten oder wollten, hatten die Wahl zwischen Angst und Not oder zwischen Kerker und Tod. Ganze Völker sind ins Wandern gekommen und sie zogen oft blutenden Herzens von ihrer Heimat. Erst das Kriegsende hat grausam in diesen Spuk dann eingegriffen und ein Ende herbeigeführt von solch grausamer Wirklichkeit, wie es die Weltgeschichte bis jetzt noch nicht gesehen hat. Auch unser Vaterland kann sich dieser Tragik der Geschichte nicht entziehen. Unsere Bundesregierung und die gewählten Volksvertreter haben im Bundeshaushaltsplan nüchtern dieser Notwendigkeit Rechnung tragen müssen und einen großen Betrag eingesetzt. Auch unsere Landesregierung und der Finanz- und Budgetausschuß mußten für diese Flüchtlingsfürsorge den namhaften Betrag von 320.000 S einsetzen. Diese Ausgaben dürfen bestimmt nicht, wie in allerletzter Zeit von verschiedenen Seiten oder ich möchte sagen, von einer gewissen Seite, ich weiß nicht, ist es zufällig oder zweckdienlich, vielleicht bewußt oder unbewußt zum Gegenstand einer unsachlichen Opposition gemacht werden. Eine Opposition muß sachlich sein und zum Gegenstand gerichtet, niemals jedoch zum Fenster hinaus. Ich meine, es ist das wichtigste, daß man einem ohnehin schwer leidenden Volk, einem Volk, das mit dem Hunger ringt, das aus 1000 Wunden blutet, wo man hinschaut, nichts als Trümmer und wieder Trümmer, daß man diesem Volk nicht immer Defaitismus predigt. Infolgedessen sehen wir uns verpflichtet, zu dieser Frage grundsätzlich Stellung zu nehmen. Fast 4 Millionen Auslandsdeutsche wandern aus dem Ostraum, aus der Tschechoslowakei, aus dem Südostraum, aus dem Süden, aus dem Westen nordwärts, man weiß überhaupt noch nicht, wo diese Menschen, diese Zerrbilder von Menschen, jemals zur Ruhe kommen werden. Auch unsere Landsleute aus Südtirol, seit sechs Jahrhunderten dort ansässig, sind bei uns und genießen noch unsere Gastfreundschaft. Sie mußten dem Terror weichen, sie haben auch hier noch keine Ruhe gefunden. Ihre Tränen sind unsere Tränen und ihr Schmerz ist auch unser Leid und als vor drei oder vier Wochen aus Paris die Nachricht kam, daß die Südtiroler Frage nicht jener Lösung zugeführt werden soll, wie wir vom Herzen wünschten, fühlten wir die Wunden neu bluten, die uns der Friedensvertrag von St. Germain 1919 geschlagen hat und wir spürten den Peitschenhieb, den uns Hitler und Mussolini durch den Verrat von Südtirol gegeben haben, neu wieder brennen. Wir sind überzeugt, daß die vereinten Nationen, als sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf ihre Fahnen geschrieben haben, den hunderttausendfachen Ruf nach Gerechtigkeit nicht überhören können. Die Südtiroler sollen hier bei uns bleiben, wir wollen ihnen vorläufig ihre verlorene Heimat mit Liebe

vergelt und ihr Sehnen nach der Rückkehr mit-erwarten. Mit den übrigen Flüchtlingen, seien es Volksdeutsche oder fremdsprachige Ausländer, muß sich natürlich unser Vaterland augenblicklich zwangsläufig abfinden. Wir können der Behandlung dieser Frage nicht aus dem Wege gehen. Unsere Fraktion hat absolut kein Verständnis für die fremdsprachigen Ausländer, die aus politischen Gründen sich bei uns ungebeten und uneingeladen aufhalten. Wenn diese Personen jedoch das ihnen zwangsläufig gewährte Gastrecht mißbrauchen für faschistische Umtriebe, so ist das für uns untragbar. Österreich ist, seiner alten Tradition entsprechend, Brücke zwischen Norden und Süden, zwischen Osten und Westen und nicht ein Brückenkopf wie ich unlängst in einer Zeitung gelesen habe. Die volksdeutschen Elemente, die können wir im großen und ganzen in Bausch und Bogen wohl kaum verurteilen, wir wissen es ja selbst, daß sie eigentlich jene 5. Kolonne bildeten oder vielleicht vorsichtiger gesagt, daß viele von ihnen Schrittmacher des Hitlerismus waren, aber es ist abwegig, sie in Bausch und Bogen zu verurteilen. Es ist Menschenpflicht, hier zu helfen und die ganze Welt wird sich letzten Endes mit diesen Problemen beschäftigen müssen. Sollten sich aber in diesem Kreis Elemente befinden, die sich eines Kriegsverbrechens oder eines sonstigen Vergehens schuldig gemacht haben, so haben wir für das Gastrecht und den Schutz solcher Personen absolut kein Verständnis. Das österreichische Volk leidet unter dieser unfreiwillig gewährten Gastfreundschaft sehr stark, wir teilen Hungerrationen mit ihnen und oft die Wohnung und wir mußten oft zusehen, daß die fremdsprachigen Ausländergruppen höhere Verpflegungsquoten zugeteilt erhalten als wir, aber wir können nicht zusehen, daß fremdsprachige Ausländer das Gastrecht mißbrauchen und nachbarliche Beziehungen gefährden und wir werden nicht zusehen, daß diese Volksdeutschen und fremdsprachigen Ausländer, die, ohne zu arbeiten, herumlungern, unsere Notlage mißbrauchen. Wir wollen die Flüchtlingsfürsorge keinesfalls als Politikum betrachten, sondern die Menschenwürde, die in den letzten Jahren so gelitten hat, wieder aufbauen und die Liebe zu den Menschen, die durch Überheblichkeit und grenzenlosen Despotismus erstorben war, wieder zum Erlblühen bringen. (Beifall.)

**Abg. Wolf:** Hoher Landtag! Es sei mir erlaubt, in kurze einige Gedanken zum Kapitel Fürsorge mit besonderer Berücksichtigung der Jugend vor Ihnen darzulegen. Den gewaltigen Zusammenbruch des tausendjährigen Reiches hat vielleicht niemand in so tragischer Weise erlebt, wie unsere Jugend, deren Erziehung heute ein außerordentlich schweres Problem bedeutet. Aber noch immer erschauert die Welt vor gewaltigen Ereignissen und erschütternden Tatsachen, so daß die Hinweise auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Jugenderziehung meist ungehört verhallen. Und doch ist das Jugendproblem das ausschlaggebende, ja vielleicht das wichtigste unter allen anderen. Es handelt sich hier ja nicht um eine tote Masse, es handelt sich hier

um Menschen, um die nächste Generation und wie wir diese bilden und formen werden, so werden die Menschen der nächsten Jahrzehnte sein. Wir haben hier eine wichtige Aufgabe zu erfüllen neben dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes, unsere bitter erlangenen Erfahrungen an die Jugend weiterzugeben, sie zu wahren Menschentum zu erziehen, damit nie mehr ein solches Morden entstehe, wie es die letzten Jahre gebracht haben. Die Aufrichtung Österreichs ist also wesentlich an den Bestand einer zahlenmäßig und ideal erstarkten jungen Generation geknüpft. Eine solche Jugend kann nirgends hervorsprossen als aus der Mitte solider, gut fundierter Familien. Die Familie ist die einzige wirkliche Elementarschule des Menschen. Was die Familien-erziehung versäumt hat, was im Elternhaus an der Charakterbildung des jungen Menschen versäumt wurde, holt später kaum eine Schule mehr ein und es wird schwerlich einem Erzieher gelingen, das ganze wieder gerade zu biegen. Zur Ausbildung eines geraden, seelisch aufrechten und moralisch gefestigten Menschentyps ist das Erleben einer Jugendzeit unter sittlich geordneten Familienverhältnissen eine nahezu unbedingte Voraussetzung. Not und Entbehrungen werden ein Kinderherz nicht brechen, solange es Mut und Stärke in der Eintracht der Familie findet, sie werden es aber todsicher zerstören, wenn sich zu dem äußeren Schicksal ungünstiger Zeiten noch das persönliche Miterleben des Zerreißen enger seelischer Bindungen gesellt, die innerhalb der Familie bestehen. Die Forderung nach dauerhaften Ehen und gesunden Familien ist daher eine im Namen der Wissenschaft gesetzte Verpflichtung, die sich aus pädagogischen, medizinischen und auch volkswirtschaftlichen Erwägungen herleitet. Der Staat hat daher im Interesse der Jugend alle gesetzlichen Voraussetzungen zum Schutze von Ehe und Familie zu schaffen. Ich denke dabei vor allem an die Steuerbegünstigung kinderreicher Familien, Beratung und Unterstützung der Eltern in Erziehungs- und Berufsfragen ihrer Kinder, Einführung des Grundsatzes des Familienlohnes, aber ganz besonders an die Schaffung gesunder Wohnverhältnisse und eine klare Ehegesetzgebung. Leider sind wir von diesem Idealzustand heute nach zwei verlorenen Kriegen weiter entfernt als je zuvor. Wir müssen also Jugendfürsorge betreiben, nicht, obwohl wir arm sind sondern gerade deshalb, weil wir arm sind.

Zu den größten Passivposten unserer Gegenwart zählen die vergifteten Seelen so vieler Jugendlicher. Von Kindheit an in den Ideologien des Nationalsozialismus erzogen, werden sie eine leichte Beute der triebhaften Instinkte und die Zeitumstände tun ein übriges, um eine steigende Anzahl auf die Bahn des Verbrechens zu führen. Die Zahl der jugendlichen Rechtsbrecher im Alter von 14 bis 18 Jahren ist seit 1938 (ich nehme die Zahl aus einem statistischen Bericht einer Wiener Zeitung) auf das fünf-fache gestiegen. (Rufe: Hört, hört!) Die Eigentumsdelikte stehen an der Spitze. Beim Wiener Jugendgerichtshof sind in der zweiten Hälfte des Vorjahres

1016 Fälle anhängig geworden, darunter 75 Morde, 8 Raubüberfälle, 767 Verbrechen des Diebstahles, 149 kleinere Diebstähle und 14 Betrugsfälle. Neben den bereits angegebenen allgemeinen Gründen, die zum Abgleiten führen, sind es vor allem Kriegsfolgen, Fehlen des eingerückten Vaters, Unmöglichkeit ordentlicher Beaufsichtigung durch die arbeitende Mutter, schlechter Einfluß der älteren Jahrgänge, vor allem aber die Möglichkeit, unrechtmäßig erworbenes Gut am Schwarzen Markt abzusetzen. Eine große Rolle spielt natürlich auch die unglaublich hohe Verdienstmöglichkeit im Schleichhandel sowie im Gegensatz dazu die geringe Bezahlung ehrlicher Arbeit. Es ist daher notwendig, zum Schutz der Jugend alles zu tun, was noch getan werden kann. Dazu gehört eine strenge Überwachung der heranwachsenden Jugend und die genaue Einhaltung der noch bestehenden, aber längst in Vergessenheit geratenen Jugendschutzbestimmungen. Die Polizei allein ist dazu mangels der notwendigen Organe nicht imstande. Hier muß die ganze Bevölkerung mithelfen. Ich erinnere, daß es schon vor 1938 eine solche Institution gegeben hat, die bekannt war unter dem Namen Jugendpolizei. Die Jugendfürsorge kann wohl als der wichtigste Teil der gesamten Sozialfürsorge bezeichnet werden. Die dafür aufgewendeten öffentlichen Mittel sind im besten Sinne des Wortes produktive Ausgaben. Was z. B. für die gesundheitliche Förderung der Jugend, für Mütterberatung, Erholungsheime, Ferienveranstaltungen ausgegeben wird, erspart später die Kosten für Kranken- und Siechenhäuser und fördert die Volkswirtschaft, weil sie die späteren Träger der Volksarbeit gesund erhält. Was andererseits für die Verhütung der Jugendverwahrlosung aufgewendet wird, die Ausgaben für Kinderheime, Schülerhorte, Erziehungsaufsicht, Schutzaufsicht und Jugendgerichtshilfe, erspart später die Kosten für Arbeitshäuser und Strafanstalten, denn die Jugendverwahrlosung führt zur Jugendkriminalität. Was die Führung der öffentlichen Fürsorge anlangt, muß diese auf streng demokratischer Grundlage, aber innerhalb dieser Grenzen absolut überparteilich geführt werden. Ihr Ziel kann nur sein, die Jugend zu anständigen Menschen, zu brauchbaren Mitgliedern unseres Vaterlandes zu machen. Für eine parteipolitische Erziehung darf in den öffentlichen Fürsorgeanstalten kein Platz sein. Die private Fürsorge wird natürlich weit mehr als die öffentliche Fürsorge von parteipolitischen und weltanschaulichen Gedanken beeinflusst und doch wird auch hier eine Beschränkung zugunsten einer rein demokratischen und überparteilichen Erziehung entscheidend der einheitlichen Zusammenarbeit aller Parteien in unserem Staate am Platze seip.

Zum Schluß möchte ich noch den Hohen Landtag bitten, seine Aufmerksamkeit auch der Fürsorge der sogenannten debilen Kinder zuzuwenden, die jetzt in allen Teilen des Landes verstreut sind. Ich möchte die Anregung geben, durch die Gesundheitsämter vor allem einmal die Zahl dieser Kinder er-

mitteln zu lassen, um sie dann später wieder, wenn die Verhältnisse es gestatten, in Heimen gemeinsam zusammenzufassen.

Es ist vielleicht die Meinung verbreitet, daß ein von Natur so stiefmütterlich behandeltes Kind einer solchen Fürsorge nicht bedarf oder daß das verschwendetes Geld sei. Aus Erfahrung sage ich da, daß die Mutter eines solchen Kindes dasselbe genau mit der gleichen Liebe umfängt, ja vielleicht noch mehr Liebe für dieses Kind aufbringt, als die Mutter eines normalen Kindes. Die Fürsorge für Blinde und Taubstumme ist eine selbstverständliche, dies ist heute schon gestreift worden. Ich will noch ihre Aufmerksamkeit auf die vor dem Jahre 1938 in Andritz bestandene Krüppelanstalt lenken, damit auch den körperlich Behinderten ein Aufenthalt geboten werden kann, um ihre Leiden zu mildern, eingedenk des Satzes: „Auf dem Wege zum Licht lasse keinen zurück!“ (Allgemeines Händeklatschen!)

**Abg. Resch:** Hohes Haus! Wenn ich heute zu dem Einzelplan 4, Kriegsoffer, spreche, so tue ich es vor allem deshalb, weil ich selbst ein von den Nationalsozialisten schwer Verfolgter und gleichzeitig auch KZler bin und auch deshalb, damit die schauerhaften Zustände, wie sie sich in den Konzentrationslagern ergeben haben, auch hier in diesem Hohen Hause einmal öffentlich besprochen werden. Gleich im Jahre 1938 wurden wir und ich glaube die allermeisten der hier Anwesenden der beiden Fraktionen von den Nationalsozialisten auf das schwerste verfolgt, ja wir wurden so verfolgt, daß wir überhaupt nicht mehr wußten, was wir anfangen sollten. Wenn man schon einmal aus dem Arrest herauskam, mußte man schon damit rechnen, in allernächster Zeit wieder dorthin gebracht zu werden und ich bin gleich nacheinander viermal bei der Gestapo im Paulustor in Graz gesessen. Wir sind gesessen mit den damaligen Sozialdemokraten und Christlichsozialen gemeinsam in einer Zelle. Wir haben viel über unsere Politik gesprochen. Wir haben auch in diesen Zellen hinter Schloß und Riegel eine Kampfgemeinschaft gegen den Nationalsozialismus geschlossen und diese Kampfgemeinschaft findet, davon bin ich vollkommen überzeugt, heute schon darin sicheren Ausdruck, daß beide Fraktionen so zusammenarbeiten, man könnte sogar sagen, als ob sie zusammengehörten. Ich denke nur noch daran, als Kollege Rosenwirth und ich in diesem Arrest Wochen hindurch in einer Zelle gesessen sind und des öfteren und ich möchte fast sagen täglich und stündlich unsere Pläne geschmiedet haben, wie es später werden soll, wenn der Nationalsozialismus endlich einmal zusammengebrochen ist. Wir haben uns gegenseitig oft Vorwürfe gemacht, daß wir damals, die führenden Christlichsozialen als auch auf der anderen Seite die Sozialdemokraten gewissermaßen gesündigt haben und oft Dinge vorgekommen sind, die nicht vorkommen hätten sollen. Wir haben gemeinsam daraus die Lehre gezogen und offen erklärt, wir werden den Kampf gemeinsam führen gegen alle Widersacher, die es dann,

wenn der Nationalsozialismus einmal zusammengebrochen ist, noch einmal versuchen sollten, unser österreichisches Volk in ein derartiges furchtbares Unglück zu stoßen. Wir haben aber auch, ich glaube es mit Sicherheit annehmen zu können, diese gegenseitigen Schwüre nicht umsonst gemacht und bis heute gehalten. Ich bin überzeugt, daß wir diesen Schwur in aller Zukunft halten werden und gemeinsam den Kampf gegen alle Widerstände führen werden, aber auch gemeinsam für den Wiederaufbau uns einsetzen werden, um so unser armes Österreich, das heute noch aus tausend Wunden blutet, aus dieser schwierigen Lage wieder herauszuhelfen. Wir haben einmal gesprochen, wenn wir das Heft wieder in der Hand haben, werden wir es nie wieder auslassen. Ich bin überzeugt, daß wir dieses Heft gemeinsam nie wieder preisgeben werden Elementen, die sonst nichts zum Ziele haben, als unser unschuldiges Volk ins Unglück zu stoßen, ja die ganze Welt in ein Unglück zu stoßen, wie es die Weltgeschichte noch nie erlebt hat.

Wenn ich daran denke, was ich im Lager alles mitmachen mußte! Ich war im Lager Flossenburg. Schon zum Empfang wurde ich furchtbar mit einem Knüppel geschlagen wie ein wildes Tier von einem Tyrannen, der selbst Häftling war, der 79mal wegen Taschendiebstahls verurteilt war und deshalb in das Konzentrationslager kam, draußen aber Handlanger von der SS war, der wurde auf uns losgelassen, auf uns arme, unschuldige Menschen, auf Opfer, die nichts verbochen hatten, als daß sie einer anderen Idee nachgegangen sind und Gegner des damaligen Regimes waren. Arme, unschuldige Menschen wurden damals zu Tausenden zugrunde gerichtet. Ich war Zeuge am ersten Tage, wie einer — und mein Kollege Laufenstein hat es gesehen — vor unseren Augen mit einem Bergstock buchstäblich erschlagen wurde und dasselbe Spiel setzte sich am nächsten Tage um ¼5 Uhr fort, wieder ein toter, unschuldiger Mann, oft Dutzende täglich. Wenn sie in der Früh aus den Baracken herauskamen, brachen sie vor Hunger, Schmerz, vor Elend und Not zusammen und lagen zu Hunderten oft eine ganze Stunde und länger zwischen den Drahtverhauen herum, bis sie dann hinweggetragen wurden in die Latrine, wo die übrigen Häftlinge ihre Not verrichten mußten. Sie wurden dann herausgezogen, mit Wasser abgespritzt, ihre Nummer aufgeschrieben, wanderten dann in die Feuerhalle und wurden verbrannt. Träurig waren sie anzusehen, diese armen Menschen, Menschen aller Nationen, ich möchte sagen, fast der ganzen Welt. Wir haben uns alle ganz gut verstanden, wenn wir zusammengekommen sind und ab und zu Gelegenheit hatten, über verschiedene Dinge zu sprechen, mußte man immer feststellen, daß niemand etwas verbochen hatte von diesen Menschen, daß sie nichts getan hatten, als nur das nicht, was eben Hitler wollte, also mit anderen Worten, Gegner des Nazismus waren. Deshalb mußten alle diese Menschen so schwer leiden. Tausende und Hunderttausende von Menschen sind in diesen Lagern umgekommen, teilweise wurden

sie erschlagen, teilweise hingemartert, über die Steinbrüche hinuntergehauen und sind dort elend zugrundegegangen. Ich selbst habe ein furchtbares Erlebnis mitgemacht. Ich selbst wurde geschlagen wie ein Tier, ja ein Tier schlägt man nicht so. Unschuldigerweise wurde ich niedergeschlagen von einem Handlanger dieser Bande und in meinem Blute lag ich bewußtlos, mir wurden zwei Rippen abgetreten, das Nasenbein eingeschlagen und dann sollte ich noch fünfundzwanzig darauf bekommen. Ich lag in meinem Blute, daß mir das Blut bei den Hosenbeinen herausrann. Als sie mich in einen Waschraum hineintrugen und mit Wasser übergossen, kam ich zu mir und als ich gefragt wurde, ja was hast Du denn eigentlich gemacht, sagte ich, ich habe nichts gemacht, als eine Bitte ausgesprochen, eine Bitte, dahingehend, man möchte mich heute nicht zu schwerer Arbeit, zum Steintragen, verwenden, da ich im ersten Weltkrieg vom Pferd gestürzt und mir mein Rückgrat verletzt habe. Wegen dieser Bitte wurde ich zusammengeschlagen und dann sah mich ein SS-Obersturmführer an, er hatte schon den Gummi in der Hand, vor mir wurden schon zwei durchgeschlagen, dann schrie er „hau ab“ und ich wankte hinaus und dankte noch dafür, da rannte er mir nach und schlug mir noch einmal über den Kopf. Ich brach zusammen und wankte dann langsam meiner Baracke zu. Furchtbar war es, die Leute, die das gesehen haben, haben geweint. Was ich erlebt habe, haben Tausende und Tausende von Menschen erlebt.

Und wenn wir jetzt für diese armen Menschen ein Notopfergesetz beschlossen haben und in diesem Gesetz ein Betrag von 300.000 S ausgeworfen wurde, um diesen armen, unschuldigen Menschen eine entsprechende Unterstützung angeeihen zu lassen, so ist jetzt noch eines, das entsprechend klargestellt werden muß. Jeder der im KZ. war, ohne Unterschied, ob er politisch im Lager war oder ob er ein Verbrecher war, glaubt heute unter dem Titel KZler schon dieselben Ansprüche erheben zu können, wie einer, der politisch verfolgt wurde. Man muß hier klar und scharf trennen, die einen rechts, die anderen links, denn diese Mißstände dürfen nicht weiter bestehen. Zum wiederholten Male ist es vorgekommen, daß kriminelle Leute, die wegen eines schweren Verbrechens in ein Konzentrationslager gekommen sind, versuchten, sich auf dieses Lager als KZ.-Häftlinge zu berufen und daraus dann einen Nutzen zu ziehen. Das geht natürlich nicht an und es ist aus diesem Grunde ein siebengliedriger Ausschuß gebildet worden, der besteht aus 4 Angehörigen der Volkspartei, 3 der SPÖ. und einem Kommunisten mit beratender Stimme. Dieser Ausschuß hat zu entscheiden, wer eine Unterstützung bekommt und wem keine gebührt. Wir müssen eine klare Linie machen, wer etwas verbochen hat, wer einen anderen geschädigt hat, wer einen anderen bestohlen hat und wer deshalb in ein Lager gekommen ist, hat eben mit den politischen Häftlingen nichts zu tun. Ich möchte nur wünschen, daß dieses

Verhältnis, wie wir es aus dem Arrest heraus, und zwar alle Parteien, gewonnen haben, daß dieses gute, freundschaftliche Verhältnis weiter so verbleibt und wir haben es bereits gesehen in den Sitzungen des Finanzausschusses, daß es kaum welche besonderen Gegensätze gegeben hat, daß jeder einzelne Posten mit voller Sachlichkeit, mit voller Gewissenhaftigkeit behandelt worden ist, daß auch dieses Verhältnis künftighin so bleibt zum Nutzen unserer gesamten Bevölkerung von Österreich. (Beifall. Bravorufe !)

**Präsident :** Bevor ich dem Herrn Abg. Smolana das Wort erteile, möchte ich aufmerksam machen, daß beschlossen wurde, allenfalls eine Nachtsitzung abzuhalten, um das Budget bis morgen sicher unterzubringen. Es wäre natürlich denkbar, wenn die einzelnen Redner sich kürzer halten, daß wir ohne Nachtsitzung bis morgen am frühen Nachmittag fertig werden, so daß die Abgeordneten aus der Provinz ihre Zugsanschlüsse noch erreichen. Ich bitte nach dieser Richtung hin das Hohe Haus, Rücksicht zu nehmen, vielleicht läßt es sich durchführen, daß wir uns eine Nachtsitzung ersparen.

**Abg. Smolana :** Hohes Haus ! Gestatten Sie mir, daß ich zum Kapitel Fürsorge für Kriegsversehrte und Kriegshinterbliebene das Wort ergreife. Die Versorgung der Kriegsversehrten und Kriegshinterbliebenen ist uns Herzenssache nicht nur deshalb, weil wir selbst schwer Kriegsversehrte sind, sondern weil es sich hier ausgesprochen um Söhne unseres Landes handelt, denen das Leben nicht zum Rechenexempel werden darf. Anlässlich des Umbruches wurde mit dem Verfassungsgesetz vom 8. Mai 1945 die NSDAP mit allen ihren Gliederungen aufgelöst. Darunter war auch der NSKOV gefallen, der seinerzeitige NS.-Kriegsinvalidenverband. Das gesamte Vermögen wurde damals beschlagnahmt und es war der Autorität der damaligen Prov. Landesregierung, vor allem des Herrn Landeshauptmannes Machold und des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Dienstleder zuzuschreiben, daß wir an Stelle des seinerzeitigen NSKOV sofort wieder einen ganz brauchbaren Invalidenverband, den jetzigen Landesverband der Kriegsversehrten, Kriegswitwen und -waisen erhalten haben. Um sich nun die Bedeutung dieses Verbandes klar zu machen, muß man sagen, welche Aufgabe dieser Verband hat. Hat er seinerzeit in Steiermark, also nach dem ersten Weltkrieg, nur 25.000 Kriegsversehrte, Witwen und Waisen zu betreuen gehabt, so betreut er heute bereits 45.000 Kriegsversehrte und, Hoher Landtag, die Zahl ist noch nicht abgeschlossen. Alles, was jetzt an Anmeldungen vorliegt und das, was noch in der nächsten Zeit kommt und heimkommt an solchen Invaliden, wird die Zahl zwischen 70 und 75.000 Kriegsversehrten, Witwen und Waisen erreichen. Nun, wenn der Invalidenverband heute bereits mit 150 Ortsgruppen und 9 Bezirksgruppen seine Tätigkeit so reichlich entfaltet, so braucht der Verband eine ganz gewaltige Subvention. Wir erinnern uns, daß z. B. die Erträgnisse des sogenannten

„Landeslaufbildergesetzes“ vor dem Jahre 1938 den Invaliden anheimgefallen ist. Nun haben wir das heute nicht mehr zur Verfügung und deshalb hat sich der Finanzausschuß verpflichtet gesehen, den ursprünglichen Betrag von 20.000 auf 50.000 S zu erhöhen, wohl bedacht dabei, daß, wenn die Anforderungen des Verbandes noch stärker steigen, wir heuer noch einmal Gelegenheit haben werden, vor Ablauf des Jahres, zu einem neuen Landesvoranschlag Stellung zu nehmen und dann die Bedürfnisse dieses Landesverbandes kräftiger einzubauen. Ich, als Vertreter der Schwerkriegsversehrten, sage Ihnen für Ihre Zustimmung im Finanzausschuß herzlichen Dank. Ich würde Sie nur bitten, daß Sie auch draußen bei der Behandlung unserer Kriegsversehrten etwas Bedacht nehmen. Wir hören immer, daß es vielfach da und dort in öffentlichen Stellen, in der Tramway oder sonstwo mit unseren Kriegsversehrten zu Zusammenstößen kommt. Weshalb ? Weil die Invaliden Worte brauchen, die aus der Liebe und nicht aus den Nerven stammen, Worte brauchen, die aus der geistigen Klarheit und nicht aus dem auswendigen Menschen stammen, mit einem Wort, der Invalide wünscht nichts anderes als Verständnis für sein Leben. Wenn es der Kunst der Ärzte und der besonderen Betreuung zahlreicher Krankenschwestern gelungen war, so manches amputierte Bein des Invaliden zur Heilung zu bringen, vergessen wir nicht, daß der Invalide, der vielfach obdachlos und ohne Existenz dasteht, im Herzen wund ist und solange wund bleiben wird, solange wir nicht imstande sind, den Dank an unsere Invaliden, Witwen und Waisen abzustatten. (Applaus.)

**Abg. Matzner :** Hohes Haus ! Die zahlreichen Debatten zum Kapitel Fürsorge haben bewiesen, wie sehr uns all diese Probleme am Herzen liegen. Wir haben mit der Fürsorge etwas zu liquidieren, was mit dem nationalsozialistischen Regime aufs engste zusammenhängt. Wer vor dem Jahre 1934 Gelegenheit hatte, die Anstalten des Landes Steiermark zu besichtigen, wird heute feststellen, daß unsere Tuberkulose-Heilanstalten vorzüglich geleitet sind und daß Heilerfolge besonders auf der Stolzalpe weit über die Steiermark hinaus bekannt geworden sind. Wer zur gleichen Zeit unsere Siechen- oder Irrenanstalten besuchte, wußte wohl, daß auch hier den Kräften des Landes Entsprechendes geleistet wurde, aber daß doch vor allem die Siechenanstalten überall unvollkommene, unzulänglich eingerichtete Anstalten zur damaligen Zeit gewesen sind. Es war der Wunsch der Sozialdemokraten der damaligen sozialdemokratischen Partei, daß in einer normalen demokratischen Entwicklung die Unzulänglichkeiten vor allem auf dem Gebiete der Fürsorge für Irre und Sieche in diesem Lande ausgebaut und verbessert werden. Es ist selbstverständlich anzunehmen, daß wir bei einer normalen demokratischen Entwicklung, wenn auch die finanziellen Mittel im Lande selbst schwer aufzubringen gewesen sind, ein erreichbares Ziel gefunden hätten. Wenn wir den Voranschlag des Landes auf dem Gebiete des Einzelplanes 4 ansehen, finden wir, daß wir derzeit in Steiermark nur

drei Siechenanstalten haben. Es wurde hier schon davon gesprochen, daß die bestandene Siechenanstalt Feldbach in ein Lazarett umgewandelt und derzeit als Krankenhaus verwendet wird und daß in den bestehenden Siechenanstalten Ehrnau, Kindberg und Knittelfeld insgesamt 589 sieche Pfleglinge untergebracht werden können. Wir sind alle davon überzeugt, daß dies keinesfalls den Notwendigkeiten des Landes Steiermark entspricht. Wir sind alle davon überzeugt, daß es eine unserer brennendsten Aufgaben auch in Zukunft sein wird, hier wirkliche Fürsorge zu leisten und die bestehenden Anstalten soweit auszubauen, daß wir wenigstens halbwegs den Notwendigkeiten der heutigen Zeit Rechnung tragen können. Gleichzeitig wissen wir auch, daß die Tuberkulosenheilstätten Steiermarks derzeit nur 723 Pfleglinge aufnehmen können, in einer Zeit, in der die Tuberkulosenziffern ununterbrochen im Ansteigen begriffen sind und infolge der Unterernährung selbstverständlich auch in Zukunft noch keine Besserung auf diesem Gebiet zu erwarten sein wird. Wir wissen, daß wir einen Krieg zu liquidieren haben und daß in dem Maße, in dem die Not steigt, selbstverständlich auch die Aufwendungen für die Fürsorge steigen müssen. Wir wissen aber auch, daß wir als Land nicht imstande sind, in wenigen Monaten zu überwinden, was ein sechsjähriges Gewaltregime über Steiermark und die ganze Welt gebracht hat. Wir haben also die Pflicht, in absehbarer Zeit, weil es noch nicht in diesem Budget geschehen konnte, Vorsorge zu treffen, daß die Siechenanstalten der Steiermark nicht nur zu notdürftigen und unserer Meinung nach keineswegs ordentlichen Unterkünften für die Siechen des Landes werden, die in den meisten Fällen ein hartes, arbeitsreiches Leben hinter sich haben, sondern daß wir darüber hinaus auch alle Aufwendungen machen müssen, um wirklich diese Anstalten wenigstens beim nächsten Budget so auszubauen, daß sie entsprechend gestaltet werden. Das nationalsozialistische Regime hat auch auf dem Gebiete der Fürsorge für Kranke und Sieche eine Entscheidung herbeigeführt. Wir kennen diese. Sie hat bestanden in der Verschickung geisteskranker und siecher Menschen in die Gaskammern Oberösterreichs oder in Injektionen, wie sie uns durch den Klagenfurter Prozeß bekannt geworden sind. Wir wissen, daß eine schreckliche Zeit hinter uns liegt und wir wollen das verbessern, aufholen, wollen die Schrecken beseitigen, unter denen heute noch, ich möchte es ganz offen aussprechen, viele Menschen leiden. Wir wissen auch, daß das nationalsozialistische Regime nur den gelten ließ, der rücksichtslos und mit heldischem Einsatz für sein Vaterland eingetreten ist und daß alle anderen zum Untergang in diesem Staate verurteilt wurden. Der Traum freilich, daß nur der Held in Österreich Geltung hat, ist ausgeträumt.

In dem gleichen Kapitel, in dem wir über unsere Irren- und Siechenanstalten in Steiermark sprechen, in diesem gleichen Kapitel, sehr verehrte Damen und Herren, haben wir auch verlangt die Erhöhung der Beiträge für die Heimkehrer und für die Opfer

des Faschismus. Für die Heimkehrerfürsorge haben wir verlangt an Stelle eines Betrages von 20.000 S einen solchen von 100.000 S. Ich möchte hier ausdrücklich sagen, daß wir die Summe, die wir aufwenden, nur als erste Hilfe bezeichnen können. Wir wissen ganz genau, daß die Not der Heimkehrer in vielen Fällen nicht mit Geld beseitigt werden kann, auch nicht mit Kleiderspenden, die wir da und dort erhalten, wir wissen genau, daß die Heimkehrer von heute Kriegsgefangene von gestern gewesen sind, jene Kriegsgefangenen, für die wir uns wirklich einsetzen müssen, daß sie endlich nach Hause kommen. Es handelt sich hier um Frauen und Mütter, die warten darauf, daß ihre Söhne und Männer wieder nach Hause zurückkehren. Es handelt sich aber auch um Arbeitskräfte für dieses Land und auch darüber haben wir vormittags gesprochen, die wir unbedingt zum Aufbau Österreichs brauchen. Es handelt sich bei diesen Kriegsgefangenen — und davon sind wir alle in gleicher Weise überzeugt — um Menschen, die das Nazi-Regime in erster Linie in den Soldatenrock gesteckt und an die Front getrieben hat. Wir wissen ganz genau, daß jene, die den Nachweis für eine besondere Tätigkeit für die NSDAP erbrachten, im Hinterland geblieben sind und die anderen, die politisch unverlässlichen, in erster Linie als Kriegsgefangene in die Kriegsgefangenenlager wanderten. Ich glaube, daß es uns alle in gleicher Weise bewegen müßte, dafür Sorge zu tragen, daß diese Menschen, die bar aller Illusionen wieder in die Heimat zurückkommen, von dieser Heimat wenigstens so empfangen werden, wie sie sie empfangen kann, obwohl sie selbst eine Bettlerin ist. Und wir wünschen, da wir ja auch hier einen Krieg zu liquidieren haben, daß in gleicher Weise, in der wir mit Geldunterstützung und Kleidern den Heimkehrern helfen, wir ihnen auch eine Arbeit zu geben vermögen, weil Arbeit allein die entscheidende Hilfe für die Menschen ist, die durch den Krieg und das blutige Geschehen dieses Krieges sogar manchmal um die einfachsten menschlichen Grundsätze gebracht worden sind, die im Leben zu gelten haben. Wir wissen, Hoher Landtag, daß wir diesen Heimkehrern auch eine neue Stellung in unserem Staat geben müssen, denn sie sind wirklich ohne Illusionen gekommen, weil sie den Boden unter den Füßen verloren haben, vielleicht sogar begeistert in diesen Krieg gezogen sind, aber nicht wußten, was Demokratie überhaupt ist und so glaube ich, daß neben der Arbeit ein neues Ideal in diese jungen Menschen, die von den Fronten zurückgekommen sind, gepflanzt werden muß, nämlich die Mitarbeit an der Demokratie, die Mitverantwortung in einem demokratischen Staat. Hier müssen wir helfen, denn hier handelt es sich um seelisch kranke Menschen und wir können sie nicht gesund machen, wenn wir ihnen ununterbrochen ihre Mitschuld an diesem Krieg, ihre Mitschuld vielleicht nicht einmal im vollen Bewußtsein, einprägen.

Wir liquidieren diesen Krieg auch mit einem kleinen Betrag, der schon besprochen wurde, mit

der Erhöhung des Betrages für außerordentliche Zuwendungen nach dem Opferfürsorgegesetz, also für die Opfer des Faschismus. Das Opferfürsorgegesetz ist ja schon in Kraft getreten und alle Opfer des Faschismus werden nach diesem Opferfürsorgegesetz behandelt. Das Land Steiermark soll für außerordentliche Fälle und für außerordentliche Zuwendungen diesen besonderen Betrag zur Verfügung stellen und auch hier möchte ich feststellen, daß wir wissen, daß alle die Menschen, die gegen den Faschismus gearbeitet haben, alle, die so unerhörte Opfer persönlicher Natur gebracht haben, daß die eine wirkliche und volle Unterstützung des Landes brauchen. Wir wissen selbstverständlich auch, daß nicht alles in diesem Jahr geschehen kann, aber wir wollen versuchen, daß das, was heute noch als außerordentliche Maßnahme für die Opfer des Faschismus, als Heimkehrerfürsorge oder für die Gutmachung der direkten Kriegsschäden in den Heilanstalten und in den Siechenanstalten der Steiermark aufgewendet wird, im nächsten Jahre für den Ausbau einer wirklichen gesunden Anstaltsfürsorge in Steiermark verwendet werden kann. (Allgemeiner Beifall.)

Abg. **Wabnegg**: Hoher Landtag! Ich glaube, ich bin wohl der letzte und werde den Appell, den der Herr Vorsitzende hier an uns gerichtet hat, um die Zeit abzukürzen, gezwungenermaßen beherzigen, denn von allen Seiten sind alle Gebiete des Einzelplanes 4 heute schon so ausführlich behandelt worden, weil sicherlich allen die Opfer, die unter die Fürsorge fallen und durch den Nazismus hervorgerufen wurden oder Folgen des Krieges sind, uns tatsächlich am Herzen liegen. Seien es nun die Heimkehrer, die wir alle sehnlichst zurückwünschen, denn es wäre wirklich höchste Zeit, daß sie ein Jahr nach Beendigung des Krieges zu ihren Familien zurückkehren könnten oder seien es die KZler oder andere Opfer des Krieges; es ist daher verständlich, daß alle darüber sprechen wollen. Es ist im Finanzausschuß der ursprünglich veranschlagte Betrag erhöht worden, aber heute wissen wir auch, daß dieser Betrag sicher für alle diese Opfer, die unter die Fürsorge fallen, nicht ausreichen würde, aber der Finanzausschuß und der Hohe Landtag haben sich bemüht, im Rahmen des Möglichen das zu geben. Wir haben sicher kein demagogisches Lizitieren im Finanzausschuß betrieben, sondern sind alle bestrebt gewesen, wirklich das zu geben, was möglich ist. Es war ein edler Wettstreit im Finanzausschuß, um den unter die Fürsorge fallenden etwas bieten zu können. Wir haben seit Jahrzehnten in Steiermark Krankenhäuser und Siechenhäuser, die immer wieder von vielen Pflegebedürftigen besucht wurden, die dort eine Heimstätte gefunden haben. Leider haben diese Pflegeanstalten aber auch unter der nationalsozialistischen Zeit, wie die Frau Abg. **M a t z n e r** bereits ausgeführt hat, ihr Ansehen zum größten Teil verloren. Es ist nicht unser Standpunkt, daß gerade wir diese Schwachen und Siechen hinausführen aus den Anstalten und hineinführen in den

Feuerofen oder sonstigen Experimenten zuführen. Denn gerade die Erhöhung und unser gemeinsames Eintreten für die Erhöhung dieses Betrages mußte diesen Alten und Siechen die Gewähr bieten, daß sie wieder beruhigt hineingehen können in eine derartige Anstalt und sich dem Pflegepersonal überantworten. Das muß für diese Leute ein Trost sein und diesen Trost wollen wir ihnen bieten dadurch, daß wir alle gemeinsam für die Fürsorge eintreten.

Aber auf ein Kapitel muß ich doch noch verweisen, das übersehen wurde, das ist das Kapitel Krüppelfürsorge. Es kommen so viele Beschwerden herein, daß Kriegskrüppel, die Arm oder Fuß verloren haben, ein Jahr lang warten müssen auf irgendeine Prothese. Woran das liegt, weiß ich nicht. Jedenfalls ist bei diesen Krüppeln die Auffassung vorhanden, daß nur hintenherum irgendwie diese notwendigen Prothesen erhalten werden können. Ob nicht die Landesregierung da Nachschau halten könnte, damit diesen Leuten tatsächlich zu ihren notwendigen Körperstützen verholfen werden kann?

Feldbach wurde ebenfalls heute aufgezeigt. Ich habe den Auftrag damals entgegengenommen und im Finanzausschuß dieses Kapitel angeschnitten, damit dieses Siechenhaus Feldbach ebenso zum Teil in ein Krankenhaus umgewandelt werden soll. Herr Landesrat Oberzaucher hat heute aufgezeigt, welche Befriedigung dieser Beschluß hervorgerufen hat und ich glaube, die Bevölkerung der Umgebung von Feldbach dankt wirklich auch herzlich, daß wir diese Sache tatsächlich in ihrem Sinn durchgeführt haben.

Ein anderes Kapitel sind auch die sogenannten Volksdeutschen, die heute bei uns eine Heimstätte suchen. Ich möchte die Gelegenheit auch hier wahrnehmen, weil ich von verschiedenen Seiten ganz bestimmt weiß und die Einstellung dieser Leute tatsächlich kenne, daß sie sich ja gar nicht als Volksdeutsche fühlen, sondern immer wieder behaupten und richtig sagen, sie sind keine Volksdeutschen sondern Volksösterreicher. Einem solchen sogenannten Volksösterreicher, der sich die ganze Zeit über gewehrt hat, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erringen, indem er sich nicht dazu zwingen ließ, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, dem sollte man zuerkennen, daß er Deutschösterreicher ist und dem sollte man, wenn möglich, erleichtern, daß er die Staatsbürgerschaft für Österreich erwirbt. Damit glaube ich, daß ich auf eine Sache hingewiesen habe, die trotz ausführlicher Debatte übersehen wurde. Für uns von der ÖVP. ist die ganze Fürsorge keine Mußsache, keine Belastung, sondern das oberste Gebot aus unserer sozialen Einstellung heraus. Diesem Gebot werden wir dauernd folgen, solange wir durch die finanziellen Möglichkeiten dazu in der Lage sind. (Applaus.)

Berichterstatter **Hofmann** (Schlußwort): Die ausführliche Debatte hat gezeigt, daß keine Gegensätze in den Auffassungen bezüglich dieses Einzelhaushaltsplanes 4 bestehen. Ich kann mich deshalb darauf beschränken, Ihnen nochmals den Antrag zu

unterbreiten, die Voranschlagsziffern zum ordentlichen und außerordentlichen Haushaltsplan, Einzelplan 4, sowie die zu diesem Einzelplan in der Beilage Nr. 10 enthaltenen Beschlußanträge zu genehmigen.

**Präsident:** Wer für diesen Antrag ist, möge die Hand erheben! (Geschieht.) Der Einzelplan 4 samt den gestellten Anträgen ist einstimmig angenommen.

Es steht zur Entscheidung, ob wir in der Sitzung fortfahren und allenfalls das kurze Kapitel 5 noch durchführen und dann unterbrechen oder ob wir jetzt unterbrechen und um 8 Uhr die Sitzung wieder aufnehmen. Ich würde Fortsetzung der Sitzung jetzt empfehlen. (Die Abgeordneten erklären sich mit der Fortsetzung der Sitzung einverstanden.)

Zu Kapitel 5 hat Berichterstatter **O p e r s c h a l l** das Wort.

**Berichterstatter Operschall:** Hohes Haus! Ich kann mich wohl bei der Begründung dieses Einzelplanes 5 sehr kurz halten, nachdem er eng mit der Fürsorge zusammenhängt und alles schon gesagt wurde, was auch beim Einzelplan 5 zu sagen wäre. Er ist zum Großteil kriegsbedingt, so daß eigentlich über diese Dinge vom Standpunkt des Berichterstatters nicht viel zu sagen ist. In den Einzelplan 5 fallen Jugend- und Gesundheitspflege, Sport, Turnen, Fürsorgeerziehung, Hebammenwesen, Ausbildungseinrichtungen. Wir haben hier einige Abänderungsanträge vorliegen, die mit dem Einzelplan 5 zusammenhängen und insgesamt einen Zuschußbedarf von 1.612.000 S verursachen. Hiezu kommt noch der außerordentliche Haushalt, der ausgeglichen erscheint, so daß wir mit diesem Betrag von 1.612.000 S das Auslangen finden. Zu diesem Kapitel selbst liegen einige Beschlußanträge vor, und zwar:

zu 562: „Um weitere Ausbildungsmöglichkeiten für Jungärzte zu schaffen, sind in den Krankenanstalten und Heilstätten des Landes 75 neue Hilfsärztestellen einzurichten.“

Sie finden diesen Betrag von 135.000 S eingebaut in der Beilage 10, wo Sie diese 75 Hilfsärztestellen aufgeteilt haben auf die einzelnen Krankenanstalten, und zwar auf Seite 7 der Beilage 10. Dazu noch ein zweiter Beschlußantrag, und zwar zu 56.210:

„Die Landesregierung wird ersucht, durch eine kommissionelle Besichtigung die personellen und baulichen Schwierigkeiten des Krankenhauses in Rottenmann festzustellen und in geeigneter Weise Abhilfe zu schaffen.“

Ich bitte Sie, diesen Einzelplan 5, in der vom Finanzausschuß vorgelegten Fassung anzunehmen.

**Abg. Ponsold:** Hohes Haus! Der Einzelplan 5 ergänzt eigentlich das Vorhergehende und doch sind dazu einige Worte zu sagen hauptsächlich deshalb, weil es sich hier um die sogenannte allgemeine Gesundheitsfürsorge handelt. Wenn man draußen weit hinter den Bergen lebt, wo weit und breit kein Krankenhaus ist, wo man harte Mühe hat, vielleicht einen Doktor oder eine Hebamme zu finden, kann man ermassen, was eigentlich unter der allgemeinen Fürsorge zu verstehen ist. Mit harter Mühe, wenn

es gut geht und es eine Verbindung gibt, kann man ein Rettungsauto haben oder auch nicht und da ist eben der Arzt, der vielleicht hier herinnen gar nicht so sehr geschätzt wird, am Platze, das ist eigentlich der Distriktsarzt. Der richtige Mann auf diesem Posten ist unbedingt ein Segen für die ganze Gegend. Außerdem, wenn der Mensch nicht allein steht und das Volk versteht und das Volk ihn versteht, so ist auch die Verbindung mit den übrigen Faktoren, die in den ländlichen Gegenden ebenso wichtig sind, mit dem Pfarrer und dem Oberlehrer gegeben. Wenn die drei zusammenstimmen in der Gegend, dann geht es überall, im besten Gegensatz zu dem, was wir hinter uns haben, wo die drei Großen regiert haben in der Nazizeit, der Ortsgruppenleiter, der Bauernführer und der Bürgermeister. Der Bürgermeister stimmt jetzt in der Regel, er kann nicht anders ausfallen als nach dem Wahlergebnis, nachher muß er passen. Darum ist die Sache nicht so einfach, wie man meint. Der Distriktsarzt draußen ist ein hochwichtiger Mensch, man sieht einen Wechsel nicht gern. Er muß wirklich eingelebt sein, er kennt die Leute alle, die Familien. Der Arzt muß ein Mensch mit Theorie und Praxis sein, bloß mit der Theorie kommt er nicht weit, er muß auch Praxis haben. Er weiß schon, wenn bei diesem Bauern was fehlt, was da los sein kann oder wenn bei jener Bäuerin was zwickt, was da wieder sein könnte. Es ist also vielfach eine praktische Sache. Ich möchte daher bitten, daß bei der Anstellung von Distriktsärzten, so wie es früher der Fall war, auch der Distriktsausschuß, somit auch der Bürgermeister als Vertreter der Bevölkerung gehört wird. Das hat nämlich schon was zur Sache, denn die Leute draußen, die da oben an der Spitze stehen, sind nicht immer die Dümmeren. Darum möchte ich eben bitten, daß diese Frage nicht so wie bisher behandelt wird. Es kommen ja jetzt verschiedene Neubesetzungen in Frage, wie bei uns zum Beispiel. Wir haben einen sehr guten und tüchtigen Distriktsarzt gehabt. Er hat sich Gott sei Dank über'n Ozean das Leben gerettet und ich habe schon Nachricht, daß er wieder zurückkommen will. Ich habe ihm nämlich auch schon über den Ozean Nachricht zugemittelt, es ist aber noch die Antwort ausständig. Er war nämlich rassisch nicht ganz einwandfrei. (Heiterkeit.) Er war aber einer der tüchtigsten Ärzte und sein Distrikt bleibt ihm auch gewahrt, denn Dr. Blau sagt, obwohl es ihm drüben gut geht, will er wieder zurückkommen. Er wurde seinerzeit hier hinausgeekelt. Sein Auto, sein Motorrad und seine Einrichtung wurden ihm weggenommen, als Bettler konnte er flüchten, er hat aber eine Stellung in Brasilien gefunden und es geht im heute, soviel ich weiß, sogar sehr gut. Also das war so ein Arzt, wie wir ihn brauchen. Der Arzt muß das, was in der Hl. Schrift steht, verstehen und tun und das heißt: immer um der Not des anderen willen da sein. Und der Dr. Blau war so ein Mensch, trotzdem er, wie gesagt, nicht recht koscher war. Er hat immer nur den kranken Menschen gesehen, ob arm oder reich,

ob alt oder jung, ob angesehen oder nicht, das war ihm ganz egal. Er sah den kranken Menschen und wollte helfen. Und solche Ärzte sind wirklich ein großer Segen für das Land und wir haben bestimmt noch solche Ärzte und auch aus der Jugend werden wieder solche herauswachsen. Solche Ärzte dürfen wir nicht kleinlich halten und daher stelle ich mit Befriedigung fest, daß auch der Finanzausschuß und der Hohe Landtag hier entsprechend und nach alter Methode vorgegangen ist und diese Sache gut dotiert hat. Ebenso wichtig ist ja auch die Hebamme. Die hat wieder ihre eigene Aufgabe. Aber außerdem ist die Hebamme draußen oft die einzige Frau, die etwas in der Krankenpflege versteht und der Arzt braucht daher diese Frau. Es fehlt draußen oft an dem richtigen Verständnis für die Krankenpflege, aber wenn eine Hebamme im Ort ist, dann wird sie geholt und kann alles richtig angreifen. Wenn die Zusammenarbeit richtig ist zwischen Distriktsarzt und Hebamme, dann ist es nie weit gefehlt. Was dann noch außerdem die Hauptsache bei einem Doktor ist, das ist, daß er kein Schnalzer ist, das heißt, einer, der einen reichen Bauern solange behandelt und Geld herauszieht, bis es zum Gesundwerden sowieso schon zu spät ist, sondern ihn früher wegschickt. Darum möchte ich bitten, daß bei diesem Kapitel weiterhin das demokratische Recht, das wir früher hatten, gewahrt bleibt. Und ich möchte den Hohen Landtag bitten, dieses Kapitel unverändert anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Lendl: Die beste Jugendfürsorge ist wohl die, in welcher nicht schon bestehende Krankheiten körperlicher und seelischer Natur geheilt werden, sondern von vornherein alle Voraussetzungen für ihre Vorbeugung geschaffen werden. Die sozialistische Partei ist sich bewußt, daß so viele Jahre Krieg die Gesundheit unserer Kinder auf das Schwerste zerrüttet haben. Abgesehen von der immer schlechteren Ernährung, haben dauernde Fliegeralarme auch die Nerven sehr geschwächt. Mit der Beendigung des Krieges konnten unsere brennenden Wünsche aber leider nicht in Erfüllung gehen, nämlich daß für die Gesundheit vor allem der Jugend die notwendigen Vorkehrungen von Seite des Landes geschaffen wurden. Wenn wir im Einzelplan 5, Abschnitt 52, für die Kinderheilfürsorge an Stelle der veranschlagten angesetzten 10.000 S nunmehr eine Erhöhung von 40.000 S verzeichnen können und im gleichen Abschnitt für die Erholungsfürsorge ein Plus gegenüber dem Voranschlag von 25.000 S auf 75.000 S erreicht wurde, so wissen wir ganz genau, daß diese Beträge weit unter den wirklich notwendigen Mitteln liegen, die wir für Heilung und Erholung unserer Jugend benötigen würden. Bei gemeinsamen Anstrengungen aller Bevölkerungskreise und vor allem bei der so dringenden Verbesserung der Ernährung wird es uns aber sicher gelingen, jene große Sorge abzuwenden, die in der dauernden gesundheitlichen Schädigung der Jugend als eine Folge des Krieges und der Nachkriegszeit besteht. Nicht nur die Heilfürsorge und Unterbringung in Anstalten außer finanziellen Zuschüssen

des Landes zu irgendwelchen Erholungsaktionen des Landes genügen in unserem Kampf um die Gesundheit der Kinder in Zeiten der Not, — und wir befinden uns in einer solchen — sondern es müssen alle Wege der Hilfeleistung beschritten werden. Wir konnten im Laufe der vergangenen Wochen feststellen, daß die bäuerliche Bevölkerung bei den privaten Kinderaktionen der einzelnen politischen Parteien großes Verständnis bekundet hat. An dieser Stelle möchte ich in diesem Zusammenhang für die Soz. Partei jenen Pflegeeltern danken, die mehr als 2500 Kinder im Rahmen unserer Kinderaktion aus niederösterreichischen Notstandsgebieten auf sechs Wochen bei sich aufgenommen haben. Wir können daher auf Grund der Erfahrung von dieser Hilfsbereitschaft ableiten, daß die von uns beantragte großzügige Kinderaktion für die Ferienmonate ebenfalls ein voller Erfolg sein wird. Die soz. Fraktion des Steiermärkischen Landtages hat daher folgenden Antrag eingebracht: „Die seit langem bestehende mangelhafte Ernährung hat schwere gesundheitliche Schäden für die Jugend mit sich gebracht. Die Unterernährung hat eine große Krankheitsanfälligkeit der Kinder zur Folge und es besteht bereits jetzt die Gefahr, daß viele Krankheitserscheinungen, vor allem die Tuberkulose, dauernde gesundheitliche Störungen verursachen, wenn nicht sofort zusätzliche Hilfe einsetzt. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Wege des Landesjugendamtes eine großzügige Erholungsaktion für Kinder aus steirischen Industrieorten in ländliche Gebiete auf private Pflegeplätze vorzubereiten, die mit Beendigung des Schulunterrichtes bereits beginnen kann.“ Ich bitte den Hohen Landtag, für diesen Antrag zu stimmen. (Lebhafter Applaus.)

Abg. Wabnegg: Hoher Landtag! Wir sind bei der Beratung unseres Haushaltsplanes bei einem Kapitel angelangt, das eingehender Beratungen bedarf. Ich halte die Heilfürsorge für so wichtig, daß wir es absolut nicht verabsäumen können, dazu zu sprechen. Gerade in der letzten Zeit und seit Jahren hindurch waren bei uns in Österreich die Not und die größten Entbehrungen zu Gast. Zwei Weltkriege mußten wir über uns ergehen lassen mit allen ihren Auswirkungen. Nach dem ersten Weltkriege hatten wir die Arbeitslosigkeit, die zutage getreten war und manche Leute wußten nicht, wie sie ihre Kinder ernähren sollten. Der zweite Weltkrieg zeigte Einschränkungen auf dem Gebiete der Ernährung und jetzt die Nachkriegszeit wirkt sich geradezu zu einer Hungerkatastrophe aus. Das trägt alles dazu bei, daß wir auf diesem Gebiete der Heilfürsorge einen größeren Anfall von Hilfsbedürftigen erwarten werden müssen. Wir haben ja in Steiermark einige Heilstätten, die von ganz großer Bedeutung sind. In erster Linie die Heilstätte auf der Stolzalpe mit einem geradezu europäischen Ruf. Sie ist meteorologisch so günstig gelegen, daß sie das sonst so bekannte Davos in einiger Beziehung überträgt. Vor vielen Jahren bereits sind Angehörige aller Nationen und wohl auch darunter Angehörige unserer derzeitigen Besatzungsmacht als Patienten

erschieden und haben dort Heilung gesucht. Nicht so günstig liegen Enzenbach und Hörgas, sind aber auch als Lungenheilstätten von ganz gewaltiger Bedeutung. Für diese Kranken gehört bekanntermaßen zur Heilung in erster Linie neben den Medikamenten Licht, Luft und Sonne, aber auch zu 50% eine gute Ernährung, vor allem aber Kohlehydrate in einer Form, wie die Nahrungsmittel sie in konzentrierter Form bringen, hiefür kommen hauptsächlich in Betracht Fett und Zucker. Wenn die Ernährung bei der Heilung eine so große Rolle spielt, so ist wohl folgerichtig anzunehmen, daß eine gute Ernährung für die Heilung unbedingt notwendig ist. Die Unterernährung ist eben so groß, wie schon von einer anderen Seite heute aufgezeigt wurde, so daß befürchtet werden muß, daß unsere Anstalten überfüllt werden. Ich glaube, es wäre fast am Platze, hier vom Landtag aus einen Appell an unsere Besatzungsmacht zu richten, gerade uns mit diesen wichtigen Nahrungsmitteln, Fett und Zucker, die die meisten Kohlehydrate in sich tragen, mehr zu versorgen, weil doch die Vorsorge besser ist als wie die Heilung und um eine bessere Vorsorge zu erreichen, müssen wir natürlich im Interesse der gesamten Volksgesundheit alles beitragen, was wir dazu beitragen können. Was wir in erster Linie dazu beitragen können, ist, darauf zu achten, daß nicht eine ungesunde Personalpolitik vielleicht zum Schaden der Patienten sich auswirkt. Ich habe im Finanzausschuß bereits Gelegenheit genommen, auf einige Fälle hinzuweisen und mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß der zuständige Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Machold die Zusicherung gegeben hat, hier Wandel zu schaffen. Einen Fall möchte ich besonders aufzeigen, den Fall Prof. Winkler, des derzeitigen Leiters der Heilstätte Enzenbach. Er war bis 1938 Leiter der gesamten Tuberkulosenfürsorge. Er ist ein anerkannter erster Tuberkulosespezialist in ganz Österreich und weil er eben kein Nazi war, wurde er von der Gesamtleitung abgesetzt und auf Enzenbach beschränkt. Hier ist nicht nur eine Wiedergutmachung am Platze, sondern es ist im Interesse der ganzen Heilbedürftigen gelegen, wenn hier endlich Wandel geschaffen wird und Dr. Winkler wieder zum Leiter der gesamten Tuberkulosenfürsorge ernannt wird. (Landesrat Oberzaucher: Das ist schon geschehen. Allerdings habe ich ihm auch einen Brief geschrieben, daß er sich gegenüber den Patienten etwas freundlicher benehmen soll, unter dem Titel „Originalität“ ist er nämlich saugrob.) Es sind punkto Personalpolitik auf meine Erkundigungen hin keine besonderen Beschwerden vorhanden, aber auch hier ist Vorsorge zu treffen. Da erinnert mich gerade diese Mitteilung, daß der eine oder andere etwas grob ist, daran, daß man beim Personal und den Ärzten darauf hinweisen soll, daß sie liebevoller mit den Patienten umgehen. Es darf nicht einreißen, daß, wie im Vorjahre, eine Untersuchungskommission für die Stolzalpe eingerichtet werden mußte, weil da oben das Pflegepersonal derart ungut mit den schwer zahlenden Patienten umgegangen ist. Wir

wissen doch, daß diese Heilstätte nicht passiv ist, sondern uns etwas einträgt. Licht, Luft und Sonne gehört aber auch im Interesse der Volksgesundheit hinein in alle Wohnungen, insbesondere in die Wohnungen der Arbeiterschaft. Es kommt heute noch immer vor, daß sehr viele Leute noch immer zusammengepfercht sind, größere Familien in ganz kleinen Räumen, es kommt vor, daß Kellerwohnungen noch immer besetzt sind, die einen Herd für die Tuberkulose darstellen, mit dem muß irgendwie mit der Zeit aufgeräumt werden. Wir müssen dafür sorgen, daß wirklich gesunde Volkswohnungen geschaffen werden. Es wird Aufgabe des Landtages sein, hiezu irgendwie Stellung zu nehmen in Form der Beistellung von Grundstücken für Siedlungsbauten u. dgl. mehr. Es ist eine ganz unerhörte wichtige Aufgabe, die wird sich ganz bestimmt verzinsen, damit wird auch der Jugend außerordentlich viel geholfen, die dann in luftigen, sonnigen Wohnungen aufwachsen kann, auch ein frohes Gemüt hat und wir wollen wieder eine frohe, sonnige Jugend haben, der wir in der Zukunft etwas mehr bieten wollen als wir in unserer Generation über uns ergehen lassen mußten. Die Zeit, die die Jugend in unserem Alter erleben mußte, wo sie mit 14 Jahren schwer verdienen mußte, um ihren Beitrag zur Erhaltung der Familie zu leisten, darf nicht mehr kommen. Für sie muß gesorgt werden, was nur irgendwie in unseren Kräften steht. Für uns ist die Volksgesundheit und die Vorsorge hier oberstes Gebot.

Eine ganz gefährliche Seuche, die jetzt aufgetreten ist als Folge des Krieges sind auch die Geschlechtskrankheiten, die sich derart verbreitet haben. Nach Mitteilungen der Ärzte ist die Gefahr hier eine äußerst große und ich weiß nicht, ob nicht von hier aus Weisungen an die Distriktsärzte ergehen könnten, damit diese aufklärende Vorträge abhalten in den Ortschaften draußen. Die Leute kennen die Gefahr dieser Kriegsseuche noch immer viel zu wenig. Sie verseucht wirklich unser gesamtes Volk. Hier muß Einhalt geboten werden. Wir haben in Österreich viele wertvolle Bodenschätze, aber das höchste Gut muß für uns die Volksgesundheit sein und für die darf uns daher nichts zu teuer sein. (Allgemeiner Beifall.)

Abg. Amon: Hohes Haus! So wie fast überall, so ist auch das Spital in Rottenmann derart mit Kranken überfüllt, daß es auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand wird. Es wird vielfach die Behauptung ausgesprochen, der Grund zur Überfüllung läge an der Demarkationslinie. Es ist aber nicht so. Früher, bevor es eine Demarkationslinie gab, führten die fünf Gemeinden des Ausseerlandes ihre Kranken zum größten Teil in das Spital in Rottenmann. Heute sind die fünf Gemeinden des Ausseerlandes gerade wegen der Demarkationslinie gezwungen, ihre Kranken nach Bad Ischl zu führen, wo genau die gleichen oder noch schlechtere Verhältnisse bestehen. Die fünf Gemeinden des Ausseerlandes haben in der Richtung vorgearbeitet, um der Sache Herr zu werden. Sie haben ein Gebäude für ein zu errichtendes Spital bereits bereitgestellt. Dieses

Gebäude mußte umgearbeitet werden. Es handelt sich da um verhältnismäßig geringe Kosten. Ich möchte die Anregung geben, das Land möchte die Umbaukosten übernehmen. Dadurch wäre die unmögliche Spitalsituation, in der wir stehen, in erster Linie gelöst und in zweiter Linie wäre der erste Schritt getan zur Wiederaufrichtung des Fremdenverkehrs im steirischen Salzkammergut.

Anschließend, Hohes Haus, erlaube ich mir, einen Resolutionsantrag vorzubringen. Dieser lautet: „Die Landesregierung möge sofort alles unternehmen, damit durch die Bundesregierung die endliche Rückgliederung des Ausseerlandes in unser Land Steiermark veranlaßt wird.“ Ich muß zur Kenntnis bringen, daß dieser Antrag von allen drei Parteien im Hause gestützt ist. Kurz, Hohes Haus, noch einige Begründungen. Einige wenige haben im Jahre 1938 das Ausseerland von der Steiermark abgetrennt und die wenigen mit der Absicht, daraus eigene Vorteile zu ziehen. Und sie haben sich eigene Vorteile daraus gezogen. Die weitaus überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des Ausseerlandes waren immer Steirer, und zwar auch in der Zeit, wo das Ausseerland zwangsläufig bei Oberösterreich sein mußte und die weitaus überwiegende Mehrheit des Ausseerlandes hat bei ihrer Großversammlung in Bad Aussee, wo alle drei Parteien versammelt waren, sich einstimmig dazu bekannt, wieder zur Steiermark zurückzuziehen. Und alle diese Leute waren auch in der Zeit des zwangsläufigen Aufenthaltes in Oberösterreich innerlich Steirer. (Starker Beifall.) Hohes Haus! Ich möchte ersuchen, unseren Antrag tatkräftig zu unterstützen. Wir hingegen geben das Versprechen, wir wollen wieder ganze Steirer sein und dazu vor allem gute Demokraten und gute Österreicher. (Beifall, Bravorufe.)

Abg. Dr. Illig: Hohes Haus! Es ist selbstverständlich, daß alle drei Parteien des Landtages dieser Resolution mit Begeisterung zustimmen. Die Steiermärkische Landesregierung hat sich seit Monaten fast in jeder Sitzung mit dieser Frage eingehend beschäftigt. Zu unserer peinlichen Überraschung wurde uns in einer der letzten Sitzungen im Auftrag des Alliierten Rates bekanntgegeben, daß zur Rückgliederung des Ausseerlandes ein Verfassungsgesetz des Steiermärkischen Landtages, ein Verfassungsgesetz des Oberösterreichischen Landtages und ein Bundesverfassungsgesetz notwendig wäre. Die Steiermärkische Landesregierung hat sich sofort auf den Standpunkt gestellt, daß diese Auffassung als ganz absurd abgelehnt werden muß, denn das hieße nichts anderes, als den Gewaltakt, den das Naziregime durch die Loslösung des Ausseerlandes begangen hat, nachträglich anzuerkennen, wenn man es für notwendig befindet, erst durch drei Gesetze diese Rückgliederung auszusprechen. Es war ja nichts anderes als ein Raub, der gar keine sachliche Begründung gehabt hat. Die Abtrennung des Ausseerlandes geschah mit bewußt politischer Tendenz, mit bewußter Absicht, unsere alte heimatliche Tradition zu zerreißen, die Erinne-

rungen, die uns mit diesem Lande verbinden, wo der Ursteirer zu Hause ist, zu zerstören, uns die ruhmvolle Vergangenheit unserer Heimat zu vereiteln. Es war absurd, das Ausseerland, dort wo der Erzherzog Johann gewirkt hat, jenes Land, von dem unser Heimatlied „Hoch vom Dachstein an“ seinen Inhalt hat, dem Gau Oberdonau anzugliedern. Es ist zwar kürzlich auch in der Presse der Versuch gemacht worden, uns dieses Lied „Hoch vom Dachstein an“ unsympathisch zu machen, man hat sogar die Überschrift gewählt: „Schluß mit dem Dachsteinlied“. Ich habe das wie eine Ohrfeige empfunden, daß sich überhaupt eine steirische Presse findet, die an einem solchen Heiligtum des steirischen Volkes zu rühren wagt. (Rufe: Sehr richtig!) Ich war kürzlich persönlich in Aussee, ich kenne dieses Land seit meinen frühesten Jugendtagen, ich habe dort einen alten Onkel, einen Zuckerbäcker, der allerdings jetzt nichts zu backen hat, bei dem ich seit meiner frühesten Jugend den Sommer immer verbracht habe. Ich kenne dort jeden Berg und Stein, den Loser, den Zinken, wie diese Spitzen und Kegel alle heißen, ich kann mir gar nicht vorstellen, wie dieses Landl, mit dem all unsere Herzen verwachsen sind, abgetrennt werden konnte. Wir brauchen auch unsere Salinen wieder. Es ist ein absurder Zustand, daß wir monatelang mit Oberösterreich Handelsverträge abschließen mußten, wie mit Argentinien oder Persien, um unser eigenes Salz, das ohnedies uns gehört, in unsere Steiermark hereinzubekommen. Aussee ist für uns auch ein Fremdenverkehrszentrum, dort wollen wir eine Bezirkshauptmannschaft errichten, sie gehört schon lange hin nach der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Landes. Dort soll wieder internationaler Fremdenverkehr aufgebaut werden, dort wollen wir von der Steiermärkischen Landesregierung aus auf dem Sektor Fremdenverkehrsförderung etwas Großes machen, wir wollen eine Seilbahn auf den Loser erbauen, das ist freilich heute noch Zukunftsmusik, aber ich hoffe, daß es mir vergönnt sein wird, diesem Projekte einmal näherzutreten. Wenn einzelne Kreise in Aussee, Gott sei Dank nur einzelne, für den Anschluß an Oberösterreich agitiert haben, aufgeputscht von gewissen Elementen, ich könnte Namen nennen, will es aber, da man über Abwesende nicht sprechen soll, lieber unterlassen, eine gutgewählte Propaganda in die Bevölkerung hineingetragen haben, so möchte ich dazu folgendes sagen: Wenn wir in eine Versammlung in Aussee gehen und die Leute fragen: Wollt Ihr wirklich, weil Ihr jetzt von den Amerikanern ein paar Bissen Brot mehr erhält, bei Oberösterreich verbleiben oder zurückkehren, die Heimat verleugnen?, so wird sich wohl niemand finden, der den Judas spielt. Aussee gehört zu Steiermark, wie Steiermark zu Aussee gehört. (Sehr lebhafter Beifall.)

Präsident Wallner: Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Operschall: Ich kann mich kurz halten. Ich möchte nur hinzufügen, daß ich beide Resolutions-

anträge aufnehme. Ich bitte Sie also, die Vorschlagsziffern zum ordentlichen und außerordentlichen Haushaltsplan, Einzelplan 5, sowie die zu diesem Einzelplan in der Beilage Nr. 10 enthaltenen Beschlußanträge und die zwei Resolutionsanträge der Abg. L e n d l und Genossen und der Abg. A m o n und Genossen zu genehmigen.

**Präsident :** Wer für die Annahme dieses Antrages ist, möge eine Hand erheben. (Geschicht.)

Der Einzelplan 5 mit den beiden Resolutionsanträgen ist einstimmig angenommen.

Mit der Abwicklung des Einzelplanes 5 erkläre ich die heutige 10. Sitzung des Steiermärkischen Landtages für geschlossen. Die nächste Sitzung des Landtages findet morgen früh um 8 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Spezialdebatte zum Landesvoranschlag und das übrige.

(Schluß der Sitzung um 19 Uhr 20 Minuten.)